

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnenkungspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierzehnjährl. 2.10 M. für 1 Monat 70 Pf. (Postgeld vierzehnjährl. 42 Pf. monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Lauchaer Straße 19/21.  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 19698.  
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6 geplante Seite oder deren Raum 25 Pf., bei Blattabdruck 30 Pf. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamt-auslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schlag der Annahme von Inseraten für die tägliche Ausgabe früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die städtische Biersteuervorlage wurde mit 28 gegen 12 Stimmen angenommen.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf über die Zulassung der Feuerbestattung in Preußen zu.

Der deutsch-serbische Konflikt wegen der Profitinteressen der Kanonenfirma Chrhardt ist wieder beigelegt.

An der türkisch-griechischen Grenze ereignen sich andauernd blutige Konflikte zwischen Türken und Griechen.

In Chicago ist ein Ausstand sämtlicher Zeitungsdrucker ausgebrochen.

## Spanien.

Leipzig, 2. März.

Spaniens Elend gipfelt im Klerikalismus. Es ist schon häufig genug dargelegt worden, daß er nicht die ursprüngliche Ursache des Niedergangs Spaniens und seiner jetzigen Verküpfung ist, sondern nur eine der Begleiterscheinungen dieser Zustände. Aber doch: obwohl nur Produkt des spanischen Niedergangs, ist der Klerikalismus jetzt das wichtigste Hindernis jedes Fortschritts, das ist der Kampf gegen ihn die zentrale Lösung aller Umwälzungskräfte in Spanien. Deshalb muß die heutige „reformierende“ Regierung ebenso bei dem Klerikalismus ihre Arbeit beginnen, wie es die Rebellen von Barcelona gemacht haben. „Die republikanischen und demokratischen Volksmassen sind des Wartens müde, und wir sind zu einer baldigen Entscheidung gezwungen“, jammerte Canalejas, das Haupt der liberalen Regierung, in der Verteidigungsrede seines „antiklerikalen“ Glanzstücks, des Sperrgesetzes. Dieses vor einigen Monaten von der Kammer endgültig angenommene Gesetz sollte nach dem Regierungsentwurf bis zur Schaffung eines neuen Vereinsgesetzes die Gründung neuer religiöser Orden verbieten; nur in Ausnahmefällen sollte dies durch eine spezielle königliche Order erlaubt werden. Das Gesetz war eine Art ohne Stiel, denn erstens ist es unklar, ob die „liberale“ Regierung nicht morgen den Bluthunden Maurya oder Weiler Platz machen muß, zweitens sind die Einflüsse der klerikalen Hofkamarilla trotz des „antiklerikalen“ Kurses Canalejas auch heute genügend groß, um eine beliebige Anzahl königlicher Erlaubnisscheine zur Gründung von Klöstern zu erlangen. Drittens tastet das Sperrgesetz den jetzigen Besitzstand der Kirche gar nicht an. Und wie ungeheuerlich dieser ist, bewies Canalejas selbst mit Ziffern, die er dem Pariser Temps mitteilte. In 8550 Klöstern Spaniens leben 60 000 männliche und weibliche Ordenspersonen; sie haben 192 Millionen Mark jährliches Einkommen, d. h. 3270 M. pro Kopf, wobei

sich eine jährliche Erhöhung des Einkommens um 10 Prozent feststellen läßt. Und was macht die Kammer noch aus dieser an sich schon jämmerlichen Vorlage? — Erstens beschränkte sie das allgemeine Verbot nur auf Klöster, deren Mitgliedschaft zu mehr als einem Drittel aus Ausländern besteht; die andern Klöster brauchen nur die königliche Erlaubnis. Sodann sollen auch diese Einschränkungen nur so lange bestehen, bis ein neues Vereinsgesetz geschaffen ist. Sollte das aber in zwei Jahren noch nicht fertig sein, dann verliert das Gesetz seine Wirkungskraft. Daß durch dieses Gesetz dem Klerikalismus kein Haar gekrümmmt wird, ist klar. Man könnte zur Verteidigung der Regierung die Schuld auf die Kammer laden. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die jetzige Zusammensetzung der Cortes dem Wahlterrorismus der Regierung zu verdanken ist, so unterliegt es selinem Zweifel, daß die Regierung die Kammer hat, die sie wünscht. Sie will und kann eben den Klerikalismus, an den sie durch tausend Bände gebunden ist, nicht ernst schädigen. Die „antiklerikale“ Politik der liberalen Regierung Canalejas bestätigt nur das Urteil, das der beste deutsche Kenner spanischer Verhältnisse, Gustav Dietz, in seinem lebenswerten Werke: Das moderne Spanien (Berlin, Paetel, 1908), über die antiklerikale Politik Morets, des liberalen Vorgängers Canalejas, schrieb:

Solange er sich in der Opposition befindet, hält Moret immer die glänzendsten Reden, tritt für das liberale Programm mit den schönsten Worten ein; wenn er aber zur Regierung gelangt, so wagt er nicht, den Klerikalismus mit der Energie entgegenzutreten, die erforderlich wäre, um Erfolgreiches zu leisten... Er hat nachgegeben in den Verhandlungen über das Konkordat, über das Vereinswesen, über die Maßnahmen zur Einschränkung des Ordenswesens, um nicht ganz mit der Krone, dem Bataillon, dem Klerus, den Jesuiten zu brechen, also in allen Punkten, in denen er in seinen früheren Programmen die Föhne der Demokratie, des Liberalismus, des Fortschritts hochzuhalten versprochen hatte.

Und die Politik Canalejas gleicht der Morets wie ein Es dem andern, eben weil sie die allgemeine antiklerikale Politik des spanischen Liberalismus darstellt.

Wie auf dem Gebiete der Kulturpolitik, geht es der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Wenn es sich bei dem Kampfe mit dem Klerikalismus um die Wegräumung der Hindernisse jeder fortschrittlichen Politik handelt, so sind die Fragen von Wirtschaftsreformen Fragen von der Möglichkeit eines Fortschritts überhaupt. Von der Besserung in der Lage der Bauern hängt die Herstellung eines inneren Marktes für die spanische Industrie ab, von dieser aber das Entstehen einer Klasse, die in ihre starken Hände die Sache eines modernen Spaniens nehmen könnte. Und den Angelpunkt bildet dabei eine Reform der Steuerpolitik, die bis jetzt in Spanien nach dem Zeugnis von Dietz, einem der besten Kenner der spanischen Finanzen, von dem Grundsatz beherrscht ist, „jeden wirtlich leistungsfähigen Bürger möglichst zu schonen“. Das Rückgrat des spanischen Finanzsystems bilden die Verbrauchsteuer, aus denen die Kolonialverwaltungen ihre Ausgaben decken und der Staat

60 Millionen Mark bezieht. Von der Abschaffung dieser Steuern, die in unerträglichster Weise alle notwendigen Lebensmittel der Massen verteuern, müßte die Reform beginnen, aber sie bildet ein „Rühr-mich-nicht-an“ für die liberale Regierung, weil ihre Untatung alle lokalen Ausbeuter des Volkes in eine Linie gegen die Regierung stellt würde. Die Regierung beginnt ihre Reformfähigkeit bei den direkten Steuern, die einen Hohn auf alle modernen Grundätze der Steuerpolitik darstellen. Wenn erst die Reform dieser Steuern die Finanzen des Staats gekräftigt hat, so sagt die Regierung, wird es möglich sein, an die Reform der indirekten heranzutreten, und so schlägt sie eine Reform der Erbschaftssteuer und der Personalsteuer vor, die auf Grund der Gesamteinkommen- und Vermögenserklärung erhoben werden soll. Wie leicht aber die Regierung diese Reform nimmt, zeigt die Tatsache, daß während sie kein steuerfreies Existenzminimum bei der Personalsteuer anerkennt; sie den höchsten Grad der Besteuerung nur auf 1 Prozent bemessen haben will. Und was am wichtigsten ist: der Kampf gegen die Steuerhinterzieher, die den Staat um die Hälfte der Einkünfte betrügen, wird äußerst lasch geführt, weil die Betrüger zur Regierungshilfe gehören. So läuft aber die ganze reformatorische Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiete auf lächerliche Scheinreformen hinaus, die vielleicht momentan die Einkünfte der Regierung etwas erhöhen werden, aber nicht den schlachternen Schritt zu einer dauernden Reform der Finanzwirtschaft darstellen.

Und während das Defizit im Jahre 1909/10, im vergangenen Jahr 46 Millionen Pesetas betrug, während nichts für die kulturelle Entwicklung des Landes getan wird, denkt die Regierung gar nicht daran, auf die unter solchen Verhältnissen direkt verfügte „Weltpolitik“ zu verzichten. Sie will eine neue Anleihe von 281 Millionen Pesetas aufnehmen, mit der man die Kosten für die Erhöhung der in Marokko stationierten spanischen Truppen von 80 000 auf 115 000 Mann decken will. Das zeigt, worauf das am 17. November 1910 mit Musen Hafid abgeschlossene Abkommen hinausläuft. Das zeigen auch die Worte Canalejas in der Marokkohammerdebatte vom 17. Oktober: man müsse den Weg verfolgen, den alle zivilisierten Völker eingeschlagen, und sich bemühen, die Zivilisation selbst mit Gewalt zu verbreiten.

So sieht die Reformarbeit der liberalen Regierung auf allen wichtigen Gebieten aus. Scheinreformen und Scheinfamps statt eines — wenn auch allmäßlichen — Fortschritts. Daß auch das Bürgertum unfähig ist, die Jahrhundertelang versäumten Fragen des spanischen Elends und Niedergangs zu lösen, beweisen die Kolonialkämpfe in Barcelona, wo die Kommune beherrschenden Kleinbürgertümern Radikale ein schamloses System der Korruption, Bestechung und Beträufnung öffentlicher Gelder eingeführt haben. Auch diese grobmäuligen „Regeneratores“ Spaniens sind bis ins Mark faul, was auch die spanische sozialdemokratische Presse immer behauptet hat.

Was nun? Auf welchen Wegen wird sich die Entwicklung den Weg aus diesem Sumpfe bahnen? Diese Frage

drinnen bei ihr. Er sollte sie langsam vorbereiten auf den Tod.

Heute nachmittag hatte es der Doktor Oberloßler der Frau Erlacher beigebracht, daß er keine Hoffnung mehr habe, die Greisin am Leben zu erhalten.

Angstvoll und erschreckt war Frau Maria sofort in den Widum gelaufen und hatte es dem Defan mitgeteilt.

Tante Lies im Sterben! ... Und ohne Sterbabsakramente! ... Unverzähnt mit ihrem Gott und Heiland würde sie vor den Richterstuhl des Herrn treten! ... Das durste nicht sein! ...

Die Frau Notar hatte nicht den Mut, selbst ihrer Tante die Wahrheit mitzuteilen. Seit Jahr und Tag war die alte Dame nicht mehr ihrer Christenpflicht nachgekommen. War nicht zur Beichte gegangen und nur selten zur Messe. In Glurns wurde sie schon allgemein als Heidin verschrien.

Der Defan war sofort ans Krankenbett gekommen. Leise und schonend brachte er es der alten Frau bei, wie es um sie stand.

Nun läuteten die Abendglocken. Im Krankenzimmer war es fast dunkel. Das dümmere bleiche Licht des Winterabends fiel durch das Fenster.

Der gebrechliche Greis, der auf einem Stuhl neben dem Krankenbett gesessen war, erhob sich langsam und fasste die Hände zum Gebet.

Weiß und verfallen lag Tante Lies da. Bei vollem Bewußtsein. Ganz ruhig, ohne Angst sah sie ihrem Ende entgegen.

„Gelobt sei Jesus Christus!“ sagte der greise Priester mit zitternder Stimme, als er fertig gebetet hatte.

„Amen!“ entgegnete die Kranke schwach.

Der Defan nahm seinen früheren Platz am Bett wieder ein. „Soll ich Ihnen a Plätz anzünden?“ fragte er vorsichtig.

„Nein. Danke. Mir ist's viel lieber in der Dämmerung.“

„Aa recht. Ganz recht. 's is aa viel gemütlicher a so!“ nickte er. „Wir zwaa fürchten uns nit. Gelsen's, Frau?“

„Nein!“ sagte Tante Lies schwach.

„Mögeln's vielleicht eppas trinken? Haben's an Durst!“ fragt der Defan dann über eine Weile.

„Ja.“

Der Greis stand wieder auf, machte nun Licht und reichte der Kranke das Wasserglas. Seine Hand zitterte so stark, daß er das Wasser beinahe verschüttet hätte. Stöhnend richtete sich Tante Lies ein wenig im Bett empor.

„Warten's lei! J tua Ihnen helfen!“ sagte der Defan und machte sich kraftlos am Polsterflicken zu schaffen.

„Nein. Danke schön. Es geht schon.“ Ermattet ließ sich die Kranke, nachdem sie einen Schluck Wasser genommen hatte, wieder in das Kissen zurückfallen und schloß die Augen.

Der flackernde Schein des Kerzenlichtes warf seine Schatten auf das weiße, eingekauzte Gesicht der alten Frau. Ihre Brust hob und senkte sich in rascher Folge. Der Atem ging röchelnd. Die feinen Linien des einst so schönen Gesichtes waren scharf und scharf.

Angstvoll schaute der Defan auf die Kranke. Er war oft genug in seinem Leben an Sterbebetten gesessen. Bei jungen und alten Leuten.

## Seuilleton.

### Das stille Nest.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

61 Nachdruck verboten.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Glurns hieß seinen Winterschlaf. Verschnett und weltabgeschieden lag es da.

Weit hinaus in das Tal weiße Winterlandschaft. Die Berge schneige Wächter ringsum.

Es ging gegen Abend. Die frühe Dämmerung brach herein. Kaum ein Mensch zeigte sich in den paar Gassen. Wer konnte, hockte daheim beim warmen Ofen.

Grauswarz umzog sich das Firmament. Ein neuer ergiebiger Schleefall stand in Aussicht.

Aus den Häusern mit den verschneiten Dächern und Fenstersimsen blühten da und dort kleine trübe Lichter und warfen ihren mattten Schein hinaus auf die eisig glitzernden Gassen. Drobten von der Pfarrkirche läuteten die Abendglocken.

In der Wohnung der Frau Maria Erlacher herrschte Totenstille. Mit leisen unhörbaren Schritten trippelte die kleine Frau umher. Cilli schlief mit traurigem verweintem Gesicht ihr drein.

Tante Lies lag im Sterben.

Eine heftige Lungenerkrankung hatte die Greisin aufs Krankenlager geworfen. Der alte Defan war jetzt

recht vor Spanien wie eine drohende Wetterwand. Wie immer, so zeigt auch hier das Leben selbst diesen Weg. Es ist die Erstarkung der Arbeiterbewegung, die sich in den letzten Zeiten sehr bemerkbar macht. Wir sprechen nicht so sehr von der Wirklichkeit unsres Genossen Pablo Iglesias in den Cortes, obwohl sie selbst von der bürgerlichen Presse sehr hoch eingeschätzt wird, sondern von den Streiks, die seit dem Barcelonaer Aufstande die Arbeitermassen weden und mobilisieren. Es ist natürlich, daß in einem Lande der allgemeinen Verhängung die Arbeiterklasse nicht ohne weiteres reif ist für große historische Aufgaben. Über als vor 21 Jahren Georg Plechanoff auf dem Pariser internationalen Kongreß die für die russische Sozialdemokratie geschilderten Worte ausprach: die Freiheitsbewegung wird in Russland als Arbeiterbewegung siegen oder sie wird nicht siegen, wer nahm damals in Europa diese Worte ernst, und wer wird sie jetzt noch bezweifeln? Die unentwickelten Verhältnisse Spaniens werden den Kampf chaotischer, opferloser machen, er wird den Geschwörerpuischen, den militärischen Aufständen eine große Rolle zuschließen, aber er wird die Räumung der mittelalterlichen Verhältnisse nicht auf immer verzögern können.

## Reichstag.

128. Sitzung, Mittwoch, den 1. März 1911, nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesstaatlich: v. Heertingen.

Zweite Beratung des Kriegsministeriums.

(6. Tag.)

Die Beratung beginnt bei dem Kapitel „Besoldung und Ausbildung der Truppen“, wozu zwei Resolutionen des Zentrums vorliegen, von denen die eine bei Vergebung der Beleidigungen tunlichste Verhöhnung der Vereinigung von Heimarbeitern, die andre die Verhöhnung der Handwerker-Gewerkschaften und Innungen wünscht.

Abg. Pauli-Godem (Zentr.): Bitte den Kriegsminister, im Interesse der Lohngerechten dafür zu sorgen, daß möglichst mit Höhe gegeben wird oder bei der Feststellung von Gehaltswert für die Soldaten zur Verwendung kommt.

Abg. Albrecht (Soz.): Bei den Besoldungsämtern wird immer noch zu viel reglementiert und kommandiert, auch seßt es den Handwerkern vorgefegten Offizialen recht oft an Sachkenntnis. In einem Amt mit 300 Arbeitern sind 3 Stabsoffiziere, eins Hauptleute, ein Nebenamt, fünf Inspektoren, ein Unterinspektor und sechs Unterbeamte angestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Dazu kommen noch siebzehn Handwerksmeister, so dass man

bei dreihundert Arbeitern 60 Aufsichtspersonen hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dann ist es nicht verwunderlich, daß die Kämter teuer arbeiten. Die Aufsichtspersonen arbeiten nur fünf und sechs Stunden täglich, da sollte man den Arbeitern auch die achtstündige Arbeitszeit gewähren, statt der jetzigen neunstündigen. Man läuft jetzt Sturm gegen das System der erweiterten Besoldungsämter mit Biulardarbeitern. Aber für die Arbeiter ist das gegenwärtige System das beste, sie haben hier eine gerechte Arbeitszeit, eine einigermaßen auskömmliche Werkschaft und auch einen annehmbaren Lohn. Schaffen wir das jetzige System durch die Mehrheitsparteien, speziell das Zentrum verlangt im Jahre 1890 die Erhöhung von 6000 Dezonomehandwerkern durch Biulardarbeiter. Obwohl erst die Hälfte des Besoldungsamtes in solche mit erweitertem Betrieb mit Biulardarbeitern umgewandelt ist, und obwohl die Militärverwaltung in ihrer Deutschrift selbst sagt, der gegenwärtige Überbergangszustand sei unzulässig, ist im Staat kein Posten für die weitere Umwandlung der Besoldungsämter in solche mit erweitertem Betrieb eingesetzt. — Bei dem Besoldungsamt in Straßburg sind die Arbeiter in großer Auflösung, weil die Budgetkommision beschlossen haben soll, die Tuchhäuser Künzig in Strafanstalten anserigen zu lassen, und weil der Kriegsminister darauf hin angeordnet haben soll, daß ein Fünftel der Arbeiter entlassen wird. Die Budgetkommision hat einen solchen Beschluss nicht gefasst, sondern lediglich ein Zentrummitglied willigte, daß die Arbeiten in Strafanstalten gemacht werden. Ist die

Nebenregierung des Zentrums

schon so stark, daß ein solcher Wunsch ist den Kriegsminister genügt, um Arbeiterentlassungen anzurufen?

Von Seiten der Militärparteien wird jetzt behauptet, die umgewandelten Besoldungsämter arbeiten zu teuer. Aber das trifft nicht zu. In der Deutschrift ist nachgewiesen, daß gerade das System der Herstellung der Sachen im Kleingewerbe und mit Heimarbeitern am teuersten ist, und daß dabei auch nicht so souverän und akkurat gearbeitet wird wie in den Besoldungsämtern. Am schlechtesten ist die Arbeit in den Strafanstalten. Wer diese Arbeiten in die Strafanstalten verweisen will, will damit gleichzeitig

Tanzenke von Arbeitern brotlos

machen und sonst keine Lauseuse auf die Straße werfen und in die Gefangenisse bringen. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Soz.) Schon heute beschäftigt die Militärverwaltung die Strafanstalten zur Genüge. Auch wir wollen Beschäftigung der Straf-

Gerecht war er seinen ihm anvertrauten Seelsorgekindern beigestanden in ihrer letzten Not. Sie alle hatten ihren Frieden mit dem Herrn gemacht. Und er konnte ihnen dann, in seinem Innersten beruhigt, die brennenden Augen zudrücken.

Die da, das verstand er auch als Late, würde die Nacht nicht mehr überleben. Das Bewußtsein konnte ihr jeden Augenblick schwinden. Jede Minute mußte da ausgenutzt werden.

Sonst starb sie ihm dahin ohne die Trostungen der heiligen Religion. Und durch seine Schuld. Er war ja vor Gott für ihre Seele verantwortlich. Er, der alte Andreas Staud, der selbst mit einem Fuß im Grabe stand, mußte Gott dem Allmächtigen auch über diese Seele Rechenschaft ablegen.

„Ja, ja, liebe Frau, man's Ihnen lei nit fürchten norm Sterben! Unser Heart is jodel guat und harmherzig!“ hob er dann unvermittelt an, als Tante Lies wieder die Augen aufmachte.

„Ich fürcht' mich nicht, Herr Delan!“ sagte sie leise.

„Dös is recht. Dös is sehr recht!“ lobte er und zog mit stark zitternder Hand seine beinerne Schnupftabakdose aus dem Talar, um eine Prise zu nehmen. „Wer nia was Schlecht's getan hat, braucht si aa nit z' fürchten. Is' wiß nit!“ fuhr er dann fort. „Aber aa die Sünder, die Schuldigen nimmt unser Heart und Heiland auf und steht ihnen bei. Lei bereu'n müß'n sie, was sie g'schilt hab'n, und ihr Gewissen müß'n sie erleichtern.“

Tante Lies lag mit offenen Augen da und sah ruhig zur Zimmerdecke empor.

„Wir sein ja alle sündige Menschen. Gelten's, Frau?“ sprach der Delan weiter. „Wir tuan ja alle unsern Heartn hie und da beleidigen. Aber es tuat uns reu'n. Gelten's, Frau?“ (Fortschreibung folgt.)

gesogenen, freilich anders als heute; doch steht das jetzt nicht auf Debatte. Von unsern älteren Parteigenossen haben die meisten Belegungen gehabt, diese

Erziehungsanstalten des deutschen Volkes von innen kennen zu lernen, wir kennen daher Ihr Probulsionsystem und die Ausdeutung der armen Opfer der christlich-katholischen Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ein

Bergeren an der Menschheit, wenn Arbeiten, die von Bürlararbeitern gut geleistet werden können, wegen der Ersparung von einigen hunderttausend Mark am Militäristat, in die Strafanstalten gegeben werden sollen.

Wenn Sie mit dem militärischen System schon so weit herunter sind, so sagen Sie lieber gleich den Bankrott an. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) — Die beiden vom Zentrum eingebrachten Resolutionen sind überausfassig, nehmen Sie lieber die von uns zu einem späteren Kapitel eingebrachte an, dieselbe, die wir beim Marinetat beantragt hatten, daß bei der Vergabe der Arbeiten auf Erneuerung der fahrmäßigen Wohn- und der geschilderten Bestimmungen geachtet wird.

Darauf kommt es an, und nicht darauf, wer die Arbeit erhält, zumal bei den kleinen Gewerbetreibenden und den Heimarbeitern die Heeresverwaltung die Garantie für einen vernünftigen Lohn nicht übernehmen kann. Auch sie selbst zahlt übrigens keineswegs gute Löhne. — Die Arbeitervertretung des Besoldungsamtes in Breslau, sowie die des Besoldungsamtes in Leipzig haben petitioniert, es möge für Versöhnung und Erweiterung der Besoldungsämter Sorge getragen werden. Die Budgetkommision empfiehlt, darüber zur Lagevorberührung überzugehen. Wir beantwirken im Gegenteil, diese Petitionen dem Reichskanzler zur Verhöhnung zu überweisen. — Die Arbeitsvorberührung eines württembergischen Besoldungsamtes bestimmt, daß von der Einstellung Personen ausgeschlossen werden, die sozialistischen oder sozialenstaatlichen Bestrebungen Vorhaben lassen. Was sollen folge?

Mindestens!

(Unterheute rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt sozialdemokratische Bestrebungen? Was steht wohl auch die geschilderten als sozialdemokratisch an? (Ausruh rechts: die sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso unzulässig ist ein anderer Paragraph der Arbeitsordnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsgemindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die erst einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Widerrecht rechts. Selbst Bismarck hat anerkannt, daß ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform, dieser kümmerliche Anfang einer Besserung, vorhanden wäre. Am schönsten sind die Bestimmungen über die Arbeitsausschüsse, die der Kontrolle der Beamten unterstehen, und somit wahre

Institutionen! (Ausruh rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt

Als wir uns jedoch nach einigen Tagen wieder trafen, wo dieser inzwischen Gelegenheit hatte, einige Arbeitsergebnisse zu besichtigen, da fragte ich ihn: Nun, Kollege, geht es der Arbeiterschaft wirklich nicht so schlecht? — Der Gefragte wurde rot, schaute mich an, und sagte nach einer Weile: Wie schreckliches Elend, wie schreckliche moralische und kulturelle Zustände!

### Leipzig und Umgebung.

**Die Einigungsverhandlungen im Kürschnergewerbe gescheitert.**  
Die heute, am 2. März, vor dem hiesigen Gewerbegericht zwischen dem Kürschnerverbande und dem Verband der Kaufwarenzurichterei- und Färberberufe des Deutschen Reichs anberaumten Einigungsverhandlungen sind gescheitert und zwar an der Hartnägigkeit der Unternehmer, die für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sowie für die Maschinisten und Heizer keinen Tarifvertrag abschließen wollten. An ihnen also liegt es nun, wenn der Kampf und dazu in verschärfster Form weitergeführt werden muss.

Bugzug ist nach wie vor auf das strengste zu vermeiden.

### Zur Aussperrung der Kürschner.

Mit was, für Anstrengungen die Unternehmer von Nötha die Mitglieder des Deutschen Kürschnerverbandes zu tödern suchen, spottet jeder Beobachter. Beider haben sie zum Teil dabei auch Glück gehabt. Nicht nur, daß die Werkführer und Buchhalter ihre größte Vereidamkeit anstreben, auch die Unternehmer „erlebigen“ sich, gehen in die Wohnungen der Kürschner und Hilfsarbeiter und lassen dort ihre Klüste spielen. Da, man geht so weit, daß die Ausgeputzten in die Wohnungen der Geschäftsfreunde (Schneidemeister Bösl) bestellt werden und Herr Scholle hatte auch Glück, den unten genannten Buschmann aus Arbeit zu bewegen. Es mag hier eine Liste folgen, woraus man er sieht, daß die verhexten Arbeitnehmer mehr Altersgrat haben, als die ledigen, die hier zum Verteiler geworden sind.

Arbeitswillig sind von den Kürschnern, die dem Deutschen Kürschnerverband angehören a) Wundarbeiter: Wunderlich, Otto, Nötha, 25 Jahre, ledig; Kirschen, Wilhelm, Böhmen, verheiratet; Lam, Oswald, Nötha, verheiratet; Delbing, Hermann, Böhmen, 25 Jahre, ledig; Kipelman, Otto, Nötha, 18 Jahre, ledig; Kirmse, Martin, Nötha, 24 Jahre, ledig; Kühne, Bruno, Geschwitz, verheiratet; b) Kürschner, die an der Aussperrung beteiligt sind: Eberhardt, Otto, Nötha, verheiratet; Richter, Richard, Nötha, Fleischwarenhandlung; Böller, Arthur, Nötha, 28 Jahre, ledig; Böller, Paul, Nötha, 24 Jahre, ledig; Wendebau, Otto, Nötha, 20 Jahre, ledig; Böldweg, Oswald, Nötha, 19 Jahre, ledig; Buschmann, Arthur, Nötha, 28 Jahre, ledig; Baumgärtner, Arthur, Nötha, 19 Jahre, ledig; Raubert, Paul, Nötha, 19 Jahre, ledig; Schleking, Karl, Nötha, 21 Jahre, ledig; Lehner, Hugo, Nötha, 24 Jahre, ledig; Scholle, Kurt, Nötha, 28 Jahre, ledig; Schneider, Arno, Nötha, 18 Jahre, ledig; Schulze, Max, Nötha, verheiratet; Schwarzbürger, Bruno, Nötha, verheiratet; Schulze, Julius, Nötha, verheiratet, von Brüssel; Schulze, Albert, Nötha, verheiratet.

Deutscher Kürschnerverband, Zahlstelle Nötha.

### Ein erfolgreicher Transportarbeiterstreik.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten wissen zu melden, daß gestern bei einem Streik der Transportarbeiter der Firma Meyer der Betrieb, wenn auch nicht in vollem Umfang, hätte auch aufrecht erhalten werden können. Demgegenüber sei festgestellt, daß von 50 Mann 48 die Arbeit niedergelegt hatten, daß also selbst von einem notdürftigen Aufrechterhalten des Betriebes keine Rede sein kann.

Bei den Verhandlungen mit der Firma und dem Unternehmerverband kam es zur Einigung, so daß die Arbeit am Nachmittag wieder aufgenommen werden konnte. Die Bedingungen der Ausständigen wurden bewilligt; im Durchschnitt erhält jeder Ausständige 2 M. Lohn erhöhung für die Woche.

### Abschluß der Tarifbewegung der Leipziger Töpfer.

Die Tarifbewegung der Leipziger Töpfer hat nunmehr durch die endgültige Annahme des Tarifvertrages in einer Versammlung der Töpfer ihr Ende gefunden. Der Vorstand gab einige Erläuterungen zum neuen Tarif, auf die Aufbesserung der Säge hinweisend. So weise z. B. der Durchschnittslohn  $\text{M.} > 2 \times 9\%$ , bei Rute eine Erhöhung von 1.94 M. und glatt 2.48 M. auf. Auch sei der Tarif durch die halbherzhafte Berechnung gut spezialisiert. Darauf, daß jede Schicht in ihrer normalen Größe berechnet werde, kommt man bei den Plattenmößen mit hohem Unterbau wieder auf die alte Rechnung. Diese Oeffnen wurden  $2\frac{1}{2}$  Jahre lang nur nach dem Oberbau berechnet. Auch wird es bei der Bezeichnung der Ornamente nicht mehr so oft zu Streitigkeiten kommen, da viele gleichmäßig bezahlt werden. Zu einer lebhaften Debatte kam es bei der Festlegung des Ablauftermins. Die Unternehmer wollten den Tarif auf drei Jahre festgelegt haben. Sämtliche Redner waren aber der Meinung, daß man sich nicht so lange binden könnte. Zur geheimen Abstimmung wurde dann mit 71 gegen 61 Stimmen ein Antrag angenommen, daß der Tarif bis zum 1. April 1918 mit einemmonatiger Ablösung festgelegt werden soll. Die Wiederholung war für den 1. Juli 1913 mit zweimonatiger Ablösung.

Ferner hatte der Vorstand eine Statistik aufgenommen, um die Zahl der Kollegen am Orte und die Arbeitslosigkeit unter ihnen festzustellen. Danach wurden in 34 Geschäften 209 Kollegen gezählt; da aber nach einem Überblick 885 Kollegen am Orte sind, wovon 292 dem Zentralverband angehören, waren zirka 125 Kollegen arbeitslos.

Zum Schlus wurde von einigen Kollegen klage gefüllt, daß sie wegen strikter Durchführung des Bohntariffs entlassen worden seien und sie die Kollegen im Geschäft nicht unterstützen hätten. Da einige Fälle schon längere Zeit her sind, wies der Vorstand darauf hin, daß vor kommenden Fällen ihm sofort Mitteilung zu machen, damit der Verband einschreiten kann.

### Zur Berufswahl!

In den Leipziger Neuesten forderte am Sonntag, den 19. Februar, ein anonyme Einsender, anscheinend ein Gravieranstaltbesitzer, zur Erklärung des Gravierberufs auf. Wir sind es ja nun gewöhnt, daß manche Unternehmer auf der Lehrlingssuche die wahren Berufsvorstellungen verschweigen und dafür goldene Berge versprechen, in der Hoffnung hat man es aber bisher noch nicht versucht. Seit ca. zwei Jahren bringt das Unternehmerorgan, die Deutsche Gravurzeitung, Vorschläge zur „Hebung des Berufs“, wobei man mitunter die dilettanten Schilderungen über die Berufslage lesen kann. Auf dem letzten Bundestage der Unternehmer brachte die Berliner Gruppe einen Antrag ein, der die Einschränkung der Lehrlings„ausbildung“ bezeichnete. Und da faselt der betr. Einsender über „offensichtlichen Personalmangel“, der in dieser Branche herrschen soll. Dabei erfolgen fortwährend Klüdigungen von Gehilfen, während ein Teil aussieht nach oder verläßt arbeiten. Der frühere Vorstande der Leipziger Unternehmerorganisation äußerte eigentlich einer gemeinschaftlichen Sitzung zu den Gehilfenvertretern, daß es immer weniger Arbeit, aber desto mehr Ge-

hilfen gäbe. Er damalige 2. Vorsitzende (nicht erster!) beschäftigt 8 Geh. in und „nur“ 7 Lehrlinge. Auch andre Unternehmer sind eifrig bestrebt, einen „Personalmangel“ nicht aufkommen zu lassen.

Der Einsender spricht dann davon, daß „dem jungen Mann, der etwas Eichtiges gelernt hat, die Welt offen steht“. Gewiß, denn wenn er ausgelernt hat, wird die Welt groß sein und er mag schauen, doch er weiter kommt. Hat er das Glück, daß ihn sein „Lehrherr“ weiter beschäftigt, so sind ihm 15—18 M. Wochenlohn sicher. Gewiß ein schöner Verdienst! Dafür wird ihm aber auch optimal vorgehalten, daß man ihn „durchsleppt“. Wirklich lädierte Gehilfen wird es immer schwerer, eine gute Stellung bei stets interessanter Tätigkeit!, wie der Einsender schreibt, zu finden!

Ihr Eltern und Vormünder ist es gewiß schwer, eine Berufswahl für ihren Sohn oder Pflegebrüder zu treffen, da auch andre Berufe nicht auf Nosen gebettet sind. Bevor sie sich aber für den „künstlerischen“ Beruf des Gravurts entscheiden, läge es in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich zuvor auf unserm Bureau, Zeitzer Straße 12, erkundigen.

Deutscher Metallarbeiterverband.  
Verwaltungsstelle Leipzig.

### Deutsches Reich.

#### Je nachdem.

Unser Gegenwartstaat ist aufgebaut auf den Prinzipien der Gerechtigkeit! So werden wenigstens die Abedojeten des Klassstaates nicht müde zu versichern. Und der Wahlspruch Kaiser Franz I. von Österreich: Justitia regnum fundamentum (Gerechtigkeit ist die Grundlage der Freiheit) wird bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten äußert. Äußert — Wie es aber mit seiner Anwendung ausschaut, mag folgendes illustrieren.

Vor dem Schöffengericht in Henn hattent sich wegen angeblichen Vergehens gegen den berühmten § 159 der Gewerbeordnung zwei Schlosser zu verantworten. Sie sollten einen Arbeitswilligen gestoppt und beschimpft und außerdem — wie schrecklich — vor ihm aufgedrückt haben. Durch die Zeugenaussagen konnte aber nur erwiesen werden, daß ausgespielt worden war. Zwei Entlastungszeugen, die befundenen, daß auch bei Arbeitswilligen gespielt habe, wurden nicht verdeckt, weil sie „als Streitende der Mittlerschaft verdächtig“ sein sollten. Der Verteidiger beantragte Freisprechung und hob mit Recht hervor, daß die Angelegenheit mit dem § 159 der Gewerbeordnung gar nichts zu tun habe. Auf Grund der Aussagen des Arbeitswilligen, der diese natürlich mit dem Ende bekräftigte, beantragte der Ankläger gegen den einen Angeklagten eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen und gegen den andern eine solche von zehn Tagen. Das Gericht war aber mit diesem Strafmaß noch nicht zufrieden, sondern erkannte gegen den ersten auf eine Woche und gegen den zweiten auf zwei Wochen Gefängnis, weil es der Meinung war, daß derartige Vergehen besonders hart bestraft werden müßten. Schon der dem Arbeitswilligen gegenüber gefallene Ausdruck „Ausländer“ sei eine Beleidigung (II).

Hier war also der Ausdruck Ausländer eine Beleidigung.

Der so genannte „Beleidigte“ war, wie bemerkte, Arbeitswilliger. Wie jedoch der Klassstaat und seine Instrumente in anderen Fällen Ausländern gegenüber versahen können, das heißtt, wenn sie nicht Streitbrecher, sondern um Verbesserung ihrer Lebenshaltung kämpfende Arbeiter sind, das ist folgender Beleg. Zwei Österreicher und Italiener, die bei dem Streit am Ochsenkopftunnel im Waldenburgkreis beteiligt waren, wurden jetzt von der Behörde ausgewiesen. Einer erhielt den Ausweisungsbefehl vormittags 10 Uhr und mittags 12 Uhr wurde er bereits unter polizeilicher Bedeckung nach dem Bahnhof transportiert. Nach schlummer erging es einem anderen, den man direkt von der Arbeitsstelle weg holte und nach dem Bahnhof brachte. Dieses Opfer der preußischen Ausweisungspraxis ließ man überhaupt nicht mehr in seine Wohnung. Man holte seinen Nebenlehrer herunter, die übrigen Sachen und sein eigenes Hausrat mußte er zurücklassen. Einem dritten wurde seine wenigen Spar groschen politisch von der Sparkasse abgehoben und ausgehändigt. Alle wurden von zwei Gendarmen, drei Polizisten und zwei Polizeihunden (II) nach dem Bahnhof gebracht und in den Zug verladen. Bis zur nächsten Grenzstadt begleitete die Polizei die Ausgewiesenen. Jetzt versuchten sie mit Hilfe der Konsulate wenigstens in den Besitz ihrer Sachen zu gelangen.

Und da sage einer, daß nicht die Gerechtigkeit die Grundlage der Reiche sei.

Ein Kampf der Hamburger Maler in Aussicht.

In Hamburg besteht seit längerer Zeit eine Innungs-krankenkasse für die Maler und Lackierer, die den scharfmäderischen Betreibungen einer Gruppe von Innungsmäistern dienen soll. Zunächst hatte die Kasse allerdings wenig Bedeutung, bis die Innung 1908 beschloß, alle Gehilfen bei der Innungskasse anzumelden, auch die Mitglieder freier Hilfsklassen. Eine Beschwerde gegen diese Zwangsmäßregel hatte zwar bei der Auszugsbehörde der Innung Erfolg, die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe des Hamburger Senats sanktionierte jedoch das Vorzeigen der Innung. Anwaltschaften haben sich nun immer größere Münstände bei dieser Kasse herausgestellt. Durch das Statut ist die Leitung der Kasse vollständig der Innung in die Hände gespielt worden. Im Kassenvorstand müssen vier von sieben Mitgliedern zugleich Innungsmäisteder sein. Die drei von den Arbeitern gewählten Vorstandmitglieder müssen vom Innungsvorstand bestätigt werden. Ebenso bedürfen alle einigermaßen wichtigen Vorstandsbeschlüsse der Genehmigung des Innungsvorstands. Gerade die Leute indessen, die stets den Mund über sozialdemokratische Mithilferechte in den Ortskrankenkassen aufstellen, wirkt sich hier draus los. Zu Hunger-Wochen (250 M. pro Tag) wurden entlassene Strafgefangene als Beamte angestellt. 800 M. Strafgelder, die die einzelnen Innungsmäister zu zahlen hatten, wurden einfach auf die Kasse übernommen. Doch alles dies und eine Reihe von Verschlecherungen, die vorgenommen wurden, als man die Zwangsmäßregel eingeführt hatte, bedeutet noch eine Kleinigkeit gegenüber den Scharfmädergellschaften, denen die Kasse dient. In unigen Zusammenhang mit ihr steht nämlich der Arbeitsnachweis der Innung, der in demselben Volat untergebracht ist. Man hat dadurch Gelegenheit, eine peinliche Auslese unter den Arbeitssuchenden vorzunehmen. Selbst als Streitbrecher kann die Kasse diejenen missen. Der Innungsobermeister Hansen, ein wütiger Scharfmäder, forderte bei einem Streit auf der Insel Sylt vom Kassenführer der Innungskasse, Streitbrecher nach Westerland auf Sylt zu schicken. Als ihm dieser erklärte, er habe kein Geld, da forderte ihn Hansen auf, Geld das er aus der Tageskasse der Krankenkasse zu nehmen. Hansen gibt selbst an, daß es bei einem Streit auf Nordernen ähnlich gelegen habe. Ob dieser Zustand ist die Erbitterung unter den Gehilfen immer mehr gewachsen. In einer sehr stark besuchten Versammlung haben nun die organisierten Maler beschlossen, die Beiträge für die Krankenkasse nicht mehr zu zahlen. Der Termin, an dem dieser Beschluß in die Tat umgesetzt wird, wird von der Ortsverwaltung bestimmt. Die Gehilfen sind bereit, deshalb einen Streit oder eine Aussperrung zu wagen, zumal da zugleich damit der paritätische Arbeitsnachweis erobert werden soll.

### Zum Streik in der Weihenfeller Schuhindustrie.

Die Schiedsgerichtskommission des Schuhfabrikantenverbands schloß zur Verständigung im Schuhmacherstreik die sofortige Einführung der 9½-stündigen Arbeitszeit bzw. die 57½-stündige Wochenarbeitszeit mit Wochenabgleich für die Bettlohnarbeiter und eine überprozentige Erhöhung der Überstundenlöhne vor. Die Fabrikanten stimmten diesem Vorschlag zu und der Gewerbeverein der Schuhfabrikarbeiter (ca. 1000 Mitglieder) beschloß, diesen Vergleich anzunehmen und am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Zentralverband der Schuhfabrikarbeiter (soll heißen Schuhmacher, R. d. B. Vtg.) hat noch keine Stellung dazu genommen, wird aber voraussichtlich dem Vorschlag ebenfalls zustimmen.

### Württemberg.

#### Zeitungsbürostreik in Chicago.

Die Drucker der Zeitungen Chicago examiner und Chicago american sind, wie dem Berliner Tageblatt aus New York gemeldet wird, in den Streik getreten, weil ihnen geringere Löhne gezahlt wurden, als mit der Tribuneunion vereinbart worden war. Obwohl die Druckerunion den Streik missbilligte, schlossen sich doch alle Chicagoer Zeitungen dem Streik an. Der Umsang aller Blätter wurde auf vieler Seiten reduziert und sämtliche Annoncen wurden weggelassen. Dadurch ist besonders wegen des Richterscheinens gerichtlicher und anderer öffentlicher Anklagen eine große Verwirrung verursacht. Die ursprünglich Ansicht war deshalb, nur daß offizielle Blatt Intercean herauskommen zu lassen, um das Richterschein gesetzlicher Anklagen zu vermeiden, die anderen Blätter nur in je 100 Exemplaren erscheinen zu lassen. Jedoch wurde später beschlossen, alle Blätter auf den erwähnten Umsang zu reduzieren, bis die Forderung gleichmäßiger Löhne erfüllt ist.

#### Streik am Panamakanal?

Die Arbeiter am Panamakanal drohen in den Streik zu treten. Die Ursache des beabsichtigten Streiks ist darin zu suchen, daß ein illegal verhafteter Lokomotivführer namens Dow, entgegen dem Verlangen der Arbeiter, bisher nicht in Freiheit gesetzt wurde. Dow war des angeblichen Vertrauensbruches angeklagt und der oberste Gerichtshof hat das Urteil erster Instanz in der vorigen Woche bestätigt.

### Von Nah und Fern.

#### Scheidenstat einer Wahnsinnigen.

Saarbrücken, 1. März. Der Saarbrücker Zeitung zufolge hat heute vormittag in dem benachbarten Ort Spiesen die Chefrau des Bergmanns Fritsch in einem Unfall gestorben. Umwandlung drei ihrer Kinder erdrostet, dem vierten die Kehle durchgeschnitten und das fünfte, jüngste, mit Lysol vergiftet. Danach schnitt sie sich selbst den Hals durch, ist jedoch noch am Leben. Die fünf Kinder sind tot.

#### Das Geständnis des Mörders.

Valenciennes. Der angebliche Journalist Otto Küly, der den deutschen Mechaniker Schulz (nicht Schult) an Bord eines Dampfers ermordete, ist durch den Bahnhofscommisar verhaftet worden. Der Mörder gab an, er habe Schulz getötet, um sich seinen homosexuellen Annäherungsversuchen zu entziehen. Er habe sein Opfer ausgeraubt und sich dann nach Valenciennes begeben, wo er am Bahnhof verhaftet worden sei.

Daxibroux, 2. März. In Houillesham, wo der Mörder Küly am Dienstag gesieben worden ist, wurde in einem Graben die Brieftasche des ermordeten Mechanikers gefunden, die einen auf den Namen Schult lautenden Anstellungskontrakt als Mechaniker und Wissensarten enthielt. Außerdem wurden die Klinge des Messers, mit dem die Tat ausgeführt worden ist, und ein Schlüsselbund mit 80 Schlüsseln, die der Mörder weggeworfen hat, gefunden. Die gefundenen Gegenstände wurden versiegelt.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 2. März. Aus Yes wird gemeldet, daß unter den Scheradämmen in der Nähe der Hauptstadt ein Aufstand gegen den Sultan Muham Hadj ausgetragen sei. Der Sultan habe seine Käibe zunächst berufen und beauftragt, mit ihnen Waffallas gegen die Ausländer zu marschieren. Er habe die französische Militärmission ersucht, die Mahalla zu begleiten. In Yes herrscht große Erregung; man glaubt, daß die europäischen Konsuln im Hinblick auf die ernsten Folgen des Aufstandes ihre Staatsangehörigen auffordern werden, sich zur Abreise aus Yes bereitzzuhalten.

#### Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße.  
Frau Ida Nehlsdorf, Albertstraße 12.  
Herr H. Voelkel, Marktallende 18, pt.  
Herr Otto Jacob, Mühlstraße 47, Ecke Berliner Str.  
L. Wollendorf: Filiale Ost: Elisabethstraße 17.  
L. Minger: Herr G. Schirmer, Zweinaudorfer Str. 25, pt.  
Herr H. Stach, Sicherungsstraße 12.  
L. Meudnitz o. L.: Herr K. Köhler, Obere Münsterstraße 21.  
L. Meudnitz: Herr N. Köhler, Kreuzstraße 87.  
Restaurant Schröder, Comeniusstraße 8.  
Herr Gustav Alde, Zigarrengeschäft, Bergstr. 7, Straße, Zigarrengeschäft.  
Sking: Herr Wilhelm Brückhardt, Schulstraße 5.  
L. Bonnberg: Herr Ernst Loitsch, Nienhainer Straße 82.  
L. Kleinstöcker: Herr M. Georgi, Plagwitzer Straße 85.  
Herr Karl Peter, Döbelnerstraße 5.  
Leibnitz: Herr H. Stope, Hauptstraße 68.  
L. Lindau: Ehrener Straße 11, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße.  
Telephonanschluß Nr. 8854.  
L. Plagwitz: Herr W. Becker, Zigarrengeschäft, Schloßstraße.  
Wohl-Ehrenberg: Herr D. Bredau, Ecke Wettiner u. Mühlstraße.  
L. Comenius: Herr A. Prior, Comenius Straße 18.  
L. Gutsch: Herr M. Herzog, Magdalenenstraße 6.  
L. Göhlis: Herr Herm. Müller, Lindenholzer Straße 12.  
Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Ausdruckern abgeholt werden.

### Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Alfred Herre in Leipzig.  
Berantwortlich für den Juizratentell:  
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengerechtschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.





Athen, 1. März. Die griechische Regierung hat, veranlaßt durch ihren mehrfach zum Ausdruck gebrachten Wunsch den traurigen Zwischenfällen an der Grenze ein Ende zu bereiten, den früheren Militäraufstand in Konstantinopel, Oberstleutnant Gondomans, angewiesen, sich nach den betreffenden Orten zu begeben und sich mit den höheren Offizieren zu verständigen, die die ottomannische Regierung zu diesem Zwecke bestimmen wird, um mit ihnen gemeinsam ein Mittel zu finden, einer Wiederholung der Zwischenfälle der letzten Tage vorzubeugen. Der Kriegsminister hat zugleich dem Kommandeur der Flottille in Parässen den Befehl ertheilt, sofort die Untersuchung über den Zwischenfall zu eröffnen, bei dem zwei türkische Soldaten getötet wurden und die Schuldigen streng zu bestrafen. Der General ist heute morgen nach Parässen abgereist.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Ein nationalliberales Prachtexemplar.

Er wird vom Vaterlande arg mitgenommen, der arme Herr Nitschke in Leipzg, der nationalliberale Abgeordnete für den 12. städtischen Landtagswahlkreis. Nicht weniger als drei Artikel sind dem nationalliberalen ensant terrible in dem Organe des konservativen Landesvereins gewidmet. In dem einen Artikel wird es als eigentlich bezeichnet, daß die nationalliberale Partei zu der Frage der Schulreform und namentlich zu den Lehrerforderungen noch nicht Stellung genommen habe. Neuerdings aber habe sich Herr Nitschke den Spaß geleistet, im Leipziger Lehrerverein, dessen ständiger Gast er sei, Herr Langhammer als ensant terrible der nationalliberalen Partei wieder einmal kontrahiert zu machen. Ein zweiter Artikel ist überschrieben: Ensant terrible, und das ist natürlich wiederum Herr Nitschke. In diesem Artikel wird die Rolle der Nationalliberalen im allgemeinen und des Herrn Nitschke im besonderen zur Frage der sächsischen Gesandtschaften behandelt und daran erinnert, daß Herr Nitschke bei der Erstwahl im 44. ländlichen Wahlkreis sich gegen die Gesandtschaften mit dem Einwande gewendet habe, die Münchner Gesandtschaft habe Verrat am Vaterlande geübt, indem sie gegen den größten Bundesstaat konspirierte habe. Er habe aber sofort, als er diese Aeußerung getan, einem Konservativen in der betreffenden Versammlung zugesessen: "Das brauchen Sie aber nicht zu notieren!" Der Konservative hat daraufhin die Nitschke'sche Entdeckung in seinem Notizbuch noch extra unterstrichen.

Ein dritter Artikel endlich beschäftigt sich mit der Reichstagkandidatur des Herrn Nitschke im 14. Reichstagswahlkreise. Das Vaterland hatte die Kandidatur Nitschke als Mandatshaberei bezeichnet, worüber sich die Nationalliberalen Korrespondenz sehr entrüstete. Nun antwortet das Vaterland, es sei in der Lage, zu beweisen, daß Herr Nitschke seine Kandidatur selbst nicht ernstnehme. Er habe nämlich erklärt, er sei sich durchaus bewußt, daß er im 14. Wahlkreise nicht gewählt werde, er verfolge mit seiner Kandidatur nur den Zweck, in seinem Landtagswahlkreise, der sich teilweise mit dem 14. Wahlkreise deckt, die nationalliberalen Organisation nicht einschlafen zu lassen. Es liegen wölfliche Zugeschüsse in dieser Offenbarkeit des Herrn Nitschke. Zunächst die Feststellung, daß die nationalliberale Organisation im 12. städtischen Landtagswahlkreise im Einschlafen begriffen ist, wenn sie nicht durch einen kräftigen Schub wieder mutter gemacht wird. Sodann liegt aber auch das offene Bekennen des Herrn Nitschke darin, daß seine Kandidatur lediglich dem Hosen nach seinem Landtagsmandat entsprungen ist. Er weiß ganz genau, daß seine Reichstagkandidatur aussichtslos ist, er weiß, daß die Abspaltung unter den bürgerlichen Partien nur der Sozialdemokratie zugute kommt, und doch treibt er mit seiner Partei offenen Auges Bruderland zum Schaden des Vaterlands aus nacktem Parteidemokratismus."

Mit Vergnügen nehmen wir natürlich Notiz von der Tatsache, daß Herr Nitschke seine Kandidatur im 14. Wahlkreise selbst nicht ernst nimmt. Im übrigen wollen wir das Konterfei des Herrn Nitschke im konservativen Vaterlande, das wir hier in großen Strichen nachzeichnen haben, auf die Leiter selbst wirken lassen.

Einer Vermutung wollen wir aber Raum geben. Vor den letzten Landtagswahlen hat Herr Nitschke in einer Wählerversammlung in Taucha sich für die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts ausgesprochen und, als aus der Versammlung Zweifel geäußert wurden, daß er dies Versprechen halten werde, im tiefsten Brustton nationalliberaler "Überzeugung" geäußert, wenn er nicht halte, was er versprochen, wolle er nicht wieder unter die Augen seiner Wähler treten. Im letzten Landtag hat Herr Nitschke gegen einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Schulgelds gesprochen. Als er daraufhin in der Leipziger Volkszeitung festgenagelt wurde, erklärte er, er habe ein solches Versprechen nicht gegeben und könne deshalb auch die Erklärung nicht wieder vor seine Wähler treten zu wollen, nicht abgegeben haben. Doch unsre Genossen hatten die Geschichte schwarz aufweisen, denn sie hatten sie sich notiert. Nun zappelt Herr Nitschke an der Tatsache, daß er sein Versprechen nicht gehalten und deshalb auch nach seiner eignen Erklärung nicht mehr würdig ist, vor seine Wähler zu treten. Die Erinnerung an dieses kleine Ereignis in dem hochwichtigen Leben des Herrn Nitschke ist es wohl gewesen, die ihm in jener Wahlversammlung im 44. ländlichen Wahlkreise dem konservativen Vertreter zurufen ließ, er sollte sich die Bemerkung über die Gesandtschaften nicht notieren??

### Niechstagswahlen und nationale Gesellschaften.

In bürgerlichen Blättern sieht man:

"Die Bildung eines nationalen Ausschusses in Chemnitz wird von den dortigen bürgerlichen Parteien angestrebt, damit er die Vorarbeiten für nationale Gesellschaften und die kommenden Reichstagswahlen übernehme. An den letzten Tagen haben vertrauliche Besprechungen stattgefunden. Gegen den Aufzähmungskampf der bürgerlichen Parteien bei der Reichstagswahl sprachen sich die linksliberalen Gruppen aus. Als Einigungsauftakt war vorgeschlagen Graf Posadowsky, der auch zugesagt hat unter der Vorauseitung, daß alle bürgerlichen Parteien für ihn eintreten würden und er nicht in den Wahlkampf einzutreten brauche."

Die Wahrheit des in der Bildung begriffenen nationalen Ausschusses scheinen die kommende Reichstagswahl nicht für ein

nationales Fest zu halten. Von einem Posadowsky aber gehört ein gewisser Heroismus dazu, eine Kandidatur in einem sicheren Durchfallskreise anzunehmen. Schade, daß diese Kandidatur an dem Widerstand der Freiwilligen scheitern soll, denn einen interessanten Wahlkampf würde es gewiß geben, auch wenn Graf Posadowsky nicht in den Wahlkampf eingreifen würde, da ja der ehemalige Staatssekretär des Innern mit seiner Sozialpolitik mehr oder weniger bei allen bürgerlichen Parteien auf Widerstand gestoßen ist.

### Selbstkorrektur des Oberlandesgerichts.

er. Die Polizeidirektion Dresden hat am 20. Mai 1894 eine Bekanntmachung erlassen, wonach, falls nicht § 300 Biff. 11 des Strafgesetzbuchs (grober Unzug) einschlage, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft wird wer den Gewerbebetrieb eines anderen dadurch zu fören oder zu beeinträchtigen sucht, daß er öffentlich durch Reden oder durch Verbreitung von Schriften aussöhrt, aus einem bestimmten Geschäft keine Waren zu kaufen oder in einem bestimmten Lokale nicht zu verkehren. Im Sommer 1910 waren die organisierten Arbeiter der Brauerei Dresden mit den Brauereien wegen Neuregelung der Lohn- und Tarifverhältnisse in Verhandlungen getreten, die überall zu einer Verständigung führten. Nur der Direktor Niemer vom Plauenschen Lagerkeller weigerte sich, die Forderungen der Brauereiarbeiter zu erfüllen. Deshalb traten 40 Mann der Brauereiarbeiter in den Streik. Am 27. August 1910 fand im Voigtl. eine öffentliche Versammlung statt, worin der Gauleiter des Brauereiarbeiterverbandes Stöcklein über das Thema: Der Streik im Plauenschen Lagerkeller und die Konsumenten sprach. Neben ihm schloß seine Aussführungen mit den Worten: "Lassen Sie die Biere des Plauenschen Lagerkellers so lange ungetrunken, bis sich Direktor Niemer besonnen hat". Einige Tage darauf ließ St. ein Flugblatt drucken und unter die Bevölkerung Dresdens verteilen, worin es u. a. hieß: "Halte an dem in der Versammlung gesagten Beschlüssen fest, laßt die Biere des Plauenschen Lagerkellers den Direktoren und ihren Hintermännern allein trinken, bis auch hier die Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt sind." In diesen Auflösungen erwähnte die Polizeidirektion eine Übertretung ihrer Bekanntmachung und erließ gegen St. eine auf 20 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Haft lautende Strafverfügung. Das Schöffengericht hielt groben Unzug für vorliegend und hielt die Verurteilung aus § 300 Biff. 11 aufrecht. Die hiergegen eingegangene Berufung des Angeklagten wurde verworfen. Das Landgericht hielt ebenfalls auch den Tatbestand des groben Unzugs für gegeben, nahm aber auch gleichzeitig in der Begründung auf die Bekanntmachung der Polizei Bezug. Die Auflösung des Angeklagten habe sich nicht auf einen abgeschlossenen Kreis beschränkt, sondern sei durch die Verteilung des Flugblattes darüber hinaus auf die Allgemeinheit übergegangen. Dadurch sei die Allgemeinheit belästigt und beunruhigt worden und dessen sei sich auch der Angeklagte bewußt gewesen. Hiergegen richtete sich nur die Revision des Angeklagten, die Verkennung des Begriffs des groben Unzugs und Verleugnung der Bestimmung in § 2 des Einführungsgesetzes durch Nichtbeachtung rückte. Zur Begründung führte der Verteidiger Reichsanwalt Giese aus, daß dem groben Unzug nichts anderes zu Grunde gelegt werden dürfe, als was das Publikum jederzeit und im Wechsel und Laufe der Zeiten darunter verstehen. Der Oberstaatsanwalt war ebenfalls der Meinung, daß sich die Verurteilung aus § 300, Biff. 11 nicht rechtfertigen lasse, beantragte aber Verwerfung des Rechtsmittels auf Grund der Polizeibekanntmachung. Nach wiederholten Entscheidungen des Oberlandesgerichts sei die Polizei zum Erlaß solcher Verordnungen berechtigt.

Das Oberlandesgericht hat das angefochtene Urteil aufgehoben und den Angeklagten kostenlos freigesprochen. In den Urteilsgründen heißt es: Die fragliche Verordnung steht ganz allgemein, ohne Rücksicht auf die erschwerenden Nebenumstände, die öffentliche Aussöhnung zum Vorwort unter Strafe. Deshalb ist der Strafgericht der Ansicht, daß die Rechtsverbindlichkeit der Polizeiverordnung nicht mehr anerkannt werden kann. Ist aber im vorliegenden Falle festgestellt, daß die bloße öffentliche Aussöhnung zum Vorwort kein Unzug ist, so kann darin natürlich erst recht kein grober Unzug erblickt werden und deshalb auch von einer Anwendung des § 300, Biff. 11 des Strafgesetzbuchs keine Rede sein.

**Konservative Reichstagkandidatur.** Um 10. sächsischen Reichstagswahlkreis (Döbeln-Waldheim) ist als Kandidat der rechtsstehenden Parteien der Stadtverordnete Unrath-Dresden aufgestellt worden. Nationalliberaler Kandidat ist bekanntlich der jeweile Vertreter Viz. Everling, dem auch sein reaktionäres Treiben im Reichstage nicht die Stimmen der konservativen Gruppen sichern konnte. Herr Unrath ist ein unanständiger Mittelstandsfanatiker. Er gehörte persönlich der Reformpartei an und ist im Dresdner Stadtverordnetenkollegium führender des rücksichtslosen Haushaltserkratzums.

Einen Protest gegen das Schäften hat der Verband sächsischer Gemeindetierärzte an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, der verurteilt ist durch die kritümliche Behauptung des Zentrumsabgeordneten Gräber im Reichstage, der Verein sächsischer Gemeindetierärzte habe sich der Eingabe rheinischer Tierärzte gegen das Schäften nicht angeschlossen. Dem Verein sächsischer Tierärzte gehören 90 Prozent aller Schlachthofleiter und Tierärzte an. In der Begründung des Protests heißt es, in der Verurteilung des Schäften als einer rohen und verrohnen Schlachtwelt seien alle sächsischen Schlachthoftierärzte einig. Es hätten sich bereits sämtliche Central- oder Hauptvereine der Schlachthoftierärzte Deutschlands dem Proteste der führenden rheinischen Vereine angeschlossen.

**Glossen.** Nach den Beschlüssen der Stadtverordneten ist als Bauplan für die durch die Baugenossenschaft zu errichtenden Arbeiterwohnungen das Areal des alten Schulgartens in Aussicht genommen. Die Genossenschaftsgeber werden eingeladen in gesperrte Sparkassenbücher von den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und der Stadt. Das Baugeld, vorläufig 100000 Mk., soll als Anteile von der Sächsischen Landesbausanstalt entnommen werden. Bis jetzt haben 25 Arbeiter 2500 Mk. eingezahlt. Man bedient 25 bis 30 Wohnungen fertig zu stellen, und zwar sollen etwa fünf Wohnungen in jedes Haus eingebaut werden.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** In das Untersuchungsgesetz aus dem Jahre 1909 wurde der hochbejahte Bahnmeister Anders aus Bischofswerda eingeladen. Er steht im Verdachte, sich an noch schulpflichtigen Kindern unstillt vergangen zu haben. — Im Endstelle der Wittenberge in Döbeln wurde der Soldat Ulrich von der 11. Kompanie des Jägerregiments in fast erschöpftem Zustande aufgefunden.

Man brachte ihn, nachdem er sich im warmeren Gastzimmer ein wenig erholt hatte, im Wagen in das Garnison Lazaret. Ulrich war Offiziersburg und soll einen geringen Geldbetrag unterschlagen haben. Aus Furcht vor Strafe war er dann davon geflohen. Sein Zustand war, als man ihn auffand, nicht unbedenklich. In einem Berliner Hotel wurde der aus Radeburg flüchtige Schuhmann Bruno Schmidt verhaftet. Er wurde wegen Unterschlagung im Amt verfolgt. Von dem veruntreuten Gelde (2000 Mk.) wurden bei Schmidt noch 1200 Mk. vorgefunden. — In Bittau haben sich zwei Volkschüler, die viele Räucherlen gemacht hatten, aus Furcht vor Strafe erhängt. Bei ihren Leichen wurde ein Detektivroman mit dem Titel zweier gemeinsam erhängter Knaben gefunden. Als aus dem Bahnhof Böhlen ein Güterzug auffuhr, wurde er bei der durch starke Mann eingetretene Kluftschlüssel des Bahnhofs von einem Ganglierge angefahren. Die Maschine und vier Wagen des Güterzuges wurden vollständig zertrümmert. Personen sind nicht verletzt worden. — In der neu erbauten Walfabrik in Neukirchen bei Grimma stürzte der mit dem Auslegen eines Güters auf einen Silo (Betriebsgrube) beschäftigte 28jährige Kauflösser Artur Seifert, wahrscheinlich durch einen Gehirntritt oder Gehirnriß, in den etwa 12 Meter tiefen Speicher, wodurch der junge Mann derart schwere Verletzungen erlitt, daß der Tod sofort eintrat. — Das Landgericht Plauen verurteilte den 38 Jahre alten Oberpostfachisten Joseph Rauchold aus Meichenbach wegen Diebstahls und unerlaublicher Brieföffnung zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Rauchold hatte am 10. Januar d. J. einen nach Jerusalem bestimmten Geldbrief geöffnet und daraus 1000 Mk. entwendet.

## Hus den Nachbargebieten.

### Kasernektultur.

In Gotha hat sich ein Rekrut durch einen Schuß eine Hand zerschmettert. Da er wegen Urlaubüberschreitung fünf Tage Mittelarrest erhalten hatte, schloß man auf einen Selbstmordversuch. Heute stellt sich heraus, daß der Rekrut von einem Vorgesetzten und zwei "alten Freunden" schwer mishandelt worden ist und daß man ihm auch aus Rache heimlich eine Platzpatrone in das Gemühe geladen hatte, weil der Mannschaft am letzten Sonntag wegen jener Urlaubüberschreitung der Urlaub ver sagt worden war. Beim Hanzen mit dem Gewehr ging der Schuß los, der dem Unglüdlichen eine Hand kostete.

### Gelegenheitsgesetzegebung.

Der Landtag für Schwarzburg-Sondershausen hat, wie gestern bereits kurz mitgeteilt, den Landesgrundgesetz folgenden Zusatz angehängt:

"Sind infolge Beschlusshinfälligkeit des Landtags Vorslagen unerledigt geblieben, so hat auf Antrag des Ministeriums in einer frhesten drei und längstens sieben Tage später stattfindenden Sitzung eine erneute Beschlusshinfälligkeit über diese Vorslagen zu erfolgen. In dieser Sitzung ist der Landtag beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Hieraus ist bei der Änderung der Sitzung durch den Präsidenten besonders hinzuweisen."

Zur Beschlusshinfälligkeit war bisher die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten notwendig. Die Regelung hatte sogar vorgeschlagen, daß der Landtag "ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder" beschlußfähig sein sollte. Das Parlamenten für Sondershausen besteht aus 18 Abgeordneten, von denen sechs vom Präsidium auf Lebenszeit ernannt werden. Während in öffentlichen Wahlverfahren die Wahlmänner zur Wahl von sechs Abgeordneten zu wählen haben, wählen die 300 Abgeordneten im Lande ihre sechs Abgeordneten direkt. Im Bericht wird hervorgehoben, daß eine Minderheit durch Obstruktion die Änderung des Landesgrundgesetzes sowie des Kammergründgesetzes verhindern könnte, weil bei diesen eine Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben ist.

**Erfurt.** Die 18jährige Tochter eines hiesigen Viehhändlers verlor auf dem Wege zur Bank 5000 Mk. in Banknoten samt einem Scheck über einhunderttausend Mark. Da das Geld nicht aufgefunden werden konnte, verließ das junge Mädchen die elterliche Wohnung. In einem Briefe teilte es mit, daß es sich das Leben nehmen wolle.

**at. Aus Sachsen-Weimar.** Trotz erheblicher Wahlvergehen wurde nach heftigen Auseinandersetzungen im weimarischem Landtag das Mandat des konservativen Abgeordneten v. Giebel-Streiber für gültig erklärt. Von 1884 gültigen Stimmen hat man mit 848 Stimmen die so zustande gekommene Wahl für ordnungsgemäß angesehen. Allerdings war auch im Landtag nur eine Stimme Mehrheit dafür vorhanden.

## Ein militärisches Ellen.

Nachdem durch das Wiederaufnahmeverfahren im Essener Kleineidsprozeß und die Freisprechung der unfähigen Opfer der deutschen Klassenjustiz eine ganze Anzahl ähnlicher Justizirrkäme — um uns milde auszudrücken — an dieser Stelle aufgetreten sind, sei auch an einen militärischen "Aufruhr"prozeß erinnert, über dessen Verlauf wir wiederholt berichtet haben. Es handelt sich um die angeblichen Krawalle im Voigtsdorfer Lager, wegen der drei verhexten Elbcker Reiter auf die Anklagebank geflossen und ins Gefängnis gewandert sind, lediglich auf Grund der Aussage eines Menschen, der jetzt auch als höchst fragwürdiger Charakter erkannt worden ist. Im Juli 1909 waren die Arbeiter Matern, Schumann und Steinhardt zu einer vierzehntägigen Reserveleistung im Voigtsdorfer Lager eingezogen worden. Am Tage vor der Entlassung hatte der Reserveunteroffizier und Postbote Karoloske einem Mann wegen angeblichen Ungehorsams zu drei Tagen Arrest verhlossen. Wegen dieses Denunziantenthakens sollen nun die Mannschaften am Entlassungstage — nachdem die militärische Hölle abgestreift und die Uniformkleidung angelegt war — vor dem Abmarsch nach dem Bahnhof den Karoloske umringt, beschimpft, mit Sand und kleinen Steinchen geworfen haben. Der Unteroffizier in Zivil behauptete sogar, Steinhardt habe ihn mit dem Stein geschlagen. Auch ironische Hochrufe seien auf ihn ausgebracht worden. Als Hauptbeschuldigten wurden die drei Obengenannten ermittelt und wegen angeblicher Achtungsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten und "militärischen Aufruhrs" unter Anklage gestellt. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht zu Elbeck im Oktober 1909 bestritt der Hauptangeklagte Steinhardt ganz entschieden, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Auch die beiden andern Angeklagten erklärten ihre Unschuld. Matern sagte aus, ein Reserve habe Zigaretten ausgeteilt und ihm keine gegeben. Darauf habe er gerufen: "Du bist ein Krüppel". In dem Augenblick sei der Unteroffizier Karoloske vorübergegangen und habe die Worte auf sich bezogen. Steinhardt erklärte: "Als die Mannschaften zum Abmarsch nach dem Bahnhof versammelt waren, soll ein anderer gerufen haben: 'Der mit dem Spitzbart und der weißen Weste, das ist der Sch...'. Dann sei Karoloske, den er gar nicht gekannt habe, mit dem Hauptmann auf ihn zugekommen und habe gesagt: 'Das ist der Mann, der mich geschlagen hat.' Kurz darauf sei er verhaftet worden. Der Postbote und Reserveunteroffizier Karoloske behauptete, die drei benannten seien die Täter gewesen. Einer habe gerufen: 'Na du bist mir ein schöner Krüppel'. Ein anderer: 'Die drei Tage, die du dem Michels verschaffst hast,

sollten dir schlecht bekommen, in Elbeck seien wir und wieder." Dabei hätten sich die Leute zusammengetroffen und eine drohende Bedrohung angenommen. Aus dieser Gruppe der Leute sei geschrieben worden: "Da ist der, kommt nur her, du Lump, du Schuft, du Schneinigel, dich haben wir lange nicht gesehen!" Darauf sei er mit Sand und kleinen Steinchen geworfen worden. In der Verhandlung waren viele Zeugen geladen, die alle das Geschehen ausgesagt und vor allem den Steinsatt, der sich beim Militär sehr gut geführt hat, als völlig unschuldig bezeichneten. Bei der Verhandlung waren auch zwei Hölle eine Rolle. Karloste behauptete, Steinsatt habe einen alten Hut aufgehabt. Steinsatt dagegen wies durch Zeugen nach, daß er mit einem neuen Hut eingerichtet ist. Trotz der Zeugenaussagen glaubte das Gericht nur dem Karloste. Der militärische Ankläger beantragte gegen Steinsatt 5 Jahre Buchthal und Entfernung aus dem Heere. Das Gericht war vielleicht über diesen Antrag selbst erschrocken. Es sprach wegen mangelnder Beweisen den Steinsatt frei, verurteilte aber Matern zu 4 Monaten und Schumann zu 6 Monaten Gefängnis. Letzterer hat seine Strafe verbüßt. Matern legte Berufung ein. Das gleiche ist der militärische Ankläger.

In der Berufungsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Altona wurde zuerst im Dezember 1900 zwei Tage verhandelt. Die Verhandlung wurde beßtiss weiterer Zeugenaufnahme verlängert. Anfang April 1910 stand dann die dritte Verhandlung statt, die wiederum zwei Tage in Anspruch nahm und zu der über 40 Zeugen geladen waren. Alle Zeugen widerlegten die Aussagen des Unteroffiziers. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jakobsen-Elbeck, wies nach, daß von einem Komplott gar keine Rede sein könne. Es sollte alles nichts. Was man nach der Beweisaufnahme gar nicht für möglich halten konnte, traf ein: das Oberkriegsgericht glaubte nur Karloste. Die Berufung des Matern wurde verworfen. Das freisprechende Urteil der ersten Instanz gegen Steinsatt wurde angeschoben und dieser zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, die er gegenwärtig in Spandau verbüßt. Dabei hat das Gericht — wie es in der Bekanntmachung hervorhob — einen minder schweren Fall angenommen, weil Steinsatt nicht vorbestraft, von guten militärischen Führung und verheiratet sei. Drei Familienältere muhten also auf die Aussage des Postboten Karloste hin ins Gefängnis wandern. Zugzwischen schickte Steinsatt Verteidiger Dr. Jakobsen in Elbeck alle Hebel in Bewegung, neue Zeugen aussändig zu machen und ein Wiederaufnahmeverfahren zu erwirken. Ein Ereignis, das ein bezeichnendes Licht auf den Kronzeugen der Militärbörde wirft, schien ihm dabei behilflich zu sein. Im letzten Herbst war auf dem Hauptpostamt zu Elbeck einem Briefträger die Pelerine gestohlen worden. Der vermischte Gegenstand wurde bei Karloste gefunden. Der eingehäutete Name des Eigentümers war bereits aus dem Kleidungsstück entfernt und aus dem Grunde der Spitzbube fürgestanden entlassen worden. Das Schöffengericht verurteilte den sauberen Patron nicht wegen Diebstahl, sondern wegen Unterschlagung zu 100 Mk. Geldstrafe. Dagegen legte Karloste Berufung ein, die am 7. v. M. vor der Strafsammer des Landgerichts Elbeck verhandelt wurde. In der Verhandlung hatte der Herr Unteroffizier d. R. noch die Dreiflügeligkeit, seine Kollegen zu beschuldigen, ihn — insoweit der "verheirateten Ansichten" — aufs Elbeker Parteiblattes, des Volksboten, die von den Postunterbeamten geteilt werden — zweitwährend gehänselt und seine eigene Pelerine fortgenommen zu haben. Selbstverständlich beantragte der Staatsanwalt Fre-

sprechung des Karloste. Das Gericht verworf aber die Berufung, weil die „Unterschlagung“ festgestellt sei.

Dieser Tage hat sich nur das Reichsmilitägericht mit dem Wiederaufnahmeverfahren des „Ausruhr“-prozesses beschäftigt und merkwürdigweise den Antrag des Verteidigers abgelehnt. In der Begründung heißt es: „Das rechtskräftige Urteil stützte sich auf die Zeugenaussage des Unteroffiziers d. R. Karloste, während den vom Angeklagten benannten Entlastungszeugen (421, die sämtlich vereidigt wurden) eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen wurde, einmal weil sie den Angeklagten während der Vorlommisse nicht ununterbrochen beobachtet haben konnten, und dann, weil auf ihnen selbst ein nicht unerheblicher Verdacht ruhte, sich an den Ausschreitungen gegen Karloste beteiligt zu haben. Die gegen Karloste's Persönlichkeit neuendenden Verdachten sind zwar geeignet, dessen Blankwürdigkeit ungünstig zu beeinflussen, allein bei dem negativen Ergebnis (?) der sonstigen Beweisaufnahme vermag das Gericht diesem Umstand keine derartige Bedeutung beizulegen, daß die Unrechtmäßigkeit von Karloste's den Steinsatt belastender Aussage feststeht, und die Feststellungen des Oberkriegsgerichts nicht mehr aufrechtzuhalten wären.“ Während nach Ansicht der Kommentatoren die neuen Tatsachen die Unzuverlässigkeit der bisher benutzten Beweismittel klarlegen, lassen die vorliegenden Gründe des aus 4 Offizieren und nur 3 Juristen zusammengesetzten höchsten Militägerichts eine Auffassung erkennen, die in der vorliegenden, lebhaft am Essen erinnernden Art die Wiederaufnahmenahme anstellekt. Trotzdem wird der von der Unschuld des in Spandau stehenden Steinsatt überzeugte Verteidiger den Kampf um die Geschäftigkeit fortführen. Vielleicht dürfte auch durch diese Veröffentlichung die Erkenntnis des militärischen Justizirkums ein gutes Stück gefördert werden. Es ist nicht unbedingt nötig, daß bis dahin 15 Jahre verstreichen müssen. Im Volke hat man das Urteil gegen Steinsatt nicht begreifen können und der Beschluss des Reichsmilitägerichts vermag das Vertrauen zur Militärjustiz noch weniger zu stärken.

dauernd ein lebhaftes Interesse daran, in diesem Punkte weiteren Wandel zu schaffen. Diese Bestrebungen sind zum Ausdruck gekommen in der Verleihung eines Preises an Dr. Jeard aus Marseille für eine Arbeit über „die Feststellung des Todes in den Hospitalen Frankreichs und des Auslands“ durch die Pariser Akademie der Wissenschaften. Dr. Jeard hat nämlich einen sehr verständigen Vorschlag gemacht, der ein Mittel zur sicherer Feststellung des Todes auch durch einen Testen bietet. Es soll dem vermeintlichen Verstorbenen ein kleiner Strohblatt Papier, auf dem einige Buchstaben mit einer essigsaurer Blei in destilliertem Wasser geschrieben worden sind, in die Nase gesteckt werden. Wenn nach 24 Stunden die Schriftzüge schwarz geworden sind, so ist der Eintritt des Todes sicher. Diese Folge geht von Versicherungen aus, die in der Lunge begonnen haben und besteht in der Wirkung von Schwefelwasserstoff auf das essigsaurer Blei, aus der schwarzes Schwefelblei entsteht. Außerdem gibt aber Dr. Jeard auch noch ein süßeres Verfahren für die Aerzte an, daß auf wissenschaftlicher Grundlage jeder Zweifel ausgeschließt und daher bei der sachmännischen Totensatz stets in Anwendung kommen sollte. Dazu wird der bekannte Stoff Fluoreszin benutzt, der als wässrige Lösung in die Aderen oder in die Mundhöhle geprägt wird. Es läßt sich dann leicht erkennen, ob der Blutkreislauf noch fortbaut oder zum Stillstand gelangt ist. Wenn nach einer oder höchstens zwei Stunden die durch das Fluoreszin bedingte eigentlich Färbung, die in einem deutlichen Gelb besteht, weder auf der Haut, noch auf den Schleimhäuten erscheinen ist, so ist der Eintritt des Todes vollkommen sicher. In den Augen bewirkt der Stoff eine grüne Färbung.

### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Gebäckfabrik): Grütze und Käsebrei mit Mandelteig.  
Speiseanstalt II (Zwieback): Weiche Bäckerei mit Schwarzbrot.  
Speiseanstalt III (Milchküche): Grüne Orangen und Würzen mit Pfeffersteck.  
Speiseanstalt IV (Brotküche): Kartoffelwunder mit Würzen mit Schinkenteig.  
Speiseanstalt V (Wursterei etc. etc.): Würzen mit Schinkenteig.  
Speiseanstalt VI (Käse, Salate etc.): Käsekuchen mit Schinkenteig.

## Erwerbt das Bürgerrecht!

### Verlorener Humor, Frohsinn,

Infolge Abgespanntheit, Aufgeregtheit, Überarbeitung, Nervosität, Gedächtnisschwäche, wegen Überanstrengung der Nerven, des Geistes, kehrt wieder, nach Nahrung und Stärkung der Nerven und des Organismus, wie von ärztlichen Autoritäten festgestellt, mit

### Lecimorol,

patentamt. geschütztes resorbierbares Phosphorlecithinöl. Hervorragendes Stärkungspräparat und Nervennahrung der Gegenwart. Versuche beweisen. Flaschen, größere und kleinere, leicht schluckbare Kapseln: 3.— M. Prompter Versand durch die Apotheken: Leipzig: Engel-, Hof-, Hirsch-, Mohren-, Salomon-Apotheke.

\* Gilbert & Fournier, Nouveaux remèdes. Mercks Berichte 1901. Mercks Berichte 1905. Gollner, Reichsmedicinalanzeiger 1908.

# Sperling & Wendt

LEIPZIG Petersstr. 66

## Unsere Neuheiten für das Frühjahr

Kleiderstoffe, Damen-, Backfisch- u. Kindermäntel, Garnierte u. Jackett-Kleider, Kostüm-Röcke, Blusen, Morgenröcke etc. etc. empfehlen wir in unübertrifftener grosser und geschmackvoller Auswahl.

## Für die Konfirmation

empfehlen wir ganz besonders nachfolgende

### Kleiderstoffe

Cheviot in schwarz und farbig, reine Wolle, doppeltbreit, äußerst solide Ware . . . . .	130
Chevron in schwarz und farbig, reine Wolle, doppeltbreit, besonders vorteilhaft . . . . .	140
Kammgarn in schwarz und farbig, reine Wolle, doppeltbreit, gestreift, sehr schmeissam . . . . .	160
Diagonal in schwarz und farbig, reine Wolle, doppeltbreit, unverwüstbar im Tragen . . . . .	180
Satintuch in schwarz und farbig, reine Wolle, 110 cm breit, glanzreich und elegant . . . . .	200

### Kleiderstoffe

Simililaine in elfenbeinweiss, Waschstoff, doppeltbreit, Wollimitation . . . . .	120
Wolltaffet in elfenbeinweiss, reine Wolle, doppeltbreit, tadellose Ware . . . . .	120
Cheviot in elfenbeinweiss, reine Wolle, doppeltbreit, vorzüglich im Tragen . . . . .	150
Batist rayé in elfenbeinweiss, reine Wolle, doppeltbreit, sehr apart und haltbar . . . . .	190
Voile rayé in elfenbeinweiss, reine Wolle mit Seide, doppeltbreit höchste Neuheit . . . . .	220

### Konfirmanden-Kleider

immer in 4 Größen vorrätig am Lager

aus schwarzen Croisi- oder Satinstoffen von Mk. 18.75 20.00 25.00 bis 50.00  
aus weißem Batist- und Croisi-Stoffen . . . . . Mk. 20.00 24.00 bis 55.00

### Konfirmanden-Jacketts und Paletots

in schwarz und farbig, alle Größen vertreten

Sacos, 60 bis 80 cm lang; Paletots, 80 bis 100 cm lang, von 6.50 an.  
Weisse Wasch-Unterröcke mit reicher Stickerei von 2.90 an.

## Amtliche Bekanntmachungen.

Zur Sicherer Ausbewahrung von Sparbüchern und Familienpapieren, in beschränktem Maße aber auch von Geld, Wertpapieren und sonstigen Wertgegenständen befinden sich jetzt in sämtlichen Kassenstellen der Sparkasse I und II Stahltschießfächer, die unter Kontrollverschluß der Sparkasse stehen und vermietet werden. Der Mietzins beträgt 2 Mark für das Kalenderjahr, außerdem ist für Versicherung des Inhalts des einzelnen Stahltschießfächers bis zur Höhe von 1000 Mark gegen Einbruchsdiebstahl und Feuergefahr jährlich eine Gebühr von 40 Pfennigen mit dem Mietzins im voraus zu entrichten.

Wegen der näheren Bestimmung für die Vermietung dieser Stahltschießfächer wird auf die hierüber befindenden gedruckten Bestimmungen, die in den städtischen Sparkassenstellen unentgeltlich abgegeben werden, Bezug genommen.

Die Kassenstellen der städtischen Sparkassen sind für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet:

### Sparkasse I.

Die Kassenstellen für Ein- und Rückzahlungen am Tröndlinring Nr. 3 sind seit 18. Mai 1910 aufgehoben und in verschiedene Teile der Stadt verlegt worden:

Tröndlinring Nr. 3 werden nur noch Hauptkassengeschäfte wie Lombard, Hypothekenzahlungen und dergleichen werktags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags erledigt.

Es sind folgende Kassenstellen der Sparkasse I vorhanden:

Westplatz, Ecke West- und Promenadestraße, geöffnet ununterbrochen vormittags 8—3 Uhr nachmittags;

Ranstädter Steinweg Nr. 46, geöffnet vormittags 8—1/2 Uhr

und nachmittags 3—6 Uhr (auch Sonnabend);

Markthallengebäude Brüderstraße, geöffnet vormittags 8—1/2 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr (auch Sonnabend);

Südstraße Nr. 2b, geöffnet vormittags 8—1/2 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr (auch Sonnabend);

Johanniskirchplatz 4/5, geöffnet ununterbrochen vormittags 8—3 Uhr nachmittags;

Durchgang des Alten Rathauses, geöffnet ununterbrochen vormittags 8—3 Uhr nachmittags.

Alle diese Kassen können künftig von den Sparern zu Ein- und Rückzahlungen für Sparkasse I benutzt werden, gleichviel, an welcher Stelle das betreffende Buch ausgestellt ist.

### Sparkasse II.

Leipzig-Niednitz, Grenzstraße 8, werktags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Nebenstellen der Sparkasse II.

Leipzig-Gohlis, Basadowstraße 5, werktags von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags, Sonnabends jedoch von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags;

Leipzig-Eutritsch, Markt 1, Dienstags und Donnerstags von 8 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr mittags, Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags;

Leipzig-Gohlis, Kirchplatz 1, werktags, mit Ausnahme von Sonnabends, nachmittags von 3—5 Uhr und außerdem Montags, Mittwochs und Freitags von früh 8 Uhr bis mittags 1 Uhr;

Leipzig-Plagwitz, Alte Straße 22, werktags von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und 3—5 Uhr nachmittags, Sonnabends jedoch von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags;

Sparkasse Leipzig-Döllnitz, Bornaische Straße 78, Sparkasse Leipzig-Möckern, Gustav-Kühn-Straße 1, Sparkasse Leipzig-Stötteritz, Hauptstraße 35, werktags von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und nachmittags von 3—5 Uhr, Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Der Hinterparnas wegen lasse man Zinsen in die Sparbücher nie bei Andrang an den Kassenstellen, sondern nur gelegentlich, wenn auch erst nach Jahren, einzutragen. Dadurch erwächst kein Bindungsvertrag, denn alle Zinsen, auch wenn sie nicht im Sparbuch stehen, werden vom Jahresabschluß an zum Kapital geschlagen und mit verzinst, bis die Höchsteinlage erreicht ist.

Im Januar werden die Zinsen nur in Ausnahmefällen zugeschrieben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die eins gelegten Gelder vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage der Rückzahlung, diesen mit eingeschlossen, verzinst werden.

Außerdem bestehen zur Einzahlung von Geldern für die städtischen Sparkassen noch Annahmestellen für

### Sparkasse I

1. bei Herrn Kaufmann Otto Brieztig, in Firma Otto Barkusky Nachl., Tauchaer Straße 5.
2. bei Herrn Gebr. Spillner, Windmühlenstraße 27.
3. bei Herrn Heinrich Unruh Nachl., Weststraße 33.
4. bei den Herren Walter Krassau u. Kurt Flemming, Inhaber der Firma Julius Hoffmann, Peterssteintorweg 3.
5. Rödls Drogenhaus, Kynast & Deutrich, Grimmaischer Steinweg 17.
6. bei Herrn Richard Poetzsch, Hoflieferant, Kaffeehäuser, Kolonialwarengeschäft, Döntstrasse 16/18;

### für Sparkasse II

1. bei Herrn August Schlag, Leipzig-Reußellerhausen, Burgener Straße 49.
2. bei Herrn Otto Rössler, Inhaber der Firma Udo Kurth Nachl., Leipzig-Neustadt, Melchner Straße 86.
3. bei Herrn Kaufmann Max Robert Dachsel, Leipzig-Reuschensfeld, Neustädter Straße 6.
4. bei Herrn C. A. Mühler, Leipzig-Niednitz, Mühlstr. 1.

Die Sparkassenstellen in Leipzig-Niednitz, -Gohlis, -Plagwitz, -Möckern, -Stötteritz lösen auch Zinscheine der Leipziger Stadtanstalten ein.

Das Leihhaus ist für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet an allen Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Versteigerungstagen nur bis 2 Uhr nach-

Leipzig, am 1. März 1911.

Der Rat der Stadt Leipzig.

## Sparkasse Oetzschi.

Sparkonto vom 1. Januar bis 28. Februar 1911.

2932 Einzahlungen im Betrage von 474541 Mf. 26 Pf.

1231 Rückzahlungen 108233 Mf. 15 Pf.

Kassenumsatz 1258 900 Mf. 04 Pf.

383 neue Bücher.

Einlegerguthaben 5566 484 Mf. 25 Pf.

Zinsfuß 3½ Prozent. Tägliche Verrechnung. Kontrollmarken.

## Restaurant Ernst Jesch

Tauchaer Str. 24 — gegenüber der Volkszeitung — Spezial-Ausschank vom Markranstädter Brauhaus — Jeden Freitag: **Nachtschlachtfest**.

## Max Haufe's Gast- u. Logierhaus

43 Seeburgstraße 43.

Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gute Saub. Übernacht. ff. Bier. Kräftigen Mittagstisch. Verkehrslokalalter Tischlor. Achtungsvoll O.O.

## Cheatervorstellungen.

### Neues Theater.

Donnerstag, den 2. März: **Gläubige und Heimat.**

Die Tragödie eines Sohnes von Karl Schümmer. In 3 Aufzügen.

Regie: August Winds.

Christof Moll, ein Dr. Waller

Reit Peter, f. Bruder Dr. Behler

Der Müller, sein Dr. Haas

Die Mutter, f. Weiß Dr. Rosenthal

Der Sohn f. Sohn Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Der Sandberger zu Lebzeiten Dr. Demme

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Der Sandberger zu Lebzeiten Dr. Demme

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spieldam, sein Dr. Helmuth

Die Mutter des Mollin Dr. Schimpfung

Die Sandbergerin Dr. Hirsch

Der Unterganger Dr. Proff

Spield

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. März.

Geschichtskalender. 2. März 1481: Franz von Sickingen auf der Ebernburg in der Pfalz geboren († 1529). 1788: Der Dichter Solomon Gessner in Zürich gestorben (\* 1750). 1820: Der Dichter Edward Douwe Tessel (Multatuli) in Amsterdam geboren († 1883). 1824: Der Komponist Franz Smetana in Prag geboren († 1884). 1830: Der Orientalist Theodor Nöldeke in Halle geboren. 1861: Aushebung der Leibesfreiheit in England. 1862: Erste Ley-Deluge-Vorlage. 1901: Der amerikanische Geologe George Dawson in Ottawa gestorben (\* 1849). 1900: Der Germanist Moritz Heyne in Göttingen gestorben (\* 1837).

Sonnenaufgang: 6.40, Sonnenuntergang: 5.27.  
Mondaufgang: 7.45 vorm., Monduntergang: 7.20 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. März.  
Westwinde, Bewölkungszunahme, wärmer, zeitweise Niederschlag.

## Die Mittelstandserneuerung eine "nationale" Tat.

Immer schärfer werden die Klassenkämpfe auch in den Stadtparlamenten, weil sich die bestehende und herrschende Klasse auch in der Kommune vom Steuerzahlen drückt und die immer größer werdenden Lasten skrupellos der schwer bedrängten Volksmasse aufwälzt. Einem schlagenden Beweis für die Richtigkeit des Gesagten bietet der Verlauf der gestrigen Sitzung des Leipziger Stadtparlaments. Schnell und nahezu debattelos wurden die kleineren Vorfälle erledigt, um dann zum Hauptverhandlungsgegenstand, zur städtischen Biersteuer, und damit zur Einführung indirekter Steuern in Leipzig überhaupt zu kommen. Die Tribüne war überfüllt, viele Besucher mußten wieder umlehrten. Auch im Kollegium herrschte angesichts der kommenden scharfen Auseinandersetzungen eine gewitterschwere Stimmung. Die Agitation gegen die Biersteuer war bis zum letzten Augenblick mit einer solchen Heftigkeit betrieben worden, daß sie die führenden Geister der Stadtverwaltung zu wiederholten Schmerzexzessen über die "wütige Agitation" draußen veranlaßte, durch die sich kein Stadtverordneter in seinen Entschlüssen beeinflussen lassen durfte. Das flagende Trio: Herr Kommerzienrat Tobias, der Plenarvotan der Biersteuervorlage, Herr Oberbürgermeister Dittrich und der Vorsteher Herr Dr. Roth, glaubten sogar, die "wütige Agitation" zensieren zu müssen, indem sie sie als eine das Maß des Erlaubten übersteigende hinstellten.

Herr Tobias hielt als Referent vier Reden, eine "sachliche", die der Begründung der Vorlage dienen sollte, und eine persönliche, in der er sich gegen die persönlichen Angriffe, die ihm aus den Reihen seiner Klassengenossen, besonders vom Verband sächsischer Industrieller, dessen Mitglied er ist, zuteil wurden. Was er an Gründen für die Notwendigkeit der Biersteuereinführung vorbrachte, war geradezu trostlos. Warum sollen wir auf Einnahmen verzichten, die andre Städte aus der Biersteuer längst haben? Die Kernfrage sei: Warum soll das in Leipzig schädlich sein, was in Dresden, Chemnitz und andern Städten nicht schädlich sei. Es sei eine nicht wieder gut zu machende Unterlassungslösung, daß die Biersteuer in Leipzig nicht schon 1901 eingeführt worden sei. Was am Bier verdient werde, wie der Prozeß gegen die drei Tuschankellner in München, die sich in kurzer Zeit mit ihren knappen Maßen ein Vermögen erworben hätten. Orientierung war die Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der drei Kategorien, die bei der Biersteuer die Leidtragenden sind: die Brauereien, die Wirts- und die Konsumanten. Die Brauereien könnten die 100.000 M. mit Leichtigkeit tragen, wie ihre Geschäftsauslösungen bewiesen; danach würden von einzelnen Brauereien hohe Dividenden gezahlt. Auch die Wörfe als zuständige Verständige habe dies erklärt. Die Wirs könnten die Steuer tragen, weil sie durch die Konzessionspflicht Monopolstellung hätten, weil sie nicht, wie andere Gewerbetreibende, volles Maß gäben und weil sie bei der leichten Biersteuer das Publikum um viel mehr als den Steuerbetrag geschöpft hätten. Jede der drei Kategorien könne die Steuer im Interesse der Allgemeinheit (schöne Phrase) tragen. Geschont, geschont müssen die Großkapitalisten und die Grundbesitzer werden. Also ganz wie im Reiche. Die kommunale Steuergesetzgebung in Leipzig wird der des Reichs immer ähnlicher. Am meisten hat den Herrn Kommerzienrat die Bemerkung seines Industrieverbands in Harnisch gebracht, daß die Bevölkerung mit der Biersteuervorlage überumpelt werden sei und daß der Verband bereit sei, etwaige Beschwerden wegen des Gesetzes bei der Regierung zu vertreten. Damit hat der Verband dem Herrn Tobias allerdings einen Streich versetzt, der gut gewirkt hat. Daß er den verstorbene Oberbürgermeister Tröndli aus dem Grab als Schwurzeuge für die Notwendigkeit einer Biersteuer hervorzuholte, war ebenso überflüssig, wie es von ihm ungeschickt war, im jetzigen Augenblick den Reichstagsabgeordneten Dr. Junck als Anhänger der Biersteuer und als Verächter der Volksmeinung vorzustellen.

Trotz der schon wochenlang getroffenen Abmachung zwischen den Drahtziehern der ersten und der zweiten Klasse wurde es den Herren angesichts der heftigen Agitation doch sehr schwül zumute, so daß sie glaubten, Befreiungspulver in die Menge zu streuen. Ein solches Befreiungspulver sollte die Rede des Vorstehers sein. Allen bisherigen Geslogenheiten zuwider nahm er gleich nach dem Referenten das Wort, um sich gegen die "wütige Agitation", gegen die angeblich falsche Informierung der Bevölkerung und gegen den Rat in den Eingaben, die Stadtverordneten sollten weise Sparfamilie walten lassen, zu wenden. Zum Schluss behauptete er dann noch, daß die großen Vermögen in den letzten Jahren tüchtig zur Besteuerung herangezogen worden seien.

In einer groß angesetzten, mit reichem Material peinen die Einführung indirekter Steuern verfehlten Rede, führte Genosse Pollender den Steuerberatungsrat, die Gefährlichkeit ihres versprecherlichen, volksgefährdenden Bezeichnens sehr nachdrücklich vor Augen. So nachdrücklich,

dass der Vorsteher von seiner sonst sachlichen und unparteiischen Geschäftsführung abweichen, sich ganz als Sachwalter des Kapitals fühlend, dem Genossen Pollender dreimal ins Wort setzte mit der deplazierten Bemerkung, der Redner solle zur Sache sprechen. (!) Bei der dritten Unterbrechung war aber die Geduld der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Ende, und sie protestierten so lebhaft und nachdrücklich gegen die ungerechte Einwirkung, daß Genosse Pollender seine Rede zu Ende halten konnte. Das gedankenreiche Referat auch nur angedeutungsweise hier wiederzugeben, ist unmöglich, man lese es im ausführlichen Bericht nach. Wie Peitschenhiebe wirkte die Pollendersche Kritik an dem mittelstandsfeindlichen und schädlichen Verfahren der Mittelständler, die, um den Grundbesitz zu schonen, die Wirts- und Konsumenten aufs neue bluten lassen wollten. Ebenso wirkte die Bemerkung Pollenders geradezu sensationell, von der Mittelstandstraktion hätten sich Mitglieder schriftlich und mündlich ehrenvölklich verpflichten müssen, für eine Biersteuer zu stimmen. Als der wochenlang betriebene Kuhhandel perfekt war, sei man dann plötzlich mit der Vorlage gekommen. Die Erfahrung einiger Mittelständler, von der Geschichte gar nichts zu wissen, wirkte nur bestätigend. Der Oberbürgermeister, wie besonders der Vorsteher, die Pollender als Zeugen für seine Bemerkung über den Kuhhandel aufrief, suchten sich durch die "diplomatische" Floskel aus der Pfanne zu ziehen: Wir wissen von nichts, unser Name ist Hase.

Da des Oberbürgermeisters Rede (wie die des Herrn Tobias) schon vor der Sitzung gebrüllt war, so nahm sie, die Herr Dr. Dittrich nun gegen den Genossen Pollender hielt, wie die Faust aufs Auge. Nebenbei bemerkt, schwanden die Nachrichten ihre Leder mit der Behauptung an, sie ließen die Reden nach der stenographischen Niederschrift folgen, dabei waren diese schon vor Beginn der Sitzung gebrüllt.

Der Mittelstandsvorsteher Roselt führte seinen Fraktionsgenossen und dem Rat die Verwerflichkeit der Vorlage noch einmal vom Standpunkte des Wirts vor Augen und warnte besonders seine Fraktionsgenossen, der Vorlage zuzustimmen.

Eine echte Mittelständlerrede hielt Herr Höhne. Er verteidigte den Umfall seiner Fraktionsfreunde, obwohl er persönlich gegen die Biersteuer stimmte. Als ihm Genosse Kressin wegen seiner immer hitziger werdenden Rede die bissige Bemerkung zuteil: Sie bereiten wohl Ihren Umfall vor? Da bekam Herr Höhne den echten Sozialistenfotter des Leipziger Spiekers, dessen Typ er ist, und hielt nun eine wütende, erheiternd wirkende Philippika gegen die Sozialdemokratie. Nach einem öden Entschuldigungsgestammel des Herrn Jähne, der diesmal für die Biersteuer stimmte, nahm sich Genosse Seger die Ausführungen der drei bürgerlichen Corpshäuser vor, deckte die Widersprüche ihrer Ausführungen auf, zeigte, wie unbegründet die Vorlage sei und beleuchtete die famose Mittelstandspolitik der Mittelstandsvertreter. Heftige Zurufe von den Mittelstandsvertretern bewiesen, wie zutreffend die Kritik war. Zu Beginn seiner Ausführungen beschäftigte sich Genosse Seger noch in sehr schöner Weise mit der Handhabung der Geschäftsführung. Herr Dr. Rothe war aber so nerdös, daß er sich jede Kritik seiner Geschäftsführung in schmeichelhafter Ton verbat; worauf ihn Genosse Seger belehrte, daß er sich nach der Geschäftsaufnahme Kritik gefallen lassen müsse.

Nunmehr wollten die Bürgerlichen mit ihrer Gesetzesarbeit Schluss machen, da es mittlerweile 1/2 Uhr geworden war. Der bestellte Schlussantrag Sonnenkalbs traf pünktlich ein. Alle noch so eindringlich vorgebrachten Gründe Lehmanns gegen die Mundtotmachung, und dagegen, die juristisch verpflichtete Vorlage nicht zu verabschieden, prallten wirkungslos ab, die Mehrheit stimmte einfach zu.

Über die beiden ersten Paragraphen der Vorlage wurde nach dem Pollenderschen Antrage namentlich abgestimmt. Die Rollen der dafür und dagegen Stimmen der ersten und zweiten Klasse waren sicher und gut verteilt, so daß die nötige Mehrheit für die Vorlage zusammenfand.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses brach bei den Zuhörern ein kolossal Entrüstungsschrei los, der vom Vorsteher mit der Räumung der Tribüne beantwortet wurde. Eine schöne Illustration zu dem Geschehnismachenwerk. Als nun vom Genossen Kressin beantragt wurde, über jeden weiteren Paragraphen namentlich abzustimmen, packte die Jasager eine wahre Wut. Die einen behaupteten, namentliche Abstimmung gebe es nun nicht mehr und die andern wußten nicht recht, was sie machen sollten. Als sie eine Weile in dieser Pein geschwabt, erlöste sie Kressin daraus, indem er seinen Antrag zurückzog. Die übrigen Paragraphen wurden dann durch die übliche Abstimmung erledigt, wobei dasselbe Stimmenverhältnis wie bei der ersten Abstimmung war. Damit wurde Schluss gemacht.

Der "nationalen" Tat entspricht die revolutionäre Saat.

## Ein Ehrentag des Genossen Geyer.

Heute begeht der Vertreter der Leipziger Arbeiterschaft im Reichstag, der Genosse Fritz Geyer, den Tag seiner 25-jährigen Zugehörigkeit zum Reichstag, denn am 2. März 1886 wählte ihn der 10. sächsische Reichstagwahlkreis zu seinem Abgeordneten. 1881 war der Kreis, den früher Liebknecht vertreten hatte, unter der Diktatur des Scheder-Gesetzes an den konservativen Ritterguts- und Steinkohlenbergwerksbesitzer Ebert verloren gegangen, der das Mandat 1884 von neuem behauptete, am 7. Januar 1886 aber wiederlegte. Am 2. März desselben Jahres eroberte dann die Sozialdemokratie den Kreis zurück und schickte Geyer als Vertreter in den Reichstag. Bei den Faschingswahlen 1887 ging der Kreis dann wieder verloren, diesmal an die Nationalliberalen, worauf Geyer im 18. sächsischen Reichstagwahlkreis kandidierte, um 1890 mit erdrückender Majorität — über 80000 sozialdemokratische gegen knapp 19000 bürgerliche Stimmen — ge-

wählt zu werden. Seitdem ist der Kreis mit immerfort steigender Stimmenzahl behauptet worden und eine der Hochburgen der Sozialdemokratie.

Seine parlamentarische Tätigkeit hat Geyer allerdings schon früher begonnen, denn im Jahre 1885 wählte ihn der 30. ländliche sächsische Landtagwahlkreis in den Landtag. In diesem hatte er namentlich seit dem Ausscheiden Bevels und Liebknecht die Führerschaft in der Fraktion und hat der Partei namentlich als Stadtrechner wertvolle Dienste geleistet.

Das herrschende System bekämpfte er und zwar mit Erfolg durch seine Reden über die sächsische Polizeiwirtschaft. 1888 traf auch ihn die Guillotine des Wahlrechtsraubes, durch den damals der Arbeiterschaft die Mandate nach und nach gestohlen wurden. Zwei Jahre später, 1890, begann er, wie schon erwähnt, seine unterbrochene parlamentarische Tätigkeit von neuem als Vertreter des 18. sächsischen Reichstagwahlkreises Leipzig-Land.

Was Geyer besonders an die Leipziger Arbeiterschaft bindet, ist seine unermüdliche Tätigkeit auf dem organisatorischen Felde der Arbeiterbewegung. Lange Jahre war er Vorsitzender des damaligen Wahlvereins vom 12. sächsischen Reichstagwahlkreis Leipzig-Stadt. Und wo die Arbeiterschaft für ihre Rechte demonstriert, da ist Geyer gewiß in den ersten Reihen zu finden. Die Leipziger Genossen werden diesen Ehrentag Geyers am kommenden Sonntag in Gemeinschaft mit dem Jubilar feiern.

## Ein Disziplinarverfahren.

Das Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Dr. Wünsche hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, mit der Verurteilung zu einer Ermahnung einen überraschend schnellen Abschluß gefunden. Die neueste Nummer der Leipziger Lehrerzeitung gibt nur etwas ausführlicher auf das Verfahren ein. Sie schreibt: Der Fall wirkt wieder einmal ein grettes Licht auf die Rechtlosigkeit des Lehrers unter dem heutigen Disziplinarrecht. Herrn Dr. Wünsche ist nicht gestraft worden, die der Anklage zugrunde liegenden Fälle nadzuschreiben; der mit der Verteidigung beauftragte Rechtsanwalt hat trotz ausdrücklichen Erlebens keine Abschrift der ganzen Anklage bekommen. Herr Dr. Wünsche hatte sich zu seiner Verteidigung eine Frist von acht Tagen erbeten, um das Material zusammenzustellen, Zeugen zu benennen usw. Schon bald stellte sich heraus, daß diese Frist etwas kurz war, eine Verlängerung, um die der Rechtsanwalt gebeten hatte, wurde glatt abgelehnt. Die Behörde hat nicht einmal die bewilligte achtjährige Frist eingehalten, sondern bereits einen Tag vor deren Ablauf das Urteil gefällt, ohne auch nur einen einzigen der von Herrn Dr. Wünsche benannten 20 Zeugen zu hören und ohne die Eingabe des Rechtsanwalts abzuwarten. Eben sollte von diesem die Verteidigungschrift abgehen, da stellte sich Herr Dr. Wünsche als bereits Gemachregelter vor. Dem Schwerpunktverbrecher wird vor Gericht event. von Staats wegen ein Urteil gestellt, und der Gerichtshof achtet peinlich darauf, daß die Verteidigung in keiner Weise beschränkt wird. Das unter Abschluß der Öffentlichkeit ab vollzehende Disziplinarverfahren für Lehrer, in dem die Behörde Ankläger und Richter zugleich ist, kennt so etwas nicht und schlägt eine wirkliche Verteidigung praktisch aus. Selbstverständlich legt Herr Dr. Wünsche Verzug an das Kultusministerium ein.

Vom Arbeitsmarkt im Februar. Beim paritätischen Arbeitsnachschub in Leipzig gingen im Februar 4778 Geflüchtete ein, davon in der Arbeiterabteilung 1055, in der Arbeiterinnenabteilung 2818. In der Arbeiterabteilung wurden vom Monat Januar 206 Arbeitslose übernommen und 1048 neu eingeschrieben; 22 Aufträge wurden übernommen, 902 Personen wurden verlangt, davon 12 nach auswärt. 822 Personen wurden vermittelt, darunter 390 zur Ausbildung auf die Zeit bis zu einer Woche, 7 davon nach auswärt. In der Arbeiterinnenabteilung sind 75 Arbeitslose aus dem Monat Januar übernommen und 1227 neu eingeschrieben worden. Aufträge wurden aus dem vorigen Monat 185 übernommen und 1891 Personen im Februar verlangt; 1174 Personen, darunter 168 Dienstmädchen, wurden vermittelt.

Ein Beschwerderecht für Feuerwehrmannschaften wird jetzt in Wien von der christlich-sozialen Stadtverwaltung eingeführt. Die Feuerpolizei und Feuerwehr in Wien unterliegt nämlich völlig der Gemeinde, ohne daß eine Regierungsbörde dreizugeben hätte. Der Wiener Stadtrat hat nun beschlossen, daß die Mannschaften bei der Inspektion durch den Bürgermeister bitten und Beschwerden einzelner oder mehrerer ohne weiteres dem Bürgermeister vortragen dürfen. Jeder Feuerwehrmann, der mindestens ein Jahr gebient hat, sieht das Recht der Berufung gegen Straferkenntnis des Kommandos zu. Die Berufung geht an eine Kommission, die aus dem Bürgermeister, Stadträten und Magistratsbeamten besteht. (Der Stadtrat ist der geschäftsführende Ausschuss des Gemeinderates und die Bürgermeister werden aus der Mitte des Gemeinderates gewählt.) Die Feuerwehrmänner, die der Zentralorganisation der städtischen Bediensteten angehören, fordern, daß die Berufungskommission teilweise aus ihren gewählten Vertretern besteht.

Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte gestern abend in der 12. Stunde auf der Weide an der Ecke Süd- und Kronprinzstraße zwischen zwei Motorwagen der Straßenbahnen M und G. Bei dem Zusammenprall, der die Folge einer falschen Weichenstellung gewesen sein soll, sind die Bordpersonal beider Wagen so beschädigt worden, daß die Wagen außer Betrieb gestellt werden mußten. Verletzt wurde, soviel bekannt, niemand.

Unfall. An der Ecke Dresdner Straße-Taubenweg lief gestern nachmittag ein zweijähriger Knabe in ein zweispänniges Fuhrwerk. Der Knabe kam zu Hause und wurde vom Befreier gestoßen, zum Glück aber nur leicht verletzt.

Einen Selbstmordversuch machte heute vormittag in einer Wohnung in der Elisenstraße ein 30jähriger Kaufmann, indem er sich mit einem Revolver in die Brust schoss. Der Beweggrund ist noch nicht bekannt. Der Verletzte ist noch lebend in das Krankenhaus gebracht worden.

Eine junge Diebin. In der Eisenburger Straße hat ein größeres Schulmädchen einen siebenjährigen Kinde einen größeren Geldbetrag mit Gewalt abgenommen. Die junge Diebin hat sich in dieser Weise schon wiederholt bemerkbar gemacht. Sie hat auf dem Rücken einen Schulranzen und in der Hand eine Ledertasche getragen.

Diebstähle. Durch Taschendiebstahl ist in einem Lokal des Südbistros einem Herrn eine silberne Glashütte ihr samt goldener Kette abhanden gekommen.

Ein Fahrrad der Marke Imperialcad wurde aus einem Grundstück der Scharnhorststraße gestohlen. In der Neanderstraße ist ein Fahrrad ohne Bezeichnung gestohlen worden.

Verhaftungen. Hier ermittelt und festgenommen wurde eine schon seit mehreren Jahren wegen verschiedener Straftaten verfolgte 23 Jahre alte Frauensperson aus Breslau.

Ein schon wegen Betrugs und Urfundenfälschung vorbeschreiter 35-jähriger Handlungsgeschäft aus Borna hat neuerdings als Provisionsträger eines Installationsgeschäfts unberechtigt Gelder fassiert, darüber gefälschte Quittungen ausgestellt und das Geld für sich verwendet. Es erfolgte die Festnahme des unredlichen Menschen.

Am 25. Februar wurde vor der Markthalle ein einspanniges Geschirr geholt, wie jetzt ermittelt worden ist, von einem 36 Jahre alten Fleischer aus Grasdorf. Der Dieb wurde festgenommen. Pferd und Wagen hat er verkauft.

## Soziale Rundschau.

### Arbeiterschutz im Gastwirtschaftsgewerbe.

Der ganze Arbeiterschutz im Gastwirtschaftsgewerbe beschränkt sich auf die Bundesratsverordnung vom Jahre 1902. Durch diese wird bestimmt, daß die gelernten Gehilfen eine achtstündige Ruhezeit und alle 14 Tage einen 24stündigen Ruhetag haben sollen. Den jugendlichen Arbeitern wird ein neunstündiger Ruhetag gewährt. Diese mangelhafte Verordnung bezieht sich leider nur auf den kleinsten Teil der Angestellten; das gesamte Hilfspersonal ist davor ausgeschlossen. Trotzdem laufen die Unternehmer Sturm gegen das bisherige Arbeiterschutz und reichen in jeder Session des Reichstags Petitionen ein, in denen sie um Verschlechterungen der Bestimmungen ersuchen. Die Gehilfen dagegen haben die Bundesratsverordnung stets nur als eine geringe Abschlagszahlurk angesehen, ihre weitgehenderen Forderungen haben aber auch bisher zu keinem Erfolg geführt. Zudem werden die geringfügigen Bestimmungen des Schutzes natürlich von den Unternehmern nach Möglichkeit umgangen.

Zieht hat es nun einmal die Gesellschaft für soziale Reform in die Hand genommen, Bundesrat und Reichstag zu weiteren Schritten zu drängen. Eine von ihr eingereichte Petition fordert die Ausdehnung der Bundesratsverordnung auf das gesamte gelernte wie ungelernte Personal, ferner die Ausdehnung auf Privathotels, Sanatorien, Speisewagen usw. Neben den sogenannten nationalen Gehilfenvereinen hat sich der Petition diesmal auch der Verband deutscher Gastwirtschaftshilfen angeschlossen; unbeschadet seiner weitgehenderen Forderungen (36stündige Ruhezeit pro Woche) und unbeschadet der Gegnerschaft zu den nationalen Verbänden glaubte er die Sache unterstützen zu müssen und den gezeigten Körperschaften zu zeigen, daß bei diesem Punkte alle Gehilfenvorganisationen einig sind.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat sodann, unterstützt von denselben Gehilfenvereinigungen, noch zwei weitere Petitionen abgesandt. Die eine wendet sich an die Eisenbahnminister der Bundesstaaten. Es wird darin erucht, über die Arbeitsverhältnisse des Personals in Bahnhofswirtschaften, Schlafwagen und Speisewagen Erhebungen vorzunehmen und eine einheitliche Neuordnung

auf der Basis einer festen Entlohnung und einer Normalarbeitsordnung durchzuführen.

Die dritte Petition endlich ist an die Stadtgemeinden gerichtet und fordert von diesen in sämtlichen von der Gemeinde verpachteten oder mit Zuschüssen usw. unterstützten gastrwirtschaftlichen Betrieben, die Pächter vertraglich zu verpflichten, den öffentlichen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Ferner wird gefordert, daß in derartigen Betrieben ein erhöhter Schutz des jugendlichen Personals einzutreten habe.

Alle diese Forderungen sind durchaus berechtigt und bedeckt. Solange die Zersplitterung unter den gastrwirtschaftlichen Gehilfen aber anhält, solange werden aber auch die besten Gesetze nicht voll zur Anwendung kommen.

Berichtigung: In Nr. 89 der L. B. vom 16. Februar ist unter: Gewerbestatistik, Seite 26, statt: 1137000 Pferdekräfte zu lesen: 200000 Pferdekräfte.

## Kinderbeschützkommission.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderbeschützangelegenheiten  
Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipziger Straße 92,  
Mittelportal, II. Vorstand: Aug. Eitlich.

**Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderbeschützgesetz** werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:

### Leipzig-Stadt:

Bezirksvertrauensperson: Frau Emilie Günther,  
Weststraße 29, 6. II.  
Frau Emilie Schröder, Humboldtstraße 23, IV.  
Frau Emma Hebold, Kappelbachstraße 12, II.  
Frau Mai, Uhlandstraße 5, III.  
Frau Möller, Südblock 2, IV. r.

### Südosten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Fahr, Neurendorf,  
Karolastraße 5.  
L.-Probstheide: Friedrich Roschlau, Grimmaische Str. 16, 6. I.  
L.-Stötteritz: Frau Clara Pöhlitz, Arnoldstraße 22.  
Frau Agnes Schuharit, Christian-Wolfe-Straße 8.  
L.-Thonberg: Marie Raundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.  
Göhren: Albin Neh.  
Holzhausen: Karl Hahner, Körnerstraße.  
Liebertwolkwitz: Mich. Rebel, Seitenstraße 228, L.  
Möllau: Max Nähler, Stötteritzer Straße 1.  
Wachau: Ernst Friedrich, Nr. 30.

### Süden:

Bezirksvertrauensperson: Karl Schulz, L.-Connewitz,  
Bornaische Straße 18, I.  
L.-Connewitz: Frau El. Pöhlitz, Brandstraße 15, I.  
L.-Döllnitz: Oskar Pfütze, Schloßstraße 14, I.  
L.-Döllnitz-Dößnitz: Frau Ebert, Löbstdädter Straße 23, II.  
Gaußig-Dößnitz: Frau Förster, Dößnitz, Hauptstraße 54, I.  
Gesäßwitz bei Rötha: Frau Braut.  
Großdöbene: Emil Pleißner.  
Rötha: Frau Anna Zwoboda, Schulstraße 74c.  
Markleeberg: Albert Franke, Bornaische Straße 47, II.  
Rötha: Otto Schillhäuser, Leipziger Straße 72.  
Zwenkau: Rudolf Schwab, Leipziger Straße 170.

### Westen:

Bezirksvertrauensperson: Frau Remus, L.-Schleußig,  
Völkmannstraße 8.  
L.-Kleinschöner: Frau Kühn, Clarastraße 11, III. I.  
L.-Lindenaus: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 35, I.  
Frau Jeller, Dahlemannstraße 18, III.  
L.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 68, III.  
Frau Reinhardt, Ischhoferstraße 50, IV.  
L.-Schleußig: Frau Kirchhoff, Völkmannstraße 22, part.  
Frau Roed, Könneritzstraße 65, III.  
Frau Reimling, Brodhausstraße 56, III.  
Böhltz-Ehrenberg: August Baumann, Leipziger Straße 62 I.  
Anna Hennig, Rühlstraße 20.  
Bösdorf: Nob. Bertram.  
Herrn. Hänsel.

Burghausen: Friedrich Apel, Brienitzstraße 4.  
Großschocher: Frau Krämer, Hauptstraße 107.  
Knauleeberg: Max Böschner, Leipziger Straße 61, II.  
Leutzsch: Frau Minna Kleig, Grenzstraße 4, II.  
Lausen: P. Köhler, Nr. 26.

### Norden:

Bezirksvertrauensperson: Justus Schubert, L.-Gutriesch,  
Magdalenenstraße 6a, I.  
L.-Gutriesch: Frau Emma Kurth, Magdalenenstraße 2, I.  
L.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.  
Martha Streine, St. Privatstraße 2, I.  
Alwine Wolff, St. Privatstraße 20, IV.  
L.-Mödern: Ida Höppner, Karolastraße 10, IV. I.  
Max Weber, Hallische Straße 58, I.  
L.-Wahren: Max Jacob, Hallische Straße (Konsumverein).  
Mockau: Max Krieger, Hauptstraße 19, III.  
Stahnsdorf: Gustav Gründling, Nr. 80.  
Thrella: Otto Rögel.  
Wiederitzsch: Frau Krone.

### Osten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Pöhlitz, L.-Sellerhausen,  
Schützenhausstraße 2.  
L.-Aigner: Frau Walther, Ungerstraße 22, I.  
L.-Neukölnfelz: Frau Pöhlitz, Voltmarßdorf, Kirchstraße 84.  
L.-Neustadt: Frau Dennis, Neustadt, Kirchstraße 89.  
L.-Neuborn: Frau Graf, Dresdner Straße 55.  
L.-Stölln: Frau Pöhlitz, Karl-Härtling-Straße 2.  
L.-Voltmarßdorf: Frau Thalheim, Voltmarßdorf, Juliusstraße 2c.  
Rannhof: Robert Radelbach, Wurzener Straße 284.  
Raunsdorf: Karl Kremer, Paulinienstraße 24.  
Schönfeld: Frau Wollen, Dimpfelstraße 35, I. r.  
Taucha und Umgebung: Daniel König in Döbeln b. Taucha.  
(Diese Liste wird noch weiter ergänzt.)

Wir bitten alle Fälle ungesetzlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Misshandlungen, körperliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Besorgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

## Zum Monats- und Quartalschluss

werden die verehrlichen Postabonnenten um die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung beim Briefträger oder dem Postamte ihres Wohnortes gebeten. Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, empfiehlt sich die Erneuerung oder Neubestellung schon einige Tage vorher!

# Erwerbt das Bürgerrecht!

**Das Bürgerrecht kann jeder Leipziger Steuerzahler, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag erlangen, wenn er die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens zwei Jahre in Leipzig Steuern bezahlt hat.** Wer die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, muß zuvor diese erwerben.

Wegen Auskunft wende man sich an einen der nachstehenden Genossen, die bereit sind, eventuell die erforderlichen schriftlichen Arbeiten unentgeltlich auszuführen.

## Für die Stadt Leipzig.

### Alt-Leipzig:

August Göbler, Südstadt 56, I.  
Hermann Friedrich, Arndtstraße 25, II.  
Richard Becker, Berliner Straße 2, III.  
Drangott Nurje, Glodenstraße 15, IV. I.  
Hercannus Denitz, Sebastian-Bach-Straße 18.  
W. Jeride, Frankfurter Straße 10.  
Otto Kießling, Weststraße 30, 6. III.  
J. Eitlich, Schlegelstraße 5, pt. r.  
Franz Höhler, Schenkendorfstraße 27, I. r.  
Oskar Diez, Hauptmannstraße 7.

### Ost-Vorstadt:

Anger.  
Karl Werner, Zweinaudorfer Straße 39, II.  
Volkmarßdorf.  
Otto Borberger, Wurzener Straße 8.  
Neuschönfeld.  
Hermann Seidel, Reichstorstraße 1, II.  
Neustadt.  
Albin Friedemann, Konradstraße 64.  
Neudörfchen.  
Karl Günther, Heinrichstraße 38, pt.  
Sellerhausen.  
Friedrich Hammer, Bauzmannstraße 7.  
Stünz.  
Max Fröhlich, Grenzstraße (Konsumverein).

### Südost-Vorstadt:

Probstheide.  
Paul Enders, Grimmaische Straße 24d, III.  
Honberg-Neurendorf.  
Eugen Diez, Neuenhainer Straße 33.  
Robert Bischöner, Oststraße 17, III.  
Südteritz.  
Bernhard Hegewald, Ferdinand-Jost-Straße 29, I.  
Franz Baud, Probstheidestraße 5, pt.  
Emil Ruth, Hauptstraße 57, 6. II.  
Joseph Pienstorfer, Hauptstraße 51, I. r.  
Aug. Donath, Wasserstrasse 12, pt.  
Max Pöhlitz, Arnoldstraße 22, pt.

### Süd-Vorstadt:

Connenwitz.  
Richard Strobel, Bornaische Straße 31.  
Franz Nagel, Niedermannstraße 35.  
Ernst Geyer, Frohsburger Straße 27, I.

Döhl.  
Albert Heimde, Probstheidestraße 12, pt. r.  
Bernhard Voigl, Siebener Straße 12.  
Richard Wedewitz, Döser Straße 8.  
Karl Ritschke, Johannastraße 11.

Lößnig.  
Oskar Philipp, Coloredostraße 11.  
Heinz. Sachse, Löbstdädter Straße 6, II.

### West-Vorstadt:

Plaue.  
H. Weidlich, Erdmannstraße 19, III. I.  
Ernst Kräbler, Schloßstraße 44, pt.  
Otto Voigt, Naumburger Straße 8, II.  
H. Reinhold, Schmiedestraße 8, III.  
H. Rehbaum, Karl-Heine-Straße 25b, III.  
Fr. Schaar, Gleisstraße 8, IV. r.  
Fr. Krieger, Friedrich-August-Straße 28.

### Lindenau:

E. Eppendorf, Calvißusstraße 15, II. L.  
Artur Stephan, Josephstraße 49.  
Albin Rausch, Hebelstraße 26b, I.  
K. Fuhlbrigge, Henriettestraße 49, pt.  
Friedrich Weile, Hebelstraße 26.  
Th. Primus, Hellmuthstraße 7, III.

Kleinmachnow.

Karl Peter, Dieskaustraße 5, pt.

Richard Krieger, Windorfer Straße 11b.

M. Georgi, Dieskaustraße 31, pt.

Schleußig.

Adolf Hammes, Könneritzstraße 57, III.

J. Born, Brodhausstraße 50, III.

H. Busch, Südmännerstraße 16.

### Nord-Vorstadt:

Gohlis.  
Oskar Fischer, Beaumonstraße 8, pt.  
Emil Lösch, Wittenbergsche Straße 6, I.  
Julius Beiler, Schäfstraße 12.

Hermann Voigt, Schleußiger Straße 20, II.

Oskar Wols, Schleußiger Straße 31.

Karl Laut, Vothringer Straße 52.

Robert Schöllner, Fabrikstraße 4.

Otto Quellmalz, Böcknische Straße 31.

R. Bauer, Dorotheestraße 20.

Emil Krause, Hallesche Straße 180, II.

### Guttau.

Richard Reinhardt, Delitzscher Straße 88.

Robert Kurih, Magdalenenstraße 2.

Hans Braun, Hamburger Straße 62.

Arthur Gueingas, Hamburger Straße 58.

Oskar Fleck, Salzmannstraße 3.

Mödern.  
Max Weber, Hallische Straße 58, I.  
Paul Thierbach, Wilhelm-Crusius-Straße 25.  
Oskar Erdmann, Hallische Straße 58, III. I.  
Emil Blauchmidt, Eckardstraße 22, pt.

Zwickau: Für die Ortschaften im Bezirk Leipzig  
helfen bei der Erlangung der sächsischen Staatsangehörigkeit.

### Baalsdorf:

Robert Karubla, Tischler, Seitenstraße 9.

### Engelndorf:

Emil Bösel, Bahnhofstraße 28, II.

### Baumsdorf:

Heinz, Paulinienstraße 98c.

### Schönenfeld:

E. Möller, Südblock 15, I.

E. Schulze, Dimpfelstraße 45, II.

Emil Böhlitz, Pöhlitz 12, pt.

### Sommersdorf:

August Bader, Eisenbahnhofstraße 10, I.

### Taucha:

Leonhard Rüger, Eisenbahnerstraße 150.

### Holzhausen:

Oswald Schubert, Bahnhofstraße.

### Lieberntwolkwitz:

Reinh. Möh, Duerstraße.

### Zuckelhausen:

Rudolf Galienhauer, Zweinaudorfer Straße.

# Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1911. Nr. 51

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Fledermäuse.

Das Herrenhaus des Ritterguts J., ein alter Renaissancebau, hat einen mächtig großen, halbdunklen Oberboden. Räumlichkeiten gibt es in dem alten Hause übergenug, so daß der Boden unbenutzt ist, und Jahre vergehen, ehe jemand mal da oben hinauf kommt. Doch wer dort oben unter den dunkeln Balken geht, der meint, in ein verwunschene Schloß gefommen zu sein. Auf den Dielen liegt eine dicke Schicht welcher schwarzer Erde, hier und da mit einem weißen häuschen Manerpalpet darauf. An den Balken hängen wie Fugen Draußen schwarze Spinnweben herab in unüberbarem Zotteln und Kunkeln. Ursprünglich wie der Staub an den Fenstern scheint auch die Luft, die dick und modrig um die alten Balken lagert, und niemand atmet sie gern lange, ehe ist froh, wenn wieder die alte, schwere Luft, die das verwunsche Reich da oben abschließt, angeschnappt ist unter Knaden und Achzen.

Doch wer genauer da oben sich umsehen wollte, der würde finden, daß das verwunsche Reich unter den Balken genau wie das im Märchen auch sein verwunsches Böllchen hat. Da oben neben den Spinnwebenzotteln, selbst wie solche anzuschauen, hängen Fledermäuse ohne Zahl, hier dicht gedrängt zu Balken, dort vereinzelt nebeneinander. Sie halten Winterschlaf.

Zu der Zeit der ersten Nachtruhe haben sie sich dort an den Balken aufgehängt an den Krallen der Hinterbeine, haben die häutigen Flügel wie Theaternäntel um den Leib geschlagen und harren nun der Zeit, wo die Nächte wieder warm werden, die ersten Käfer brummen. Und während all dieser Zeit leben sie vom Speck, nicht von geräuchertem Schweinefleisch, wie die Bäuerin meint, die Löcher in den Speckseiten in der Rauchkammer entdeckt, nein, sie leben vom eignen Fett, das sie im Herbst sich angehäuft haben.

Und wenn sie dann wieder anfangen zu fliegen, sind sie um ein Flüstel leichter geworden. Dann sind sie eigentlich nur Haut und Knochen, und zwar viel Haut, denn die Flughäute zählen mit, und wenig Knochen, denn ihre Knochen sind zwar fest und hart, aber dünn und leicht, wie sie bei Flugzeugen sein müssen. Wenn sie wieder umherflattern, dann halten sie sich allerdings schadlos für die lange Fastenzeit. Dann fressen sie, soviel sie kriegen, und die Weibchen sind noch eisriger als die Männer.

Im Herbst haben die Fledermäuse doch zentral gehalten. Hier und da auf staubigem Balken haben sie sich umschlungen mit den behäuteten Armen und Liebesfreuden genossen. Aber dann wird, als wäre nichts vorgefallen. Lebhaft und schlank fliegen die Weibchen umher und mästen sich für den Winterschlaf, aber von den Folgen der Liebeszeit sah man nichts. Und wenn sie erwachen im März oder April, dann sind sie nun noch schlanker geworden. Auch wenn man den Leib der Tiere öffnet und genau untersuchen sollte, würde man finden, daß bis da noch keine Folgen der Begattung im Herbst zu sehen sind. Und dann mit einem Male löst sich ein reifer Stein im Eierstock ab, gelangt gerade wie bei andern Tieren vor der Begattung in die Gebärmutter und verschmilzt hier mit einem der männlichen Keime, die seit der Begattung dort lebenskräftig verwahrt liegen. Also erst nach zweieinhalb Monaten nach der Begattung wird das Fledermausweibchen fruchtig.

Das ist gewiß ein höchst sonderbares Verhalten. Mit Recht darf man wohl annehmen, daß der Winterschlaf diese höchst eigenartige Anpassung bedingt hat. Bei dem Dadje, der doch auch einen wenn auch unterbrochenen Winterschlaf hält, liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier ruht das Ei, allerdings das der fruchtbare, volle drei Monate, ehe es sich im November zu entwickeln beginnt. Und doch ist ein Zusammenhang zwischen Eisruhe und Winterschlaf wiederum fraglich. Auch bei unserm Neuhilf ruht das im Sommer befruchtete Ei bis zum Dezember, ehe es sich zu entwickeln beginnt. Was mag hier der Grund sein? Wir wissen hier so wenig wie bei den Fledermäusen, ja, bei den Männern sind diese Verhältnisse erst ganz neuerdies völlig gefestigt worden, früher wußte man nicht einmal genaues über die Brustzeit des Neuhilfes.

Sonderbar, wie die Vorgänge nach der Begattung sind auch die Umstände, unter denen die kleinen Fledermäuse zur Welt kommen. Die Mutter hängt sich an den Daumenkralle der Flughäute auf, ziegt den Schwanz, der ja mit den Hinterbeinen durch eine Haut verbunden ist, nach vorn, so daß eine Tasche entsteht, und dahinein fällt das Neugeborene. Meist kommt nur ein, höchst selten noch ein zweites Junges zur Welt. Dies ist schon recht weit entwickelt, kann die Beine und Krallen der Flugzunge schon gut gebrauchen und krabbelt am Leibe der Mutter empor, lämmert sich am Pelz der Mama fest und macht alle ihre Jagdflüsse mit. Wenn es durstig ist, saugt es Milch und nährt so allmählich heran, bis es nach etwa drei Monaten erwachsen ist und nun für sich auf die Kerfragd geht. Es ist ein sonderbares abenteuerliches Schauspiel, das die jagenden Flattertiere bieten.

Ein warmer, windstiller Junialben. Mit neuer Kraft dusften die vom Tau angefeuchteten Gräser der Wiese, das Laub des Birnbaums vor dem Hause duftet, und die Blumen im Garten schicken ihre Wohlgerüche in die Luft. Allüberall brummt es und summt es, läuft im Baumlaub und fällt schwer an die Kestchen auf, ziegt den Schwanz, der ja mit den Hinterbeinen durch eine Haut verbunden ist, nach vorn, so daß eine Tasche entsteht, und dahinein fällt das Neugeborene. Meist kommt nur ein, höchst selten noch ein zweites Junges zur Welt. Dies ist schon recht weit entwickelt, kann die Beine und Krallen der Flugzunge schon gut gebrauchen und krabbelt am Leibe der Mutter empor, lämmert sich am Pelz der Mama fest und macht alle ihre Jagdflüsse mit. Wenn es durstig ist, saugt es Milch und nährt so allmählich heran, bis es nach etwa drei Monaten erwachsen ist und nun für sich auf die Kerfragd geht. Es ist ein sonderbares abenteuerliches Schauspiel, das die jagenden Flattertiere bieten.

Da Klingt plötzlich neben dem kleinen Brummen ein hohes, feines metallisch zwitscherndes Pfeifen hoch oben in der Luft. Dort gleitet und flattert eine große, idiosynkratische Fledermaus, zuckt in jährem Winkel, liegt in schönem Bogen, stützt sich jäh hinab, steigt steil empor. Eine fröhliche Fliege in der Fledermaus ist es, unsre gewandteste und geschickteste Fliegerin. Da, legt sie umherzuspringen in der Luft, ist wohl in einen kleinen Ansekten schwarm geraten, nun wieder eilt sie mit schnellen Flügelschlägen davon, wendet im spitzen Winkel und segelt in sanfter Kurve herab, um hintern Kirchturm zu verschwinden. Nur ab und zu sagt uns der seine hohe Metallton, wie sie sagt.

Da flattert und wabbert dicht neben unserm Kopfe. Wie ein Schatten huscht sie um die Bäume, durch die Kleste, da plötzlich wieder das Flattern und Wabbern, die Fledermaus ist ein Stück emporengesprungen, nun fließt und prasselt es, zwei Flügelscheiden eines Flügelfasers fallen drehend zu Boden, und weiter huscht das Flattertier. Jetzt ist es weg, da taucht es schon wieder gespenstisch leise huschend auf. Die breiten Flügel, die Größe des Tiers lassen erraten, daß eine gewöhnliche Mauer-Fledermaus um und jagt.

Sie treibt sich nur in einem Umkreise umher, fliegt fast nicht über die Grenzen unsres Gartens hinaus. Und dabei singt

sie einen Junitäfer nach dem andern. Wollen doch mal zählen, wieviel sie bewältigt. Schnell sind wir Brüder im Garten verteilt, jeder muß laut die nächste Nummer des Käfers rufen, der in seiner Nähe gesungen wird. Acht, neun ist schon gezählt, und gleich eisrig ist noch unsre Freundin bei der Jagd; zehn! wird gerufen, doch zugleich an zwei Stellen. Natürlich muß eine zweite Mauerfledermaus die ergiebigen Jagdgründe unsres Gartens entdecken und unsre Studien fördern! Ja, einerlei, acht hat unsre Freundin sicher allein gefressen, und noch immer eisrig gleich eisrig das Wabbern und dann das Krachen der Käferpanzer. Und sein können wir sehen, wie die Jägerin mit den Flughäuten förmlich zuspielt und den Käfer umhüllt für einen Augenblick, bis das Prassel und Krachen zeigt, daß sie ihn zwischen den Naseljähnchen hat.

Und wie die zwei großen Flattermäuse jagend und in Junimäusen schwingend um unsre Obstbäume huschen, bekommen sie Gesellschaft. In unruhiger Zappelfluge tanzt eine Zwergfledermaus durch den Garten. Die großen Brummläuse sind ihr zu großer Lust, sie nimmt die Spanner und Fliegen, die um das Haus summen, ja sie vertreibt sich sogar durchs offene Fenster und bringt ins Haus eins. Schnell ist der Zugang verschlossen, die kleine Fledermaus ist gefangen. Eine Welle irr sie im Zimmer umher, dann hängt sie sich kopunter in die Gardine. Den Kopf streckt sie wagrecht in die Luft und zappelt und zittert mit ihm, als ob sie fröre, und dann fliegt sie wieder durchs Zimmer, unter der Stubendecke dahin, um die Hängelampe und das Ofenrohr.

Sonderbar, wenn ein Vogel sich ins Zimmer verirrt hat, dann fliegt er sofort aus Fenster und versucht, durch die Scheiben zu fliehen, da er sie nicht sieht. Die Fledermaus tut das nicht. Ist ihr Auge besser als das eines Vogels, so daß sie das Hindernis der Scheibe erkennt? Da fliegt sie wieder am Stock am Kletterhalter. Winzig klein, wie kleine, seichte Frösche schwimmen die Augen durch den Pelz. Die können unmöglich schärfer sehen als Vogelaugen. Wieder fliegt unsre Gefangene im Zimmer umher, quer durch den Raum fliegt sie, schweift kurz an der Wand, fliegt bis zur Ecke, in der sie wieder umbiegt, prallt vor der Hängelampe zur Seite und weicht vor dem Menschenkopf aus.

Wit einmal fällt wir eine ganz entfernte Nehnlichkeit in der Bewegung der Fledermaus auf. Ich hatte einmal in einem großen Aquarium eine tremende Schelbe eingezogen, um den friedlichen Insassen Ruhe vor einem Raubbold zu verschaffen. Es war fast unmöglich, die blonde Schelbe in dem Wasser zu sehen. Doch die Fische, die sie ja gar nicht gewöhnt waren, bogen um vor ihr wie vor den anbern, bekannten und gewohnten Glasscheiben. Sie konnten sicher die trennende Wand nicht sehen, sie hatten sie gefühlt. Awar tasteten sie das Glas nicht ab, sie bogen sogar schon in einiger Entfernung ab, aber das Statuen des Wassers an dem unsichtbaren Widerstand, sein Zurückstoßen, das merkten sie und richteten sich nach dieser Beobachtung.

Unsre Fledermaus macht geradezu. Die Flughäute, die mit feinen Wimperhaaren, Spitzhaaren - reichlich besetzt sind, die fühlen sofort, wenn die Luft anprallt und nicht nachgeben will, wenn also ein Hindernis im Wege steht. Wie sein dieses Gefühl ist, das außer in den Flughäuten auch in den dünnen, großen äußeren Ohren seinen Sitz hat, davon können wir uns keine Vorstellung machen. Geblendet Fledermäuse wissen vor dünnen, durch die Stube gespannten Fäden auszubiegen, wissen also äußerst keine Hindernisse zu vermeiden.

Auch bei der Jagd auf Insekten folgen die Fledermäuse dem Taktsum. Es war ein ungemein beliebter Scherz meiner Knaben, eine jagende Fledermaus auf den Beim zu führen. Wir waren Sand vor der Jägerin empor und freuten uns diebisch, wenn sie dann glücklich den fallenden Körnchen nachstatterte, um sie zu fangen, weil sie sie ihr Insekten hielt. Nun könnte man immer noch glauben, die Fledermaus hätte die Stelchen gesehen und deshalb nach ihnen gehascht. Das ist aber kaum anzunehmen, da jede wenigstens einmal auch der hochgeworfenen Mühle nachstieg, bis sie dann bald fühlte, das war keine Beute. Ich glaube, dem Aussehen nach kann nicht einmal eine Fledermaus eine Mühle und einen Nachtsalter verwechseln, das Auge wird bei der Jagd scheinbar gar nicht nach seiner Meinung gefragt, seine Eindrücke bleiben unberücksichtigt.

Wie aber findet die Fledermaus ihr oft schwer zugängliches Tagesversteck auf dem Boden eines Hauses, im hohen Stamm eines Baumes oder hinter einem Fensterladen wieder, wenn ihre Augen so stumpf sind?

Nach den Berichten einiger Tageszeitungen rechnet und auf dementsprechend schärjere Mittel zur Sicherung des Zugverkehrs sind, muß man natürlich die optische Telegraphie, die einer früheren Zeit angehört, mit den bewährten Mitteln des modernen Nachrichtentauschs, den Elektrotelegraphen mit und ohne Leitung und den Fernsprechern, zu ergänzen suchen.

Nach den Berichten einiger Tageszeitungen sollte es bereits einem Erfinder geziichtet sein, die bisherige Telegraphie und Telephonie mit Leitung auf fahrende Eisenbahnzüge auszudehnen. Mit vielen Worten über Neuerlichkeiten und die möglichen Erfolge, wie die bürgerliche Presse meist technische Neuerungen zu beschreiben pflegt, war darin schließlich nicht viel mehr Technisches erklärt, als daß nach der Erfindung einer dritten, isolierten Schiene zwischen den Gleisen installiert und die Lokomotive oder der Zugfahrzeugwagen vermittelst eines darunter angebrachten Gleitkontakte elektrisch damit verbunden würde. Den zweiten Weg sollte der von der isolierten Schiene zugeleitete Strom durch die Räder und Fahrschienen finden. In der Station würde eine Batterie neben Telegraphenstation, auf dem Zug ein Morseapparat vorgesehen und bei der Station die erforderlichen Zuleitungen für Fahrgäste und dritte Schiene gelegt. Wenn man in der Station den Taster belädt, würde der Morsegraph auf dem Zuge schreiben, gleichzeitig, ob dieser stillsteht oder in voller Fahrt begriffen sei, weil der Gleitkontakt ja mit der Stromschiene immer in Verbindung bleibt. Das Neue, wodurch die Erfindung charakterisiert wird, könnte man vielleicht in der Kombination erblicken, denn die einzelnen Teile sind in der Elektrotechnik gut Genüge bekannt. Wir wollen aber hier gleich bemerken, daß die Erfindung, wenn sie in Wirklichkeit ausschließlich aus den beschriebenen Gegenständen besteht, in der Praxis nicht so ohne weiteres die erhofften Resultate zeitigen kann. Denn bei der ganzen Einrichtung ist es nicht allein notwendig, den Strom über die dritte Schiene auszuführen, sondern er muß auch, wenn einmal hergestellt, absolut gleichmäßig auf dem Morsegraphen schreiben. Dessen Buchstaben aus Strichen und Punkten kommen bestimmt dadurch zu stande, daß der Strom in bestimmten, geringen Zeitschritten für längere oder kürzere Zeit eingeschaltet wird; die Zeichen werden am Morsegraphen „gekippt“, am entfernten Morsegraphen elektromagnetisch auf den Papierstreifen gedruckt. Bei der geschilderten Einrichtung ist es jedoch möglich, daß der Rhythmus, in dem der Strom periodisch vom Taster nach dem Schreibtelegraphen eins, von dem Gleitkontakt gefördert wird. Sobald der sich nur ein wenig abhebt, also von der Leitungsschiene entfernt, ist der Strom unterbrochen, und das wird bei Springbewegungen des Gleitkontakte, wie sie es folge der schnellen Fahrt nur zu leicht eintreten, stets der Fall sein. Schickt man zum Beispiel, um einen Punkt schreiben zu lassen, einen momentanen Stromstoß, so kann in demselben Augenblick der Gleitkontakt abhängen, und der Punkt wird nicht reproduziert. Oder man wollte gerade einen Strich senden während der unwillkürlichen Stromunterbrechung, und er wird in zwei Punkte geteilt. In der Fahrt würde demnach die richtige Übermittlung der Zeichen durch die unkontrollierbaren Stromunterbrechungen leiden. Es könnte vielleicht Abhilfe geschaffen werden, indem man unter dem Zug 2 oder 3 Gleitkontakte in einiger Entfernung befestigt, weil dann die Möglichkeit, daß sie etwa alle gleichzeitig hängen, bedeutend verringert wird. Selbst wenn der eine Gleitkontakt sich einmal abhebt, kann trotzdem der andre eben in guter Verbindung mit der Schiene sein, der Stromübergang bleibe gleich. Ferner wurde an die Möglichkeit erinnert, anstatt des Tasters und Morsegraphen an beiden Stellen, sowohl im Eisenbahnzug als auch in der Station, Telephonapparate in den Leitungskreis einzufügen, damit das gesprochene Wort das schriftliche ersetze. Die Methode, Bemerkungen und Mitteilungen von der Station zum fahrenden Zug direkt zu telephonieren, wäre selbstverständlich einfacher und rascher, doch würden da die durch den Gleitkontakt verursachten Störungen noch unangenehmer bemerkbar werden. Mikrophon und Telefon sind sehr leicht zu beeinflussen, der Telephonhörer besonders ist ein empfindlicher Apparat, der nicht allein auf Unterbrechungen, sondern schon auf kleine Änderungen der Stärke des Stroms mit Rütteln und Zischen scharf reagiert. Würde der Gleitkontakt während des Telephonierens unruhig auf der Leitungslinie laufen, würden die im Hörer auftretenden Geräusche das Gesprochene unverständlich machen. Auch hier würden allerdings mehrere Kontakte mit gerüttelnden Auflagefläche Besserung schaffen. Die Erfindung wird jedenfalls nur dann die Erwartungen befriedigen, wenn sie außer der geschilderten Einrichtung vor allem Mittel und Wege angibt, einen unbedingt sicheren Stromübergang zwischen Leitungsschiene und Gleitkontakt auch während der schnellsten Fahrt zu gewährleisten.

Augenblick ausichtsreicher dürften die Versuche sein, die drahtlose Telegraphie in dem obengenannten Sinne zu bringen. Solche Experimente sind seit dem Jahre 1903 in Deutschland und dem Ausland verschiedentlich unternommen worden. In Deutschland gelangen sie zum erstenmal auf der 20 Kilometer messenden Militärbahnstrecke Marienfelde-Borsig, und zwar benutzte man Apparate der damaligen Braun-Siemens-Gesellschaft. Zwei ortsfeste Sender- und Empfangsstationen waren in Mahlow und Langsdorf, ungefähr in der Mitte der Strecke, untergebracht, eine transportable, gleichfalls mit Morsegraphen ausgerüstete, in einem besondern Wagen des Probezuges. Die Einrichtung erlaubte also einen regelrechten Depeschenaustausch zwischen Station und Zug und umgekehrt. Da man heute längst von einem Schiff zum andern oder zum Hafen drahtlos telegraphiert und Hunderte von Kilometern überdrückt, möchte es aussehen, als ob die drahtlose Telegraphie im Eisenbahnverkehr ungleich einfacher sei. In bezug auf die zu überwindenden Einflussungen ist es richtig, daß sie aber erschweren andre Schwierigkeiten. Die Ausstrahlung der elektrischen Wellen, die die elektrische Energie vom Sender zum Empfänger übertragen, und ebenso dort die Einholung, geschieht überall mittels senkrechter emporgespannter Lufdrahte, Antennen. Sie endigen beim Sender an der Funkenstrecke, beim Empfänger an den Wellendetoren; beide Punkte sind außerdem mit der Erde verbunden. Für die Ausbreitung und Wiederaufnahme der ausgetriebenen elektrischen Wellen ist es nun sehr günstig, daß die Antenne des Senders und die des entlegenen Empfängers auch trotz der Entfernung so ziemlich parallel zueinander stehen. Erst unter sehr großen Distanzen wird das wegen der Krümmung der Erdoberfläche anders. Weil jedoch, um eine genügende Energie auszuschicken, die Antennen eine gewisse Länge haben müssen, war man genötigt, zu den Bahnenexperimenten anstatt der senkrechten Antennen, die sich am Zug nirgends hätten platzieren lassen, waggerige Lufdrahte zu erprobten. Zu dem Zweck wurden neben den ortsfesten Stationen isolierte Drahte zwischen ein paar Telegraphenständen ausgespannt, und zwar horizontal, mit den Telegraphenrahmen gleichlaufend. Am Zug hing der Lufdraht als biegsames Kabel in isolierten Stützen längs der einen Dachkante. Waren auch die Distanzen der Depeschenübertragung nicht sehr groß, herrschten dennoch ganz eigenartige Verhältnisse für den Weg der Wellen. Da diese am besten bei

## Technisches.

Die elektrische Nachrichtenübermittlung zwischen Stationen und fahrenden Eisenbahnzügen.

In der letzten Zeit gingen vereinzelt Veröffentlichungen durch die Presse über wichtige Erfindungen, die geeignet seien, Unwällungen im Nachrichten- und Signalwesen der Eisenbahnen herbeizuführen. Es handelt sich um Einrichtungen, mit denen es möglich sein sollte, von den Bahnhöfen aus nach einem in schneller Fahrt befindlichen Zug und vielleicht ungewohnt, zu telefonieren. Wenn es auch etwas schwierig gemeint war, daß die Lebhaftigkeit des heutigen Nachrichtenwesens gemeinsam mit dem Ankommen des Bahnwagens verfolgt werden, so hätten doch diese Erfindungen eine sehr ernste Seite. Es ist gar nicht notwendig, daß nun in Zukunft die neuesten Depeschen im Schnellzug ausgehängt würden, wie man auf großen Salondampfern aus dem drahtlos gesendeten Nachrichten täglich eine kleine Zeitung zusammenstellt. Eine Erleichterung würde es doch für das Publikum bedeuten, sobald man zur Ankunft oder Empfangnahme irgendeiner dringenden Mitteilung nicht mehr bis zur Ankunft auf der Station zu warten oder unwilligen Aufenthalt zu machen brauchte, sondern alles im Zuge selbst erledigen könnte. Man denkt nur an die Reisen im Schnellzug, wo nur in größeren Zeiträumen für ganz kurze Pausen gehalten wird. Aber von dieser Sache, die eigentlich auf postalisches Gebiet gehört, ganz abgesehen, hätten die angekündigten Erfindungen für die Eisenbahnen selbst großen Wert, nämlich zur Sicherung des Zugverkehrs. Die Zug- und Lokomotivführer könnten heute wohl während des Aufenthalts auf den Stationen die dort telefonisch oder telegraphisch eingegangenen Mitteilungen minderlich oder schriftlich erhalten, aber in der Fahrt existiert für sie kein mündlich-telephorisches und auch kein telegraphisch-schriftliches Verkehr mehr. Der Lokomotivführer bekommt dann eben nur die unumgänglich notwendigen Weisungen durch die Signalfächer, also durch optische Telegraphie. Während man nun im Nachrichtenverkehr sehr vollkommene Apparate zur Fernverständigung besitzt, ist man in jenem Falle von den Apparaten der optischen Telegraphie abhängig, deren Nachteile besonders bei den Unbillen der Witterung, Nebel und Schnee, höchst unangenehm empfunden werden. Wo man heute mit beträchtlich höheren



**Aus dem Stadtverordnetensaale.**

Sitzung vom 1. März.

Eingegangen ist eine Eingabe von Bewohnern der Raumgärtnerstraße, in der um eine Neupflasterung der Straße gebeten wird. — Eine Eingabe des Ortsvereins Stötteritz, in der auf Mißstände im Straßenwesen in Stötteritz hingewiesen und Abhilfe verlangt wird, machte Stadtvo. Bildung zur seinigen.

Die Hausbesitzervereine Leipzig-Süd und Leipzig-Döhl wenden sich gegen die Errichtung einer neuen Blügerschule an der Lößniger Straße. Ihre Eingabe machte Stadtvo. Fähnre zur seinigen. — Eine Eingabe eines Herrn Ferdinand Gäß, die vorschlägt, die Bedürfnisse der Stadt im Betrage von 150 000 Mark durch Erbsparnisse zu decken, die durch Einführung der durchgehenden Geschäftigkeit in den städtischen bureaus gemacht werden können, machte Stadtvo. Fähnre zur seinigen. — Eine weitere Eingabe von Anwohnern des Bebauungsplans Anger-Crottendorf-Nordwest macht Vorschläge zur Änderung des betreffenden Plans. Stadtvo. Fähnre machte die Eingabe zur seinigen. — Schließlich sind noch eine große Anzahl Einwohner eingegangen, die sich gegen die geplante kommunale Biersteuer wenden und um Ablehnung der Maßvorlage bitten. Die Petenten sind: der Gastwirt Diese, Gastwirt Krösch, die Mineralwasserfabrikanten und Glasfassbierhändler, die nationalen Gastwirtschaften, der Genfer Verband, der Verein der Großbrauereien Sachsen, das Bureau einer Gastwirtversammlung im Sandouci, die Gastwirksammlung zu Leipzig, der Leipziger Kommunalverein, der Brauerverein Leipzig, die Trichtergruppe Leipzig des Hansabunds und der Ausschuss zur Abwehr der kommunalen Biersteuer. Ferner ist dem Vorsteheren eine Depesche eines Herrn Heinrich Hartmann aus Neumünster zugegangen, in der um Ablehnung der Biersteuer ersucht wird.

Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die Beschaffung von Mobiliar zur Ausstattung von 4 Manufakturkammern in der Hörschule für Schwachbehinderte mit einem Kostenaufwand von 2550 Mark. Auf Antrag des Schulausschusses wurde der Vorlage zugestimmt mit der Maßgabe, daß an Stelle der im Anschlag vorgesehenen Lederpappverkleidung Holzverkleidung gewählt wird.

Genehmigt wurde die Errichtung eines Knabenhortes an der 16. Regelschule von Ostern 1911 ab unter Bewilligung der Einrichtungskosten von 897 Mark und der Unterhaltungskosten auf  $\frac{1}{2}$  Jahr von 1807,50 Mark, sowie der unentgeltlichen Überlassung von Räumen dieser Schule für einen Mädchenhort unter Bewilligung von 320 Mark. Kosten für die bauliche Herstellung der Räume und eines ähnlichen Betraggs von 1200 Mark zu den Unterhaltungskosten des Hortes vom Jahre 1911 ab.

Eine Eingabe wegen der Asphaltierung oder Neupflasterung der Eisenbahnstraße beschloß das Kollegium auf sich beruhren zu lassen.

Zugestimmt wurde der Asphaltierung des Straßenkreuzes der Eisen- und Scharnhorststraße mit einem Aufwand von 1420 Mark, zu denen die Leipziger Elektrische Straßenbahn einen Betrag von 1805 Mark zu leisten hat, und der Verlegung der im alten Rathaus untergebrachten Filialstelle der Sparkasse in den Laden Nr. 24 des Handelshofs unter Berechnung einer Jahresrente von 6000 Mark, der Nachbenützung von 2480 Mark für die Einrichtung des Ladens als Sparkassenfilialstelle, sowie der Vergrößerung von zwei Beamtenstellen, deren Inhaber ein Höchstbetrag von 150 Mark erhalten sollen. Auch der vom Rat vorgelegten Ordnung für den gewerbsmäßigen Betrieb von Kraftfahrzeugen für die öffentliche Beförderung von Personen und Gütern im Gebiet der Stadt Leipzig wurde zugestimmt.

Die Abhaltung des 12. deutschen Turnfestes im Jahre 1912 auf dem an den Gottscheer Markt angrenzenden Gelände wurde genehmigt.

Für die Beschaffung der Einrichtung für den im Hauptgeschoss des alten Rathauses unterzubringenden Teil des Stadtmuseum wurde 24 700 Mark nachbewilligt.

Für den Anbau an den Pferdestall im Schlachthof zur Erweiterung des Stalls, sowie zur Unterbringung einer Kaninchenwirtschaft statt der gesuchten 50 400 Mark nur 40 260 Mark bewilligt.

Genehmigt wurden ferner die Entschädigung von 23,50 Quadratmeter Land, daß von einem Grundstück an der Salzgasse und Packstraße zur Straße fällt, mit 800 Mark für einen Quadratmeter = 18 848 Mark, und die Bewilligung von 650 Mark für die Verbreiterungskosten, sowie die Anerkennung der Abschlagslinie für den Durchgang zwischen der Zentral- und Dorotheenstraße.

Den letzten Beratungsgegenstand der Tagesordnung bildete das

**Ortsgesetz über die Erhebung einer Biersteuer** sowie die Nachbewilligung von je 2000 Mark für die Stellen eines Kassierers und eines Buchführers, je 2100 Mark für die Stellen zweier Kontrollbeamten, 2000 Mark für zwei Gangleihhilfsarbeiter und 1210 Mark Berechnungsbetrag für den sonstigen Aufwand. Die Ausschüsse beantragten, der Vorlage zugestimmen und sämtliche Eingaben, die gegen die Biersteuer eingegangen sind, abzulehnen.

Der Berichterstatter Tobias bemerkte, der Rat hätte sich so schnell auf die Anregung wegen Erhöhung neuer Einnahmemequellen entscheiden können, weil die Geschiebung den Benutzern nur wenige Objekte zur Besteuerung läßt. Der Rat habe die Warenhaussteuer ins Auge gesetzt, könne aber darauf nicht zurückkommen, diese Steuer bringe nichts ein; ebenso säme die Villensteuer für den Augenblick nicht in Betracht, man müsse erst abwarten, welchen Mehraufwand die Intendanz beim Theater erfordern werde, der Aufschluß würde wahrscheinlich ein höherer sein, als man ursprünglich angenommen hat. Als einzige Einnahmemequelle, die wirklich schlägt, obliege

nur die Biersteuer, die, vorsichtig berechnet, 400 000 Mark erbringen würde, eine Schätzung, die auf dem Vergleich der Einwohnerzahl und dem Ertragsnis bei andern Städten beruhe und darauf, daß im Leipziger Bezirk die Reichsbrauerei im vorigen Jahre über 2 Millionen Ertragsnis gehabt habe. Als die Vorlage der Biersteuer einging, sei man sich nach den früheren Erfahrungen darüber klar gewesen, daß sich eine kaum erreichte Agitation entfalten würde, die sei auch eingetreten. Eine Unmenge Eingaben, die aber auf die Sache selbst wenig eingehen, sondern nur im allgemeinen über Besteuerung, Verbrennung von Existenzsachen sprechen, seien eingegangen. Auf das Votum der Stadtverordneten könnte keinerlei Agitation einen Einfluß ausüben. Das Leipziger Stadtverordnetenkollegium sei weder ein Staats-, noch ein Reichsparlament, es habe sich einfach über die die Stadt berührenden Fragen zu unterhalten, ohne Rücksicht auf die Tragweite für Staat oder Allgemeinheit. Für die Stadt Leipzig komme einzig in Frage, ob man auf das, was in allen größeren Städten des Reichs und speziell Sachsen eingeführt ist und nötig zu Unzuträglichkeiten geführt hat, verzichten soll. Der Rat habe eine Liste aller größeren Städte Sachsen mitgegeben, überall sei das Bier nicht teurer wie in Leipzig, Dresden habe keine besseren Verhältnisse wie Leipzig und belaste die Wirtes außer der Biersteuer noch mit Verzehrungssteuer durch ein Octroi auf Getreide und Brot, und trotzdem koste in Dresden wie anderwärts in Sachsen das Bier nicht mehr wie in Leipzig, ohne daß sich in Dresden Brauereien, Wirtes und Publikum schlecht befinden. Nicht scharf genug könne bestimmt werden, daß der Kernpunkt der Frage darin liegt, warum soll in Leipzig das unzuträglich sein, was in anderen Städten angängig ist? Dabei seien die Erhebungskosten der Steuer sehr gering. Im Ausschuss sei man auf das Allgemeine eingegangen. Es würde für eine große, nicht wieder gutzumachende Unterlassungsfähigkeit der Stadt Leipzig angesehen, daß sie die Biersteuer nicht schon längst eingeführt habe. Leipzig sei nicht weitlängt genug gewesen und habe sich diese Steuer nicht gesichert; es wäre heute vor manchen Kopftischern bewahrt, wenn ihm die 2 Millionen zur Verfolgung ständen. Heute könne man überhaupt nur  $\frac{1}{2}$ , höchstens  $\frac{1}{4}$  Pf. pro Glas Bier schlagen. Ein Wirtstrink, der die Woche 20 Glas Bier trinke, belaste keinen Rat über nicht nennenswert, wenn er für das Glas Bier einen Pfennig mehr, also pro Woche 20 Pf. bezahle. Es könnten für die Tragung der Steuer drei Kategorien in Frage kommen: erstmals die Brauereien, die die 65 Pf. am leichtesten tragen könnten. Die Brauereien haben nach Einführung der Brauesteuer tatsächlich einen großen Vorteil gehabt, da sie nicht nur die Steuer, sondern weit mehr auf die Gastwirte abwälzen. Die Brauereien bezahlen die Steuer nicht auf den Hoftoller, sondern auf die Braustoffe; sie lassen sich von den Wirtes 270 Mark vergleichen, trotzdem die wirkliche Steuer weitem geringer ist. Lege man den Durchschnittspreis vom Jahre 1910 zugrunde, so könnten die 65 Pf., die die Steuer sehr ausmacht, ganz ruhig von den Brauereien getragen werden, und die 270 Mark würden immer noch nicht erreicht. Wie glücklich die Brauereien ständen, beweist ein Blick in den Kurskettel: Alteck habe bei 9% Prozent Dividende einen Kurs von 187, Berlinsbrauerei bei 15 Prozent Dividende einen solchen von 228, Altenburger Brauerei bei 9 Prozent einen solchen von 163, Görlitzer Brauerei bei 6 Prozent einen solchen von 120, Schultheiss bei 14 Prozent einen solchen von 266, Tucher bei 14 Prozent einen solchen von 255, Dortmund bei 20 Prozent einen solchen von 340 und die Privatbrauereien wie Naumann, Olyphena, Ulrich befinden sich alle sehr wohl. Bekräfte man aber die andern sächsischen Städte, in denen die 65-Pfennig-Biersteuer wäre, so ergäbe sich das Bild so: Bayreuther Brauerei vorletzes Jahr 9 Prozent, letztes Jahr 10 Prozent Dividende, Kurs 185; Niesa vorletzes Jahr 8 Prozent, letztes Jahr 8 Prozent Dividende, Kurs 122; Döllneller Dresden vorletzes Jahr 20 Prozent, letztes Jahr 25 Prozent Dividende, Kurs 700; Plauenscher Lagerfeller vorletzes Jahr 8 Prozent, letztes Jahr 8 Prozent Dividende, Kurs 137; Schloß Chemnitz vorletzes Jahr 10 Prozent, letztes Jahr 12 Prozent Dividende, Kurs 242; Reisewitz letztes Jahr 8 Prozent Dividende, Kurs 155. Gewiß sei die Kundenschaft der Brauereien oft eine sehr zwielichtige, und die Brauereien müßten große Selbstrechtkosten halten, das liege aber in der großen Abhängigkeit der meisten Gastwirte von den Brauereien. Die Brauereien seien meistens die wirklichen Inhaber, die Gastwirte näben nur den Namen her, und es schade auch gar nichts, wenn einmal eine Rendierung eintrete. Die großen Betreiberekonten seien nicht aus dem Kapital der Brauereien, sondern aus Rückstellungen, also nichtverteiltem Reingewinn, geschaffen, sonst hätten die Brauereien noch mehr verdient. Alles in allem könnten die Brauereien die 65 Pf. tragen. Anwenden könnte bei den Gastwirten das Geschäft nicht so schlecht sein. Das beweise der große Andrang zu diesem Stande und das Nachdrücken um immer neue Konzessionen. Wenn darin auch ein gewisser Drang nach Selbstständigkeit steige, so sollte man doch Elemente, wie sie vielfach im Gastwirtsgewerbe seien, fernhalten. Die Gastwirte hätten einen großen Vorteil gegen jedes andre Gewerbe durch ihre privilegierte Stellung. Der Gastwirt würde genau wie die Apotheken durch Konzessionen geschützt. In vielen preußischen Städten trage man dem Rechnung, indem man die Wirtes außer der Gewerbesteuer noch mit einer Vertriebsteuer belaste, weil das Privilegium bezahlt werden muß. Desto seien die Verhältnisse ganz andre wie bei Einführung der Reichsbrauesteuer. Wenn die Brauereien den Wirtes eine höhere Steuer auferlegen, als wie die Fleischsteuer ausmacht, so haben die Wirtes ihrerseits wieder die Gelegenheit benutzt, einen weit höheren Beitrag auf das Publikum abzuwälzen, teils durch Heraufsetzung des Maises, teils durch Preisauflösung von 3 und 5 Pf. pro Glas. Die städtische Steuer betrage auf das Glas von 0,4 Pf. oder  $\frac{1}{4}$  Pfennig, bei weltem nicht das, was die Wirtes infolge der Reichsbrauesteuer erhöht hätten. Es sei klar, daß die Wirtes von

dem Mehrerlös, den sie infolge der Reichsbrauesteuer haben, ohne Schädigung  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{4}$  Pf. an die Stadt abgeben könnten.

Die Wirtes besteuern das Publikum schon längst in eigener Weise in ganz hervorragendem Maße. Leipzig setzt zu zahm, in Düsseldorf legen Plakate auf den Tischen: „Nicht gut einschänkte Gläser bittet man zurückzugeben.“ Was das schlechte Einschänken ausmache, beweise eine in München stattgehabte Gerichtsverhandlung gegen 7 mit Gefangen gestrafe Kellner des Malteserbräu, die, wie das Gericht festgestellt habe, in einem Jahr bei einem Umsatz von 20 000 Hektoliter durch schlechtes Einschänken einen ExtrageWIN von 210 000 Mark gehabt hätten. Wenn 1918 das Reichsgesetz in Kraft trete, daß nicht mehr halbe Jähnchen verschönzt werden dürfen, so könne man jetzt schon sicher sein, daß der Wirt, der bisher dreizehn halbe Jähnchen gab, dann nicht vier Jähnchen geben wird, sondern nur drei Jähnchen. Also die Wirtes könnten die Steuer auch ganz gut tragen, dürften sich aber wohl mit den Brauereien leicht einigen.

Der dritte Faktor wäre das Publikum. Wenn es selbst einen Pfennig pro Glas mehr bezahlen müsse, so würde ein Wirtstrink, der 20 Glas die Woche trinke, eine Mehrlastung von 20 Pf. pro Woche haben, und da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich im allgemeinen verbessert hätten, würde er wohl leicht diese kleine Steuer zahlen können. Die Einkommenssteuer sollte durchaus nicht verschont bleiben, sondern als Nebesteuer dienen. Bier sei auch kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel.

Von anderer Seite wurde betont, den Einnahmen des Wirtes ständen die hohen Speisen gegenüber. Die Lage der Leipziger Gastwirte sei eine andre wie die anderer Städte, leider sei das aber nicht näher begründet worden, worin der Unterschied gegen Dresden bestünde.

Der Rat habe erwähnt, daß man überzeugt sein könne, daß er nicht leichtes Herzogen an die Steuer herangehängt sei, ein Unterlassen würde aber geradezu eine Pflichtvergeßenheit gewesen sein, da nicht absuchen sei, ob das Fleisch nicht bald die ganze Biersteuer an sich reißen werde. Der Rat gebe ausdrücklich die Versicherung, daß mit der größten Sorgfalt von seiner Seite vorgegangen werden soll, er würde keinesfalls schätzungsweise vorgenommen werden, wie er das nie tue. Der beste Beweis für die beabsichtigte Sorgfalt sei, daß nur zwei Kontrollbeamte vorgesetzt.

Stadtvo. Tobias (persönlich) besprach noch die vorliegenden Eingaben, die er erachtete nicht zu beachten. Man habe eben das Wohl der Stadt und nicht des einzelnen zu betrachten. Das steht an wässler Agitation geboten sei, übersteige die Grenze des Erlaubten. Neu wäre solche Erziehung nicht. Über Drohungen, Verhüllungen, Verlebungen könnten nur Verbürtungen hervorrufen und das Gegenteil von dem, was man beabsichtigt hat. Traurig wäre es mit der Stadtverwaltung bestellt, die solche schwankende Charaktere in ihren Reihen hätte zu bedauern sei die Stadt, wo durch Einflüsse möglicherweise gegen die Art, wie agiert worden sei. Bedauerlich seien die persönlichen Angriffe in Versammlungen und in der Presse, die mit der Sache nichts zu tun hätten.

Die Debatte eröffnete Stadtvo. Postender (Soz.): Ich beantrage zunächst, über die grundlegenden Paragraphen der Maßvorlage eine namentliche Abstimmung vorzunehmen. Wir behalten uns vor, auch über andre Paragraphen, zu denen noch Abänderungsanträge gestellt werden könnten, eine ähnliche Abstimmung zu beantragen.

Nun ein Wort über die persönlichen Ausführungen, die eben gemacht worden sind. Ich habe die Erwähnung, als ob man sich an jener Seite bei dieser Gelegenheit äußerst empfindlich zeigen wolle, während man doch sonst gar keinen Anstoß nimmt, wenn in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten einmal recht kräftige Töne nicht bloß von unsrer, sondern auch von anderer Seite angeschlagen werden. Man wendet sich gegen den Vorwurf, daß den Interessen für die Besprechung zu wenig Zeit gelassen sei. Wenn man davon absicht, daß man sich hier seit Wochen und Monaten schon vorher eine Mehrheit verschafft hat, ist dieser Vorwurf allerdings als berechtigt anzusehen. (Auff. von der Tribüne: Sehr richtig!) — Der Vorsteher verbietet die Beifallskundgebung und droht mit Nämung der Tribüne.)

Pöllendorf (fortfahren): Wer im öffentlichen Leben steht, und dann ein Lamento anstinetzt über Angriffe, der ist eigentlich nicht recht zu verstehen, um so mehr, wenn es derselbe Herr fertig bringt, zu erklären: Mich geht die öffentliche Meinung gar nichts an.

Der Vorsteher macht Ausführungen, die darauf hinausführen, daß bei der Umänderung des Steuerregulatius eine neue Belastung der großen Einkommen, besonders der Altengesellschaft, vorgenommen, vorgenommen worden sei. Eine Änderung ist vorgenommen, insoweit es sich handelt um Genossenschaften mit beschränkter Haftung, deren Erträge so gering waren, daß sie überhaupt nicht besteuert werden konnten. Bei der Einkommenssteuer für die großen Einkommen ist eher eine Entlastung eingetreten.

Ich möchte bemerken, daß uns, wenn wir ein Kollegium hätten, das auf Grund eines allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts zusammenfiele, es vielleicht wäre, die neueste Ausgabe der Wirtes nicht so schlecht sein. Das beweise der große Andrang zu diesem Stande und das Nachdrücken um immer neue Konzessionen. Wenn darin auch ein gewisser Drang nach Selbstständigkeit steige, so sollte man doch Elemente, wie sie vielfach im Gastwirtsgewerbe seien, fernhalten. Die Gastwirte hätten einen großen Vorteil gegen jedes andre Gewerbe durch ihre privilegierte Stellung. Der Gastwirt würde genau wie die Apotheken durch Konzessionen geschützt. In vielen preußischen Städten trage man dem Rechnung, indem man die Wirtes außer der Gewerbesteuer noch mit einer Vertriebsteuer belaste, weil das Privilegium bezahlt werden muß. Desto seien die Verhältnisse ganz andre wie bei Einführung der Reichsbrauesteuer. Wenn die Brauereien den Wirtes eine höhere Steuer auferlegen, als wie die Fleischsteuer ausmacht, so haben die Wirtes ihrerseits wieder die Gelegenheit benutzt, einen weit höheren Beitrag auf das Publikum abzuwälzen, teils durch Heraufsetzung des Maises, teils durch Preisauflösung von 3 und 5 Pf. pro Glas. Die städtische Steuer betrage auf das Glas von 0,4 Pf. oder  $\frac{1}{4}$  Pfennig, bei weltem nicht das, was die Wirtes infolge der Reichsbrauesteuer erhöht hätten. Es sei klar, daß die Wirtes von

**ff. Limburger Käse à Pf. 48 Pfg.**

Ausnahmepreis  
bis 15. März 1911

**F. E. Krüger**

Ausnahmepreis  
bis 15. März 1911

eine besondere Mischung des Städteordnungscollegiums aufgesehen werden. Aber wir haben ja gehört, daß sich die Situation geändert hat, und der Rat jetzt Aussicht hat, die Vorlage durchzuführen. Er stützt sich auf die Festlegung von Mitgliedern, die schon verpflichtet worden sind, für die Ratsvorlage zu stimmen, ehe sie erschienen ist. Die Aenderung der Situation besteht in dem Umstände, daß man den Führern der Hausbesitzerpartei einen zarten Wind gegeben hat, daß, wenn sie nicht mitmachen würden, durch Zustimmung der Sozialdemokraten und der ersten Klasse ein Entschluß auf die Reichswirtschaftssteuer kommen würde. (Auff: Da hat Sie jemand angelogen; Sie haben wohl gesoffen!)

Pollender (fortfahrend): Da hat uns niemand angelegen. Die Hausbesitzer haben sich die Moral zu eigen gemacht: St. Florian, verschon mein Haus, blind andre an. Sie ziehen es vor, den Gastwirten und die Konsumenten zu belästigen, um eine Ihnen drohende Belastung abzuwehren. Diese Aenderung in der Situation wird es Ihnen plausibel erscheinen lassen, wenn ich mich, entgegen meiner sonstigen Gewohnheit, nicht ganz kurz fassen und Ihnen Argumente vorführen, von denen ich hoffe, daß sie nicht ganz ohne Wirkung bleiben.

Es hat in Leipzig seit langer Zeit nicht an Befürwortern der indirekten Besteuerung gefehlt. Vor allem war Ludwig-Wolff gegen die direkten und für die indirekten Steuern. Den

direkten Steuern machte er den Vorwurf, daß ihre Wirkung nur zur Agitation ausgenutzt werden könnte; von den indirekten Steuern räumte er, daß sie leichter zu fragen seien. Das sind vollkommen irrite Urteile. Und daß ich in dieser Bezeichnung nicht allein stehe, will ich Ihnen nachweisen an Ausführungen des Kommentators der Städteordnung, des Dr. Gehr. Regierungsrats v. Voss, zu § 28 der Neudritten Städteordnung.

Es war bei der Erörterung von kommunalen Steuern, daß ein

Mitglied der Kammer beantragte: Neue vergleichliche Abgaben dürfen nicht eingeführt werden, womit die Einführung neuer indirekter Steuern aufgehoben sein sollte. Der Antrag wurde aber

abgelehnt, weil man sein striktes Verbot anzugeprobten haben wollte, und weil man besondere örtliche Verhältnisse berücksichtigen wollte. Und solche Verhältnisse wurden angeführt. Es

wurde gesagt: Wenn in einem Badeort, wo noble Badegäste hinkommen, das Befreiung entscheide, so kann es angebracht sein,

eine Promenadensteuer, Musiksteuer usw. einzuführen. Ich glaube nicht, daß einer im Saale behaupten könnte, daß es sich in Leipzig fest um besondere örtliche Verhältnisse in diesem Sinne handelt, sondern um eine ganz allgemeine Erscheinung, die bemüht wird zur Begründung. Man hat damals von der An-

nahme des Antrags abgesessen, weil man sich eben sagte, daß ohne

die Billigung des Ministeriums die Genehmigung und Einführung indirekter Steuern ausgeschlossen sein würde, und daß diese

ministerielle Genehmigung nicht erzielt werden würde. Der

Kommentator bezieht sich auch auf Dr. Lorenz v. Stein, der in

seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft die indirekten Steuern als

die Besteuerung der Arbeit bezeichnet, und sagt: Die Besteuerung

des Arbeitsinkommens kann nur durch die der Konsumation ge-

schieden, und so ergibt sich, daß alle indirekten Steuern zu Kon-

sumationssteuern werden. Auch ein Auspruch Dr. Bocken wird

angeführt, der in seinem Buch: Die Abgabe, Anlagen und

Steuern vom Standpunkt der Geschichte und der Sittlichkeit,

die indirekte Steuer als einen Widerspruch in sich selbst be-

zeichnet und sie auf die Unreife und Unfreiheit der unteren

Klassen und die Unfreiheit der bessenden Klassen zurückführt.

Wir haben heute von Herrn Tobias gehört, daß das Brauereikapital durchaus in der Lage sei, die Biersteuer auf sich zu nehmen. Ich bin weit entfernt, dieses Sachverständigenurteil ihrer abschlossen zu halten, aber ich gehe noch etwas weiter: Dieselbe Eigenschaft, dieselbe Tragfähigkeit hat nicht nur das

Brauereikapital, sondern das Kapital überhaupt, besonders das

Werkkapital, als dessen hervorragenden Vertreter ich auch Herrn

Tobias anspreche. Es erscheint mir durchaus ungünstig, daß

wenn man schon auf dem Standpunkt steht, daß das Kapital in

der Lage wäre, die Steuer zu tragen, daß man dann nicht das

Kapital, sondern den Mittelstand und die Konsumenten belastet.

Denn darüber besteht doch wohl Einverständnis, daß die Steuer

abgewälzt wird. Wenn das Vorgethe von dem Rates überhaupt einen

Sinn hätte, dann doch nur den, wenn man die Händler für stark

genug hält, die Brauereien zu zwingen, die Biersteuer selbst zu

tragen. Die Mehrzahl der Gastwirte befindet sich aber in einer

Abhängigkeit von den Brauereien, die man als schlanke Schulds-

trechtfestheit bezeichnen kann. Wenn man den natürlichen Drang

an einer selbständigen Existenz als das schlimmste unfriger gegen-

wärtigen Zeit anseht, wenn man sagt, daß es gar nichts schaden

kann, wenn eine Reihe kleiner Gastwirte verschwinden, dann sind

dafür eine Reihe großkapitalistische Intentionen verantwortlich.

Diese Existzen müßten erobert werden durch Angestellte der großen

Brauereien. Wir wissen, wohin der Zug der kapitalistischen Ent-

wicklung geht. Aber solche Neuherungen führen zu einer schweren

Selbstschärfeistik und lassen erkennen, daß man sich von Rück-

sichten einer Klasse, nicht von Rückichten für die Stadtklas-

sen lebt. Die von Tobias geforderte Vernichtung kleiner Exis-

tenzen liegt im ganz natürlichen Gang der kapitalistischen Ent-

wicklung. Das haben wir ausgesprochen, seit wir das Abo der

Börsenwirtschaft verstanden haben. Deswegen werden wir als

Freunde des Mittelstandes verschrien, während es das Groß-

kapital ist, das die kleinen Existzen vernichtet und in eine pre-

färe Lage bringt.

Die ganze Biersteueraktion hat aber auch eine weitere scharfe

politische Prägung erhalten durch eine äußerst diplomatische

Neuerung, die Herr Tobias den Gastwirten gegenüber gemacht

hat. Er soll gesagt haben, daß die Biersteuer nicht gelöst

wäre, wenn bei der letzten Städteordnungswohl das Ergebnis

in der dritten Klasse nicht ein so ungünstiges gewesen wäre.

Wenn diese Neuerung wahr ist, so ist das nichts andres als ein

Akt der politischen Nachlässigkeit. Es wäre eine solche Neuerung um so unerhörter, als gerade Herr Tobias mit einer ganzen Anzahl

der Anhänger der Biersteuervorlage hier in dem Saale bereits

eine Bedeutung erlangt haben, die ihnen durchaus nicht zukommt

vom Standpunkt des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Wir erklären uns als grundsätzliche Gegner der Biersteuer überhaupt, weil sie die Belastung eines einzelnen Erwerbs-standes bedeutet, der jetzt schon überlastet ist. Aus der ganzen Aussicht, die ich kurz angedeutet habe, ging auch unser Antrag vom November 1910 hervor, der auch vom Kollegium angenommen war, die Einkommenssteuer mehr heranzuziehen. Leider ist die Weisheit am 8. Februar 1911 umgefallen und hat den früheren Entschluß preisgegeben. Die Folge ist die letzte Biersteuervorlage, nach der die Gastwirte und die Konsumenten bluten sollen.

Die Ratsvorlage wird begründet mit dem Wachsen der städtischen Auswendungen, und sagt, die Steuer sei notwendig wegen des Ausfalls der Einnahmen für unsre Gemeinde durch die Reichsgesetzgebung. Diese Gründe liegen sich wohl hören. Was die vom blau-schwarzen Block verpuschte Reichs-Wirtschaftssteuer anbelangt, so sehen wir allerdings, daß die Erträge viel geringer sind als das Ertragsnis, das erzielt wird durch lokale Steuern; wir haben auch zu rechnen, daß den Städten nur 10 Prozent zukommen soll.

Die Reichs-Wirtschaftssteuer bedeutet für die Grundbesitzer eine ganz wesentliche Erleichterung, und ich muß sagen, daß es mich überrascht hat, daß der Dezerent des Steueramts sich als wahrnehmender Sachwalter für die Interessen unserer Grundbesitzer zu erkennen gab. Wenn man so ehrlichvoll ist wie Herr Pallmann, hätte ich es an der Zeit, zu fragen: An welchem Umfang ist denn der Grundbesitz in Leipzig zu den Steuerlasten herangezogen im Vergleich zu anderen Städten? Nach der in den letzten Tagen erschienenen Städtestatistik hat von 100 Mark Gemeindenehmen der Grundbesitz in Leipzig zu leisten: in Düsseldorf 19.51 Mark, in Köln 20 Mark, in Breslau 21 Mark, in . . .

Vorsteher Dr. Roth: Herr Stadt. Pollender, ich möchte Sie erläutern, zu der Biersteuer zu sprechen. Die Belastung des Grundbesitzes in anderen Städten hat damit nichts zu tun. (Burstimmung bei den Mittelständlern und rechts. Unruhe links.)

Pollender (fortfahrend): Wie haben zu vergleichen, daß der Grundbesitz Steuern bis zu 47 Prozent zu tragen hat, in Leipzig nur 10 Prozent. Nun könnte ja gesagt werden, daß durch diese Aufzeichnungen die allgemeine Belastung nicht klar gestellt werde. Aber der durchschnittliche Betrag der Gemeindesteuern beträgt pro Kopf der Bevölkerung in anderen Städten 22 bis 54 Mark, in Leipzig nur 30.46 Mark. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß in anderen Städten die großen Einkommen in viel schärferer Weise herangezogen werden als in Leipzig. Fest steht, daß in Leipzig die kleinen Leute in derselben Weise herangezogen werden wie in anderen Städten, so daß ein Mehrergebnis möglich ist durch schärfere Belastung der großen Einkommen. Aber es gibt auch Städte, die, wenn sie schon einmal dazu übergehen, indirekte Steuern einzuführen, auch andre Projekte finden.

Von dem Referenten im Finanzausschuß ist die Biersteuer als eine moralische Steuer bezeichnet worden, weil sie dem Gastwirt von dem, was er unberichtigte nicht verdient habe bei der Einführung der Reichsbrauosteuer, wieder etwas abnehme. Für die indirekten Steuern und für die Biersteuer sind aber außer beratlichen moralischen Absichten noch andre Gründe geltend gemacht worden. Gründe sind ja billige wie Brombeeren. Der Referent des Finanzausschusses hat erklärt, die Abwälzung würde möglich sein bei den hohen Leipziger Arbeitslöhnen, die ich als Märchen bezeichneten muss. Die absolute Lohnhöhe ist gewiß auch in Leipzig gesiegen, aber damit keinesfalls die Lebenshaltung. Es müssen heute noch die selben Prozente ausgebracht werden für Miete und Ernährung, so daß sich die Lebenshaltung für den Arbeiter nicht verbessert hat. Vor einigen Jahren hat eine ähnliche Regierungspersönlichkeit den Nachweis erbracht, daß die großen Einkommen bedeutend schneller gewachsen sind als die kleinen Einkommen. Da sollte man nun mit den hohen Arbeitslöhnen rechnen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß die jüngsten

Gegner des Koalitionsrechts der Arbeiter auch meist über hohe Arbeitslöhne zeigten, und wenn sich ein beratlicher Unternehmer als stolzer Befürworter indirekter Steuern entpuppte, so darf es nicht verwundern, was man von Arbeitslöhnen im Betriebe dieses Herrn hört. Wenn ich Anhänger der indirekten Steuern wäre, mache ich mich anheischig, eine ganze Reihe anderer Projekte zu finden, beispielhaft künstliche Blumen und Geben. In dieser Branche wird bei mehr oder minder Nebenbeschäftigung ein Lohn gezahlt, der teils als angemessen betrachtet werden kann. Eine 30 Jahre beschäftigte Arbeiterin erreichte den höchsten Lohn von 60 Mark im Monat, nicht in der Woche. Und im 30. Dienstjahr in der Fabrik wurde sie einfach auf Plaster geworfen, weil sie eine Verarmung befürchtete, die den Zweck hatte, die Arbeiter aufzulären über ihre Lage in dem Betriebe. (Psittax links.)

Vorsteher Dr. Roth: Herr Pollender, Sie sprechen schon wieder nicht zur Sache. Ich möchte Sie auf die geschäftsfördernden Folgen aufmerksam machen. (Zustimmung in der Mitte.) Große Erregung bei den Sozialdemokraten. Auf: Ungehört! Stadt. Seger: Die Münchner Bierprozeß gehörten auch nicht zur Leipziger Biersteuer. Vorsteher: Herr Stadtverordneter Seger, wenn Sie etwas sagen wollen, melben Sie sich zum Wort. Seger: Ich bitte ums Wort.)

Pollender (fortfahrend): Wenn Sie den Namen des betreffenden Herrn wissen wollen, ich kann ihn nennen. Ich will nachweisen, daß es nichts ist mit den hohen Arbeitslöhnen, die die Abwälzung rechtfertigen sollen. Die Vorlage spricht von einem Einnahmeausfall für die Stadt Leipzig, unterlässt es aber mit einer gewissen Absicht, die Ursachen der gestiegenen Auswendungen zu erwähnen, die auch in der Reichsgesetzgebung zu suchen sind. Sie verschweigt, daß es die gesamten geistlichen Parteien gewesen sind, die durch Ihre Haltung in der Reichs- und Landesgesetzgebung das Steigen unserer Ausgaben verursacht haben. Soll ich auf alle die 100.000 Mark Mehrausgaben hinweisen, die wir haben in den Verpflegshäusern durch die gestiegenen Preise, auf die Millionen für unsre Beamten usw., die bevorgerufen sind auch durch Rückenrichter wohltätiger Art und Versprechungen. Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß es eine ganz unmittelbare Folge der Reichsgesetzgebung ist, daß Leipzig sich veranlaßt sah, die Talonen auf die Kommune zu übernehmen

Vielleicht wäre überhaupt ein Vergleich des Haushalts von 1910 mit dem von 1911 für manchen eine sehr heilige Lehre, vielleicht auch nicht. Denn selbst bei diesen Aussichten ist ein großer Teil der Unternehmer noch bestrebt, neben der Belastung für die Gemeinde auch einen kleinen Vorteil in seine Tasche zu stecken. Aus derartigen Dingen ergibt sich heute die Besteuerung für die Biersteuer. Für alle diese Sünden sollen die Gastwirte und die Konsumenten bluten.

Ist aber eine derartige Besteuerung überhaupt notwendig? Ich sage: Nein! und abermals Nein! Wir haben die Möglichkeit im städtischen Einkommensteuerregulatur neue Einnahmen zu schaffen, und können einige Prozent ausschlagen, um alle Kreise höher zu beladen, nicht aber nur einen Stand. Es gibt noch andre Mittel, um die Bedürfnisse zu decken. Eine gewisse Einkommensteuer-Deklaration würde Wunder wirken. Jedenfalls steht fest, daß an der Unterlassung, richtig zu deklarieren, unserer Stadt eine große Einnahme verloren geht. Als 1873 die Einkommensteuerregulatur beraten wurde, waren es die Überreichen, die darauf hinwirkten, daß eine generelle Amnestie erlassen wurde für die, die vor dem Standeskommissar des Gesetzestextes Steuerhinterziehung unterliebten.

Vorsteher Dr. Roth: Wir haben uns nicht mit der Vertratung des Gesetzes von 1873 zu befassen, sondern mit der Besteuerung.

Pollender (fortfahrend): Ich habe eine interessante Aussicht über Steuerunterschreite in Leipzig. Von 1890 bis 1910 wurden in Leipzig an Steuerstrafen 1.802.002.01 Mark geahndet. In denselben Jahren betrugen die Nachversteuerungen über 2 Millionen Mark; das sind rund 4 Millionen Mark, die der Stadt durch die reichen Leute geholt sind. Wenn derartige Beträgeren für die Zukunft unterblieben und sich die Herren mit den großen Einkommen ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt wären, wären indirekte Steuern unnötig. Da handelt es sich um so erhebliche Beträge, daß man sich fragen muß, ob hier nicht die Möglichkeit gegeben, einmal den großen Salunken das Handwerk zu legen. Sie können es unter diesen Umständen nicht verdienen, wenn wir derartigen Steuerprojekten den allerstärksten Widerstand entgegensetzen, um so mehr, da wir es gerade gewesen sind, die auf Gelegenheiten aufmerksam gemacht haben, wo sich die Stadt durch werbende Unternehmungen hält-dauernde Einnahmen schaffen können. Unser Antrag auf Übernahme der Straßenbahnen in eigene Regie haben Sie abgelehnt; im Gegensatz zu unserem Antrage haben Sie das Energie- und Wirtschaftswerk dem privaten Kapital zur Ausbenutzung überlassen. Diese Sünden sind schwer gutzumachen. Wenn die Stadt jetzt dazu fähig, verlangt das Kapital Beträge, die dauernd, die noch den Kapitalisten auf lange Zeit einen Profit in den Schoß wirkt ohne sie den Betrieb selbst fortzuführen.

Gegenüber diesen Versuchen, und nunmehr mit indirekten Steuern zu begleiten, habe ich denn doch auf die tatsächliche Lage des Arbeiters und kleinen Mannes in der gegenwärtigen Zeit hinzuweisen. Vom deutschen Volke sind 1877 Millionen Mark an indirekten Steuern aufzubringen. Weiter tritt infolge der Zoll- und Steuergesetze eine Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel um 2400 Millionen Mark und 1800 Millionen Mark Gemeindesteuern ein. Das ist eine durchschnittliche Belastung für den Haushalt von rund 400 Mark. Diese Belastung macht sich um so mehr bemerkbar, je mehr das Einkommen sinkt. Es ist das gemeingefährliche Charakteristikum: Je ärmer der Steuerzahler, um so größer der Teil, der ihm auf indirekten Wege abgenommen wird. Wir haben unser leibhaftes Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß der Ruhm Leipzigs verschwindet, die einzige Stadt in Sachsen zu sein, die keine indirekten Steuern hat.

Zum zweiten Biersteuer selbst: Durch die Brauosteuer ist das Brauereigeschäft und das Brauereivermögen so erheblich verschlechtert, daß es geradezu ein Verbrechen ist, wenn ohne zwingenden Grund von neuem Beunruhigung geschaffen wird. Ich muß mich wundern, daß der Rat so ganz ohne die Angehörigen des Standes zu hören, mit der Vorlage herausgekommen ist. Es sind nicht einmal die Handelskammern und die Gewerbebammlern gefragt worden, die sich in früheren Jahren gegen die Biersteuer ausgesprochen haben. Ich hätte es bei einer bestimmten Belastung eines Gewerbes für selbstverständlich gehalten, daß der Rat die Interessen höre. Jedenfalls steht fest, daß aus der Tatsache, daß einzelne Brauereien gänzlich abschließen möchten, nicht ohne weiteres darauf geschlossen werden kann, daß die Rentabilität der Brauereien und Gastwirtschaften im allgemeinen gänzlich sei. Es steht fest, daß ein Teil der Brauereien die Erträge von Grundstückveräußerungen zur Dividendenverteilung benutzt haben.

Die indirekte Besteuerung wirkt verteuern und einschränkend auf die Konsumtion. Damit lädt natürlich auch die Produktion nach und damit die Beschäftigung für die Arbeiter. Für den Unternehmer aber ist die Gelegenheit geboten, auf eine niedrigere Bezahlung der Arbeiter hinzuwirken. Das sind die Folgen der indirekten Steuern. In Leipzig sind 100.000 Hektoliter Bier weniger verbraucht seit Einführung der Brauosteuer. Wenn und bei dieser Sachlage Herr Tobias den Vorwurf der Kurzfristigkeit macht, weil wir nicht 1901 der Vorlage des Rates zugestimmt haben, so trifft uns das nicht im geringsten. Herr Tobias beweist sich in dem eigenen Gedankengang, daß in bezug auf die Bierste

le das Glück haben, in ihrem Grundstück ein konzessioniertes Lokal zu haben, haben den Vorteil, daß sie den Wert des Hauses steigern und die Verzinsung finden in der höheren Miete, die die Gastwirte zu zahlen haben. Eine Hand wählt die andere. Ich erachte vollkommen, daß einige Haushalter für die Biersteuer kommen wollen. Gespannt bin ich aber, wie sich die Dinge in der Hausbesitzer- und Mittelstandsfraktion gestalten werden. Es wäre der natürliche Gang, wenn die Hausbesitzer bei der nächsten Wahl zum Tunsel gestellt würden, und ich glaube, daß das im Interesse unserer ganzen kommunalen Entwicklung überhaupt läge.

Dass die kleinen Gastwirte die Biersteuer nicht tragen können, ist eine ausgemachte Sache. Durch die Steuerpolitik der Bürgerlichen Parteien handelt es sich nicht nur um eine Verkürzung des Bieres und Spiritus, auch Kasse, Tee usw. sind ebenfalls im Preise gestiegen. Hierzu kommen noch die Folgen des neuen Eichgesetzes im Jahre 1913. Das führt die Gastwirte dazu, die Preise zu erhöhen, oder das Wohl zu verkleinern. Das wird zu neuen gewaltigen Kampfen führen, die sich nicht bekränzen werden auf Gastwirte und Brauereien, sondern auch auf andre Berufe übergreifen.

Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß sich die Gastwirte heute schon fragen, was tun wir nach Annahme der Biersteuer, was haben wir nach Annahme der Biersteuer, was haben wir zu tun gegen die, die zustimmen. Die kleinen Handwerker, die mit den Gastwirten zu tun haben, werden die Folgen dieser Biersteuer am eignen Felde zu spüren bekommen. Es ist ein gewaltiges Nach der Gastwirte, sich eigne Genossenschaften zu gründen über sich bestehenden anzuschließen. Wir haben die Vertreter der 1. und 2. Klasse auch an ihr Versprechen bei der letzten Stadtverordnetenwahl zu erinnern, für welche Sparfreiheit und gegen neue Steuerabelästigungen einzutreten. Und jetzt, nach Monaten, haben sie ihre Wähler vor die Tafel gestellt, daß die Biersteuer perfekt wird. Und wird dabei nichts verloren gehen. Wenn wir eine derartige Politik nicht befürworten, sondern auf die Abwehr solcher Schäden auch für die Angehörigen des Mittelstands hinwirken, so hat das seinen Grund darin, daß wir Sozialdemokraten uns gegen jede Ungerechtigkeit und Bedrückung wenden, ganz gleich, ob es sich um Arbeiter oder andre Leute handelt. Wir sind und klar darüber, daß wir nicht allein die Interessen der Arbeiter, sondern auch die Interessen des Mittelstands zu vertreten haben, einmal aus Gründen der Gerechtigkeit, dann aber auch aus der Erfahrung, daß es leicht ist, den Bedarf in angemessener Weise zu decken.

Ich hoffe, daß meine Ausführungen zum Teil mit überzeugt haben von der Ungerechtigkeit der Biersteuervorlage. Ich will aber noch einen Zeugen für meine Aussage anführen, der auch bei den Herren der 1. Klasse in gutem Ansehen steht. Kommerzienrat Gensel sagt in einem Gutachten, daß es nur zu loben sei, wenn die direkten Steuern dazu benötigt werden, die schädlichen indirekten Steuern zu vermindern. Die Progression sei notwendig, weil die niederen Klassen durch die indirekten Steuern ungleich stärker belastet werden, als die höheren.

Als zulässiges Wohl wurde die Grenze angenommen, über die die Stimmung zum Sparen und Kapitalisieren verloren gehe. Daß diese Grenze bei 5 bis 6 Prozent erreicht sei, wird kein vernünftiger Mensch behaupten. Das war ein großes nationalsozialistisches Urtheil. Und seine Epigonon von heute führen zunächst für einen Stand neue indirekte Steuern ein. (Stadt. Böhme: Machen Sie es besser!) Herr Böhme, wenn Sie nicht in stande sind, für Ihre Klasse, für Ihre Wähler einzutreten, so werden wir uns Ihrer Interessen annehmen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird Ihnen die Dultung ausgestellt werden, Ihnen sowohl wie den Herren der 1. Klasse. (Beifall links und auf der Tribüne.)

Oberbürgermeister Dr. Dittrich: Der Rat hat die Biersteuervorlage eingebrochen, weil ihn die Notwendigkeit dazu leitete. Durch das Reichsverzinsungssteuergesetz erleidet wir keine wesentliche Einbuße. Bei uns ist die Wertzuwachssteuer eingeführt, um das Betriebsvermögen zu verstärken, das gegenüber anderen Städten sehr gering ist. Das Betriebsvermögen muß vermehrt werden, unser Bestreben mußte darauf gerichtet sein, auf andre Steuern zu richten. Unsere Ausgaben, die sich automatisch erhöhen und den Staat belasten. Aber dafür müssen wir auch Mittel zur Verfügung haben, selbst wenn wir uns möglichste Beschränkung auferlegen. Daß die Biersteuervorlage eine Überempfindung ist, kann ich nicht zugeben, sie entspricht genau den Vorlagen, die der Rat in den Jahren 1901 und 1908 eingebrochen hat. Die Vorberatungen waren für uns minimal. Es trifft auch nicht zu, daß die Biersteuer schon häufiger abgelehnt ist. Nur im Jahre 1901 ist eine Vorlage eingebrochen, die im Ausschluß mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt wurde. Es war also kein aussichtloses Unternehmern, wenn wir auf die Biersteuer zurückkommen. Eine andre Steuer konnte nicht in Frage kommen, auch nicht die von Herrn Pollender gewünschte Erhöhung der Wertzuwachssteuer. Nur eine Steuer wäre möglich gewesen, die Biersteuer, ob wir darauf zurückkommen, ist nur eine Frage der Zeit. Eine von andrer Seite gewünschte Warenhaussteuer würde nur ganz minimal sein. Man hat gesagt, die Einführung der Biersteuer sei höchstens, weil sie der Anfang der indirekten Steuern überhaupt sei. Aber wir haben doch das System der indirekten Steuern, die Wertzuwachssteuer ist eine indirekte Steuer. Ausbauen können wir das System nicht, weil es an Objekten fehlt. Ich bin kein fanatischer Anhänger indirekter Steuern, aber ich würde doch, wenn wir geeignete Steuerobjekte hätten, nicht davor zurückschrecken, mit dem Ausbau des Systems weiter zu gehen. In einer höheren Progression der großen Einkommen können wir zurück nicht herangehen, kein großes Einkommen ist heute unter 12 bis 18 Prozent besteuert. Es trifft sicher zu, daß je größer die Einkommen sind, um so leichter das Steuerzahlen ist. Aber als Verwaltungsbehörde kann es uns nicht gleichgültig sein, wenn die Leute mit hohem Einkommen Leipzig verlassen. Zudem wirken hohe Steuern auf den Besitz abschreckend auf solche Gesellschaften, die event. in Leipzig ihr Domizil aufschlagen würden. Von den Einnahmen aus Steuern entfallen 24 Prozent auf solche Einwohner, die bis 3100 M. Einkommen haben, das übrige wird von den höheren Einkommen aufgebracht. Hier im Saale kennen wir keine Klassen, sondern wir vertreten das Wohl der gesamten Bürgerschaft. Herr Pollender hat davon gesprochen, daß die Strafen in dem neuen Gesetz zu hoch sind. Je höher aber die Strafen sind, desto größer ist der Schutz der ethischen Leute. Wir tun heute sehr viel für die Hebung des Wirtstandes, mehr wie wir jeden andern Stand. Der geringe Beitrag der Werte an die Stadt ist daher vollauf gerechtfertigt. Die Agitation hat außerhalb des Saals Formen angenommen, die als wenig erfreulich bezeichnet werden müssen. Ich hoffe aber, daß der gute Geist unserer Bürgerschaft die Wissensbildung überwinden wird und in Zukunft wieder eintritt für das Wohl unserer Stadt.

Stadt. Roselt (Mittelständler): Die Werte müssen sich wehren, es handelt sich um ihre Existenz. Von einem Entgegenkommen des Rates an die Werte kann gar keine Rede sein. Die Vorlage ist so schnell durchgespielt, daß die Bürger gar keine Zeit gehabt haben, dazu Stellung zu nehmen. Sagte doch Herr Tobias im Ausschluß: „Wir brauchen uns über die Vorlage nicht lange unterhalten, wir können uns bald abstimmen“. Entgegen den Ausführungen des Oberbürgermeisters bemerkte der Redner, daß die Frage der kommunalen Besteuerung des Bieres wiederholt angehoben ist. Allerdings habe der Rat dabei ein Blaßes erlitten. Die Bierkriege hätten vieles am Stützen der Gastwirte getan, das Publikum ließe sich eben einen Aufschlag nicht gefallen. Er bittet um Ablehnung der Vorlage und folgt hinzu: Was du nicht willst, daß man dir tu, das sag auch keinem andern zu.

Stadt. Höhne (Mittelständler): Herr Pollender hat mit seinen Ausführungen sein gutes Herz für die Mittelständler bewiesen wollen; dabei sind die Sozialdemokraten diejenigen, die den Mittelstand ruinierten. Infolge der sozialen Gesetzgebung wachsen die Ausgaben der Stadt, die Sozialdemokratie hat den Vorteil davon, aber sie kostet die Taschen zu. Aber trotzdem bin ich ein Gegner der Biersteuer, keineswegs jedoch bin ich dazu durch die Agitation außerhalb des Saales gekommen.

Stadt. Jähne (Mittelständler) gibt die Erklärung ab, daß ein großer Teil seiner Freunde für die Biersteuer stimmen werde. Wenn Rot eintrete, dann gebe es kein Gebot. Lieber noch wäre ihm die Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine.

Stadt. Seeger (Soz.): Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der 81 000 Unterschriften, die seit gestern gegen die Biersteuer gegeben wurden, nicht einmal Erwähnung getan wurde. Denkt man vielleicht, daß die Unterschriften von Leuten herführen, die der Sache gleichgültig gegenüberstehen. Fortwährend hört man, daß man so sehr um das Wohl der Stadt bemüht ist und pfeift auf eine solche Kundgebung. Ihre Taten (nach rechts) sind aber nicht in Einklang zu bringen mit den Worten. Interessant ist auch, daß der Vorsteher bei den steuer-technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Ausführungen meines Genossen Pollender diese Ausführungen zu hindern suchte.

Vorsteher Rath: Herr Seeger, ich verbitte mir eine Kritik an meiner Geschäftsführung.

Stadt. Seeger: Die Geschäftsführung gibt mir aber das Recht, Kritik an der Geschäftsführung des Vorstehers zu üben, wenn ich Urtheile dazu habe. Seien Sie doch bitte nach. Der Herr Vorsteher hat doch auch nicht gerügt, daß der Referent Tobias den Kellnerprozeß in München mit der Leipziger Biersteuer in Verbindung gebracht hat, der schlechterdings gar nichts mit Leipzig zu tun hat. Man hat es nicht scharf genug betonen können, daß, wenn man Gegner dieser Vorlage sei, die Pflicht habe, selbst andre Vorschläge zu machen. In demselben Augenblick aber, wo Vorschläge gemacht werden, bezeichnen Sie sie als nicht akzeptabel. Wir müssen untersuchen, wie wirkt die Steuer. Herr Tobias soll zu einer Deputation gesagt haben, man sollte für das Glas Bier einen Pfennig mehr nehmen, dann würde 1½ Millionen Mark Gewinn erzielt, der ja einem Drittel aller Witten, den Brauereien und dem Stadtsädel zugleichen könnte. Es fragt sich aber, ob diese Rechnung stimmt. Selbst vom bürgerlichen Standpunkt müßte die Vorlage abgelehnt werden, denn der Rat hat nicht einmal den Nachweis geführt, wozu die 400 000 M. aus der Biersteuer verwendet werden sollen. Will man einen Fonds anssammeln, aus dem der Staat wirtschaften kann? Es ist gelagt worden, daß gegen die Biersteuer eine Agitation eingesetzt habe. Können Sie die Meinung anderer denn nicht mehr hören? Können Sie es den Interessenten verargen, wenn sie sich gegen eine solch ungerechte Steuer wenden? Wer freilich einen Weineller zu Hause hat, der empfiehlt die Biersteuer nicht. Es ist charakteristisch, daß sich eine kleine Schicht Leute mit großem Einkommen als Gesamtheit der Stadt Leipzig ausgibt. Wenn wir ein allgemeines gleiches Wahlrecht hätten, dann wäre Ihre Gesetzesmacherei bald zum Teufel. Es ist gesagt worden, Herr Tobias habe die Biersteuer als die Folge der ungünstigen Ergebnisse der letzten Stadtverordnetenwahl bezeichnet. Sie (nach rechts) führen eben nicht hier auf Grund des Rechts, sondern auf Grund der Gewalt. Nehmen Sie doch einmal eine Urabstimmung vor, auch ohne die Biersteuer. Sie würden Ihr blaues Wunder erleben. (Unverständliche Zurufe von der rechten Seite.) Seien Sie doch nicht so empfindlich. Wir haben doch nicht gefordert, daß die Biersteuer eingeführt wird. Herr Tobias hat den Reichstagsabgeordneten Jund als Befürworter einer Biersteuer angeführt. Wie aber sagte Herr Jund in einem Flugblatt zur Reichstagswahl:

Es ist Lüge und absichtliche Entstellung, daß man mit allen Mitteln die künstliche Teuerung, den Brot- und Fleischwucher aufrecht erhalten will. Dr. Jund hat weiter erklärt, daß er für Herabsetzung der Lebensmittelzölle eintreten wird.

Weiter heißt es in dem Flugblatt: Euch wird zugesagt: Man will neue Steuern auf den wundgescheuerten Rücken der besitzlosen Massen wälzen. Das ist aber eine Verleumdung, die auf die Dummheit spekuliert. Dr. Jund wird dafür eintreten, daß, wenn neue Steuern nötig sind, sie auf die starken Schultern verteilt werden.

So sieht die Autorität des Herrn Jund aus, der als Befürworter indirekter Steuern angeführt wird. Und (zu den Mittelständlern) in Ihrem Programm zu den letzten Stadtverordnetenwahlen haben Sie ebenfalls versprochen, eine weise Sparsamkeit walten zu lassen. So sehen Worte und Taten aus. Die Progression der höheren Einkommen hat man nicht durchführen wollen. Der Herr Oberbürgermeister hat schon alle Gesellschaften von Leipzig fortwährend sehen. Ein Domizilschsel bedeutet aber Kosten, die in seinem Verhältnis stehen zu einer Erhöhung der Steuern. Dazu kommt, daß diese Großbetriebe doch mit allen Fabriken mit Leipzig verbunden sind. Wenn gesagt wurde, daß nur 24 Prozent der Gesamtsteuern von den Leuten aufgebracht werden, die unter 3100 M. Einkommen haben, so widerlegt dies die Aussage des Herrn Tobias vor den hohen Löhnen der Arbeiter. Die Arbeiter seien freilich sehr oft die Fabriken, von denen sie ihre hohen Gewinne einheimsten. Die Steuerherrn der Reichen befürchtet sich nicht nur auf Leipzig, sie ist der ganzen Kapitalistischen Klasse eigen. Es ist kein Geheimnis, daß die Steuern bestimmter Klassen nicht im Einklang stehen mit ihrem Einkommen. Der Boykott ist gewiß kein gutes Mittel, aber Sie über ihn doch aus, genau wie den Terrorismus, den Sie uns anbieten und den Sie ausüben. (Zu den Mittelständlern gewandt): Können Sie denn davon reden, daß Sie die Arbeiter unterstützen. Herr Eule ist der Typ der Mittelstandsvertreter, der mit seinen Autozügen durch

die Leipziger Straßen fährt. (Zurufe bei den Mittelständlern.) Ich begreife ja Ihren Schmerz. Bei der letzten Wahl haben die Herren Höhne und Thieme sich als Freunde des Mittelstands aufgespielt, und nun wird ein einzelner Stand, die Gastwirte, herausgegriffen und mit der Biersteuer gepeitscht. Nachpolitisch treiben Sie, keine sachliche Politik. Als Sozialdemokraten hätten wir gar keine Ursache, böse zu sein, wenn Sie Nachpolitisch wahrhaftig eingeschlagen. Wenn Herr Höhne für seine Behauptungen, daß wir den Mittelstand bekämpfen, nur den Schein eines Beweises erbringen wollte, dann müßte er sich vergeblich anstrengen. Das schnell gefertigte Projekt der Biersteuer ist keineswegs so adelig, die Strafbestimmungen sind nicht haltbar. Dazu kommt, daß weitere indirekte Steuern so sicher kommen werden wie das Amen in der Kirche. Die Billeiter wird zuerst eingeführt. Um den Besitz zu schonen, wird dieser Weg weiter beschritten. Dass die erste Klasse rücksichtslos ihre Interessen vertritt, nehme ich Ihr nicht übel, dazu sind die Herren ja hergeschickt, aber von den Mittelständlern könnte eine Zustimmung nicht verstanden werden. Nach allem kann ich nur die Ablehnung der Vorlage empfehlen. (Beschluß bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Sonnenkalf (Matspartei) beantragt Schluß der Debatte.

Stadt. Lehmann (Soz.) bittet dringend, den Antrag abzulehnen. Es handelt sich nicht nur um die Einführung der Biersteuer, sondern indirekte Steuern überhaupt. Notwendig würde auch eine Spezialdebatte werden. Er beantragte namentliche Abstimmung über den Schlußantrag.

Der Schlußantrag wird mit 41 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, einige Mittelständler und Matsparteile.

Stadt. Vennewitz berichtet, daß ehrenwürdige und schriftliche Abmachungen nicht getroffen wurden.

Stadt. Pollender bemerkte, daß nicht er einen Boykott angestrebt habe, sondern nur Kenntnis von der Stimmung in Gastwirkskreisen gegeben habe.

Stadt. Tobias sagt im Schlusswort, daß er eine Nachpolitik nicht getrieben habe.

Hierauf erfolgte die namentliche Abstimmung über die grundlegenden §§ 1 und 2. Das Ergebnis ist folgendes:

Von der 1. Klasse stimmten für die Biersteuer: Dr. Nothe, Schubel, Schreiber, Dr. Mayer, Dr. Sonnenkalf, Dr. Werner, Fröhliche II., Wagner, Hinrichsen, Dr. Tscharmann, Reuter, Dr. Außelius, Thieme I., Weidenbach, Dr. Junc, Ettel.

Von der 1. Klasse stimmten gegen die Biersteuer: Dr. Struve, Joachim und Niemann, der in der 2. Abteilung gewählt wurde, aber in der 1. Abteilung hospitiert.

Von der 2. Klasse stimmten für die Biersteuer: Jähne, Günther, Sander, Möllig, Pflaume, Plischel, Thieme II., Knoll, Knuppe, Oehler, Jahrmarkt, Reinhardt, Dr. Müller, Enke, Schnauß, Heinze I.

Von der 2. Abteilung stimmten gegen die Biersteuer: Roselt, Beck, Streubel, Dr. Vennewitz, Höhne, Böhme, Seiner, Clemm und Liebold, die in der 2. Klasse hospitierten, aber in der 3. Klasse gewählt wurden.

Die 3. Klasse stimmte gegen die Biersteuer. Ihr gehören an: Schönherz, Kreßlin, Bildung, Pollender, Lange, Vannies, Seeger, Heinze II., Schels, Franke, Jonas, Ortmann, Beyer, Gräfenthal, Lehmann, Ettich, Kleemann, Friedel, Gerlach.

Bei der Bekanntgabe des Resultats erschienen von der bürgerlichen Tribüne laute und heftige Pfui-Rufe. In buntem Durcheinander waren Worte zu hören wie Schäfe, Strolche, Ritter, Blutsauger, Stromer und ähnliche. Der Vorsteher Dr. Nothe, der sich im ersten Augenblick nicht zu helfen wußte, forderte dann wiederholte zum Verlassen der Tribüne auf. Nur langsam leerte sich die Tribüne.

Stadt. Kreßlin beantragte namentliche Abstimmung über alle anderen Paragraphen, zog dann aber nach längerer Geschäftsförderungsdebatte seinen Antrag zurück, weil man im allgemeinen über die Geschäftsförderung war. Gegen 25 Stimmen wurden die übrigen Paragraphen angenommen.

## Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tu dies rasch und mache es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leiserlich, besonders Namen und Ziffern; seye mehr Punkte als Komma.

4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Hauptthese: Schreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes, hundert Seiten, auf einer Seite aufzuschreiben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Seyer vertreiben. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriften Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.



## Die Gesangsprobe

braucht nicht auszufallen, meine Herren, wenn Sie sich angewöhnen, Wybert-Tabletten bei sich zu führen und bei belebter Stimme oder ranhem Hals davon zu nehmen.

„Es gibt kein besseres Mittel, um die Stimme sofort klar und frisch zu machen.“ Dies ist der Inhalt zahlloser Zeugnisse über die in ihrer Wirkung unerreichten Wybert-Tabletten, die in allen Apotheken 1 Mark pro Schachtel kosten.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
**Seid unangesehn thätig für die Werbung neuer Abonnenten!**



**Neu! MAGGI's Buchstaben-Suppe**

der Würfel für 2-3 Teller 10 Pf. — eine vorzügliche, wohlgeschmeckende Teigwaren-Suppe.

# Oetker's Rezepte



## Omnibus-Kuchen.

Zutaten: 200 g Butter, 250 g Zucker, 3 Eier, das Weiße zu Schnee geschlagen, 500 g Weizenmehl, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Backpulver, 60 g gehackte Mandeln, 50 g Rosinen, das abgeriebene Gelbe einer halben Zitrone,  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  Liter Milch.

Zubereitung: Die Butter röhre schaumig, gib Zucker, Eigelb, Milch, Mehl, dieses mit dem Backpulver gemischt, hinzufügen und zuletzt die Mandeln, Rosinen, Zitronengelb und den Eierschnee. Füllt die Masse in die gefettete Form und backt den Kuchen 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Stunden.

Sehr empfehlenswerter, billiger Kuchen!

Hilb

### Möbel-Verkauf

Günstige Gelegenheit für Brautleute u. Familien Komplette Wohnungseinrichtung für nur 348 M.  
Schrank, nussb., fourniert 55.-  
Vertiko, nussb., fourniert 55.-  
Sieglin, fourniert, 18.-  
Wohlfottomane, alle Farbt., 55.-  
Trumeauspiel mit Kons. 32.-  
4 Stühle, mod. Mohrleinen 24.-  
2 Halbst., mod. Mohrleinen 24.-  
Kompl. Möbelineinrichtung 45.-  
1483 Sa. 348.-  
nur Pfaffendorfer Str. 12  
Eingang Humboldtstraße.

A. verw. Facklam.

### Neugebauer

alad. geb. (nicht approb.) Praktif. (fr. au Dr. W. Schwabes Pol. (f.), be- handl. u. homöopath. u. Lichttheilvorf.

Geschlechts-, Haut-, \*

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleid, Insuffizienz, Neuramat., Nachs., Gicht, Wasserdrücke. —

Noul Spezial-Ertbehandl. von Frauenleiden, befindl. Weltlinie, Langjähr. Erfahrg., vorz. Erfolge.

Klostergasse 24, Fabrikationshaus

Sprechst.: 0-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1.

Damen wochentags 10-12, 3-6

### Alle Herren

Wünschen sich hoch- eleg. u. sehr billig Kleider. Nur u. wenig  
z. Anz., Frack, Hos., Horbst- u. Winter-  
Palet., Gesellsch. Anz. auch sehr.

Monatsgarderobe Schaul

Gr. Fleischergasse 10

Goldno Krono, im Hause der  
städtischen Speisenanstalt. —

Tel. 10401. Tel. 10401.  
Verkauf bess. getr. Herrschafts-  
Damenpard., Jackets, Blus. v.  
75.- an bis zu den eleganten, neuen  
Pelzhals, Kostüm, Mäntel,  
Jackets, Blus., Röcke, Kinder-  
garderobe, nur Partie- u. Son-  
stoffswaren, in all. Preislagen  
lässt zur Hälfte des reell. Wertes  
Extra Ausprobierzimm., Ecke  
u. vergnügt. Sperlings Damen-  
Monatsgarderobe, Windmühl-  
Strasse 45, I., am Taglichen Bahnhof.

Uhren und  
Goldwaren

1 Uhrglas 10.-  
1 Uhrglas 10.-  
1 Uhrkapsel 20.-  
1 Uhrfeder 75.-

Auf Waren 10% Rabatt

Werkstatt für Reparaturen! \*

Edgar Illguth

Uhrmacher, Reitzenhainer Str. 21.

### Schuhwaren-Haus

und Reparaturwerkstätte  
Rich. Rumler L.-Lindenau Josephstr. 40.

Zigarren-Langer

Volkshaus  
neben dem

Hygienischen Bedarf

verkauft. Anw. u. Verwendung, gibt  
Frau Ida Becker, Konradstr. 76, II.  
Abends 6-8 a. Wunsch ins Haus.

Für Mütters Liebling

empfiehlt der

Baby-Bazar

seine sämtl. Artikel  
in groß. Auswahl  
bei billigsten Preisen.

Bettfedern u. fort.  
Bettw. u. Bill. u. best.

Paul Prinsky, Lindenau

20771 Gundorfer Straße.

Rossschlächterei

Ranstdädter Steinweg 14  
nächste Nähe Kaufhaus Brühl. \*

Jeder Zigarettenraucher  
verlangt überall unsere  
Spezialmarken

### Sensation

Nr. 1-5. Preise v. 1-5 pro St.

In 100-St.-Packungen erhalten

Sie bei unseren Mitgliedern:

Nr. 2 Ration 100 St. 1.50.-

" 3 " 100 " 2.80.-

" 4 " 100 " 8.-

" 5 " 100 " 8.50.-

Genossenschafts-Zigarettenfabrik

selbst. Zigarren- und Zigaretten-

händler, e. G. m. b. H. \*

N.B. Mitglied kann in Deutschland

jeder Zigarrenhändler werben.

Achtung!  
Schweinefleisch billiger!

Blut- und Leberwurst . . . 80.-

bei 5 Pfund . . . 75.-

Knadwurst . . . 90.-

Jewelat- und Salamiwurst

Rußischer Salat, f. Würstchen

und diversen Aufschnitten empfiehlt

Alfred Schützhold

Fleischerei Göhren, 18706

Möbel, Spiegel, Polster-

waren zu billigen Preisen. \*

Klisch., Klingenstr. 35, kein Lad.

### Sofa-Bezug

Reste

in Wolle, Moquette, Plüscher,

Sitz und Lehne, Taschen,

sowie ein Posten Reissennuster

in eleg. Tisch- und Divan-

Decken enorm billig! \*

Fabrikklager

Engel's in Tepp., Gardinen,

Möbelstoffen

Hainstrasse 28.

818

869

## Eilenburg

Schnellbesohl-Anstalt Inhaber: P. Neubert

Zigarren und Barbier- u. Friseur-

Zigarettenempf. G. Raute. U. Wittler

Beste und streng reelle Bezugsquelle

für sämtliche

Josef Fitzek Herren-, Jünglings- und

Torgauer Str. 47. Kinder-Bekleidung. =

Wirtschaftsgegenstände u. Fleißer-

spiegel kauft man billigst im

Kaufhaus Heilpern. Angeschn. Aufenthaltsort

Jeden Sonntag Ballmusik.

Gewerkschaftshaus Tuoll

Besuchen Sie bitte: Die weisse Wand.

Burner Schuhwaren Handelsgründer =

Torgauer Strasse 27. Gut und billig. v. A. Görlich, Weinbergstr. 20.

Kaufhaus O. Dobkowitz, Markt 8. Billigste Bezugsquelle sämtl.

Manufakt. u. Ausstellung artikel.

erhält man stets frisch im Deli-

festengesch. von E. Mack, Rinkstr. 5.

Hüte, Mützen, Filzwaren empf. Fr. Hössner, Breite Str. 1.

Hüte, Mützen, Filz- und Pelzwaren empfiehlt

Gustav Friedrich, Leipzig Str. 3.

Spezialhaus für moderne

J. Meyerstein, Herren- und Knaben-Kleidung.

Torgauer Str. 37. Vortrefflichste Bezugsquelle

Lieferant f. d. Konsumverein. für jeden Arbeiter. :::

Alleinverkauf d. berühmten Arbeitsgarderob. M. Mosberg, Bleinfeld.

Feuerbestattung. Freunde derselben, die einem diesbez. Vereine beitreten

wünschen, wird, geb. ihre Adr. im Deutschen Kaiser niederzulegen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Sonnabend, den 4. März.

Veranstaltung im Tivoli.

Achtung! Schleßclub „Frel Ziel“ Sonnabend, 4. März, im Tivoli

Narren-Abend verbunden mit Theater, Tombola, Preislosen, Ball und

originellem Überraschungen. Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Freundlichst laden ein. Das Komitee.

Madenwürmer

Springt einer, auf

Hofarbeiter, dann kommt, werden Leute nicht durch

den Sprung entwirkt, neue Madenwürmer

mittal „Antiwurm“

1000 genauer Einweitung 120 Ml. bei Einsetzung, bei 100 Ml. konstant.

Bestandt. Döbeln, Grünstr. 10, Kofft. Cäsar, 4-6, Arendt, Ritter-Schule 22.

Laboratorium Leo, Dresden B. Erhältlich in den Apotheken

in Leipzig: Engelhardt, Hirshapoth., Hofapotheke, Salomonapoth., Carolineapoth.